# 2129.0-U

# Bußgeldkatalog "Umweltschutz"

# Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz vom 26. September 2019, Az. 12-A1112-2018/1

(BayMBI. Nr. 434)

Zitiervorschlag: Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz über den Bußgeldkatalog "Umweltschutz" vom 26. September 2019 (BayMBI. Nr. 434)

4:

	Bulsgeldkatalog "Umweltschutz" vom 26. September 2019 (BayMBI. Nr. 434) Ibersicht
Teil 1:	Allgemeiner Teil
Kapitel 1:	Allgemeines und Verfahren
1.	Begriffsbestimmungen
2.	Anwendungsbereich des Katalogs
3.	Zuständigkeit
4.	Bußgeldverfahren und Verwarnungsverfahren
5.	Abgabe an die Staatsanwaltschaft
6.	Verfahren nach Einspruch
Kapitel 2:	Grundsätze für die Festsetzung der Geldbuße und der Nebenfolgen
1.	Regel- und Rahmensätze für vorsätzliche Zuwiderhandlungen
2.	Grundsätze für die Erhöhung oder Ermäßigung der Regel- und Rahmensätze sowie für die Konkretisierung von Rahmensätzen
3.	Fahrlässiges Handeln
4.	Einziehung von Gegenständen, von Wertersatz und des Wertes von Taterträgen
Kapitel 3:	Besondere Richtlinien und Hinweise
1.	Tateinheit
2.	Tatmehrheit
3.	Besondere Personengruppen
4.	Sonstiges
Teil 2:	Einzelne Ordnungswidrigkeiten
Kapitel 1:	Sachbereich "Abfallentsorgung"
Kapitel 2:	Sachbereich "Bodenschutz und Altlasten"
Kapitel 3:	Sachbereich "Immissionsschutz"
Kapitel	Sachbereich "Gewässerschutz"

Kapitel Sachbereich "Naturschutz und Landschaftspflege"

5:

Kapitel Sachbereich "Gentechnik"

6:

Teil 3: Schlussbestimmungen

Teil 1:

Allgemeiner Teil

Kapitel 1:

Allgemeines und Verfahren

# 1. Begriffsbestimmungen

#### 1.1

Eine Ordnungswidrigkeit ist eine rechtswidrige und vorwerfbare Handlung, die den Tatbestand eines Gesetzes (förmliches Gesetz, Rechtsverordnung, Satzung) verwirklicht, das die Ahndung mit einer Geldbuße zulässt (§ 1 Abs. 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten – OWiG).

1.2

Eine Straftat ist eine rechtswidrige und schuldhafte Handlung, die den Tatbestand eines Gesetzes verwirklicht, das die Ahndung mit einer Strafe (Freiheitsstrafe, Geldstrafe) zulässt.

### 2. Anwendungsbereich des Katalogs

#### 2.1

Der Buß- und Verwarnungsgeldkatalog (Bußgeldkatalog) ist als Richtlinie für die zuständigen Verwaltungsbehörden bei Ordnungswidrigkeiten der Sachbereiche Abfallentsorgung, Bodenschutz und Altlasten, Immissionsschutz, Gewässerschutz, Naturschutz und Landschaftspflege sowie Gentechnik anzuwenden.

2.2

Soweit Zuwiderhandlungen nicht vom Katalog erfasst werden, soll für die Bemessung der Geldbuße von vergleichbaren Zuwiderhandlungen des Katalogs ausgegangen werden.

#### 3. Zuständigkeit

3.1

<sup>1</sup>Die örtliche Zuständigkeit ergibt sich aus § 37 OWiG. <sup>2</sup>Auf die Zuständigkeit verschiedener Verwaltungsbehörden bei zusammenhängenden Ordnungswidrigkeiten wird hingewiesen (§ 38 OWiG).

3.2

Die sachliche Zuständigkeit richtet sich nach § 36 OWiG in Verbindung mit den §§ 87 ff. der Zuständigkeitsverordnung (ZustV).

3.3

<sup>1</sup>Bei Zuständigkeit mehrerer Verwaltungsbehörden (§ 39 OWiG) ist die vorzuziehende Verfolgungsbehörde unverzüglich festzulegen. <sup>2</sup>Dabei erscheint ebenso wie bei einer Vereinbarung nach § 39 Abs. 2 Satz 1 OWiG wegen § 19 Abs. 2 OWiG eine Übertragung an die Behörde sachdienlich, die für die mit der höchsten Geldbuße bedrohte Ordnungswidrigkeit zuständig ist. <sup>3</sup>Ansonsten sollte der Schwerpunkt der Ordnungswidrigkeiten entscheidend sein.

<sup>1</sup>Sind innerhalb einer Verwaltungsbehörde mehrere Sachbereiche zuständig (z. B. die Kreisverwaltungsbehörde als untere Bau-, Naturschutz- oder Wasserbehörde), soll auf die Übernahme durch eine Stelle unter Berücksichtigung der oben genannten Grundsätze hingewirkt werden. <sup>2</sup>Diese führt mit Unterstützung der anderen betroffenen Stellen das Verfahren durch und unterrichtet diese auch über den weiteren Verlauf des Verfahrens.

#### 4. Bußgeldverfahren und Verwarnungsverfahren

#### 4.1 Bußgeldverfahren

<sup>1</sup>Die Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten liegt im pflichtgemäßen Ermessen der Verwaltungsbehörde (§ 47 Abs. 1 Satz 1 OWiG). <sup>2</sup>Ein Bußgeldverfahren soll eingeleitet werden, wenn aufgrund von Anzeigen oder sonstigen Feststellungen Anhaltspunkte für eine Ordnungswidrigkeit vorliegen und der Verfolgung keine Hindernisse (z. B. Verjährung) entgegenstehen. <sup>3</sup>Dies gilt nicht, wenn die Ordnungswidrigkeit so unbedeutend erscheint, dass eine Belehrung, ein Hinweis oder eine Verwarnung ohne Verwarnungsgeld ausreichend ist.

# 4.2 Verwarnungsverfahren

<sup>1</sup>Ist eine Ordnungswidrigkeit als geringfügig zu beurteilen, kann von der Durchführung eines Bußgeldverfahrens abgesehen und eine Verwarnung erteilt werden (§ 56 Abs. 1 OWiG). <sup>2</sup>Dabei soll ein Verwarnungsgeld vorgesehen werden, wenn die Verwarnung ohne Verwarnungsgeld unzureichend ist. <sup>3</sup>Die Erfordernisse des § 56 Abs. 2 OWiG sind zu beachten (Einverständnis des Täters nach Belehrung; Zahlung des Verwarnungsgeldes sofort oder innerhalb einer bestimmten Frist, die eine Woche betragen soll). <sup>4</sup>Für die Einstufung einer Ordnungswidrigkeit als geringfügig sind vor allem das Maß der Gefährdung oder Schädigung der geschützten Umweltgüter sowie das Täterverhalten (Notwendigkeit einer spürbaren Sanktion zur Beeinflussung künftigen Verhaltens) im Einzelfall nach pflichtgemäßem Ermessen zu berücksichtigen. <sup>5</sup>Eine Ordnungswidrigkeit soll dann nicht mehr als geringfügig angesehen werden, wenn der Regelsatz beziehungsweise die Untergrenze des Rahmensatzes das gesetzliche Höchstmaß des Verwarnungsgeldes überschreiten und keine besonderen mildernden Umstände vorliegen. <sup>6</sup>Im Bußgeldkatalog sind die Zuwiderhandlungen, bei denen häufig eine Verwarnung in Betracht kommt, durch ein Sternchen (\*) bei den Bußgeldsätzen kenntlich gemacht. <sup>7</sup>Zur Zuständigkeit für die Erteilung einer Verwarnung mit Verwarnungsgeld wird auf § 56 Abs. 1 Satz 1, § 57 Abs. 1 und 2, § 58 Abs. 1 OWiG und auf die Bekanntmachung des Staatsministeriums des Innern zur Erteilung von Verwarnungen wegen Ordnungswidrigkeiten durch Polizeivollzugsbeamte vom 19. Dezember 2007 (AllMBI. 2008, S. 20) verwiesen.

#### 5. Abgabe an die Staatsanwaltschaft

5.1

Die Verwaltungsbehörde hat die Sache an die zuständige Staatsanwaltschaft abzugeben, wenn Anhaltspunkte dafür bestehen, dass die zu verfolgende Tat eine Straftat ist (§ 41 Abs. 1 OWiG).

5.2

Eine Sache ist im Hinblick auf § 21 Abs. 1 Satz 1 OWiG auch dann als Straftat zu behandeln und damit an die Staatsanwaltschaft abzugeben, wenn durch dieselbe Handlung (Tateinheit) oder durch mehrere Handlungen innerhalb eines einheitlichen Ereignisses (Verknüpfung mehrerer Handlungen in einem einheitlichen Lebensvorgang) sowohl der Tatbestand einer Straftat als auch einer Ordnungswidrigkeit verwirklicht wird.

5.3

Wird jedoch in diesen Fällen eine Strafe nicht verhängt, ist eine Ahndung als Ordnungswidrigkeit möglich (§ 21 Abs. 2 OWiG).

#### 6. Verfahren nach Einspruch

<sup>1</sup>Ein unzulässiger Einspruch wird von der Verwaltungsbehörde durch Bescheid verworfen. <sup>2</sup>Der Einspruchsführer ist hierbei über den Rechtsbehelf des Antrags auf gerichtliche Entscheidung zu belehren (§ 69 Abs. 1, § 50 Abs. 2 OWiG).

6.2

<sup>1</sup>Ist der Einspruch zulässig und begründet, nimmt die Verwaltungsbehörde den Bußgeldbescheid zurück. <sup>2</sup>Zur Prüfung der Begründetheit kann die Verwaltungsbehörde in einem Zwischenverfahren u. a. neue Sachermittlungen anordnen oder selbst vornehmen (§ 69 Abs. 2 OWiG).

6.3

<sup>1</sup>Erhält die Verwaltungsbehörde den Bußgeldbescheid aufrecht, so übersendet sie die Akten über die Staatsanwaltschaft an das Amtsgericht; sie vermerkt die Gründe dafür in den Akten, soweit dies nach der Sachlage angezeigt ist (§ 69 Abs. 3 Satz 1 OWiG). <sup>2</sup>Sie bittet, auf ihre Beteiligung nach § 76 Abs. 1 OWiG hinzuwirken, wenn sie beabsichtigt, in der Hauptverhandlung die Gesichtspunkte vorzubringen, die von ihrem Standpunkt für die Entscheidung von Bedeutung sind. <sup>3</sup>Hält die Verwaltungsbehörde die Teilnahme der Staatsanwaltschaft an der Hauptverhandlung aus besonderen Gründen für notwendig, so regt sie diese an. <sup>4</sup>Die Staatsanwaltschaft ist zwar nicht zur Teilnahme verpflichtet (§ 75 Abs. 1 Satz 1 OWiG), soll aber auf entsprechende Anregung an der Hauptverhandlung teilnehmen (Nr. 287 Abs. 2 der Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren – RiStBV).

#### Kapitel 2:

Grundsätze für die Festsetzung der Geldbuße und der Nebenfolgen

1. Regel- und Rahmensätze für vorsätzliche Zuwiderhandlungen

Die im Katalog ausgewiesenen Geldbußen sind Regel- und Rahmensätze für vorsätzliche Zuwiderhandlungen.

# 2. Grundsätze für die Erhöhung oder Ermäßigung der Regel- und Rahmensätze sowie für die Konkretisierung von Rahmensätzen

#### 2.1 Allgemeines

<sup>1</sup>Die Regel- und Rahmensätze können nach den Grundsätzen des § 17 Abs. 3 und Abs. 4 Satz 1 OWiG je nach den Umständen des Einzelfalls im Rahmen der jeweiligen gesetzlichen Höchstgrenzen erhöht (siehe Nrn. 2.2 und 2.3) oder ermäßigt (siehe Nr. 2.4) werden. <sup>2</sup>Für die konkrete Festsetzung der Geldbuße innerhalb eines Rahmensatzes können die in den Nrn. 2.2 bis 2.4 genannten Umstände ebenfalls herangezogen werden.

### 2.2 Erhöhung

Eine Erhöhung kommt insbesondere in Betracht, wenn

2.2.1

das Ausmaß der Umweltbeeinträchtigung nach den Umständen des Einzelfalls überdurchschnittlich groß ist oder

2.2.2

der Täter

- sich uneinsichtig zeigt,
- bereits einmal wegen einer gleichartigen Ordnungswidrigkeit innerhalb der letzten drei Jahre mit einer
   Geldbuße belegt oder förmlich (schriftlich) verwarnt worden ist,

- die Ordnungswidrigkeit im Zusammenhang mit der Ausübung eines Berufs oder eines Gewerbes begeht, sofern der Tatbestand auch ohne diesen Zusammenhang verwirklicht werden kann,
- vorwerfbar einen rechtswidrigen Zustand für einen gewissen Zeitraum herbeigeführt hat (siehe Kapitel 3
   Nr. 1.3) oder
- in überdurchschnittlich guten wirtschaftlichen Verhältnissen lebt.

# 2.3 Gewinnabschöpfung

<sup>1</sup>Hat der Täter wirtschaftliche Vorteile aus der Tat gezogen, so soll die Geldbuße den Betrag des empfohlenen Bußgelds um diesen Vorteil (Gewinn) übersteigen (§ 17 Abs. 4 Satz 1 OWiG). <sup>2</sup>Zur Bekämpfung eines unlauteren Gewinnstrebens soll der Täter keinen Vorteil aus der Verletzung von Umweltschutzvorschriften ziehen können. <sup>3</sup>Es ist ein angemessenes Verhältnis zwischen den erstrebten und erreichten Vorteilen einerseits und der Höhe der Sanktion andererseits herzustellen. <sup>4</sup>Bei der Berechnung der wirtschaftlichen Vorteile ist jedoch die Einkommensbesteuerung – gegebenenfalls im Wege der Schätzung – zu berücksichtigen, sofern die Steuer bereits entrichtet oder bestandskräftig festgesetzt ist. <sup>5</sup>Ist eine Besteuerung des Vorteils für das jeweilige Jahr hingegen noch nicht bestandskräftig erfolgt und ist die steuerliche Berücksichtigung noch im entsprechenden Veranlagungszeitraum möglich, so kann der Vorteil in vollem Umfang abgeschöpft und die Berücksichtigung der Gewinnabschöpfung dem Besteuerungsverfahren überlassen werden. <sup>6</sup>Das gesetzliche Höchstmaß der Geldbuße kann überschritten werden, wenn es nicht ausreicht, den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Tat gezogen hat, abzuschöpfen (§ 17 Abs. 4 Satz 2 OWiG).

#### 2.4 Ermäßigung

Eine Ermäßigung kann insbesondere in Betracht kommen, wenn

- das Ausmaß der Umweltbeeinträchtigung nach den Umständen des Einzelfalls gering ist,
- der Vorwurf, der den T\u00e4ter trifft, aus besonderen Gr\u00fcnden des Einzelfalls geringer als f\u00fcr durchschnittliches vorwerfbares Handeln erscheint,
- der Täter Einsicht zeigt, sodass Wiederholungen nicht zu befürchten sind oder
- die vorgeschriebene Geldbuße zu einer unzumutbaren wirtschaftlichen Belastung führt, z. B. bei außergewöhnlich schlechten wirtschaftlichen Verhältnissen des Täters.

#### 3. Fahrlässiges Handeln

<sup>1</sup>Bei fahrlässigem Handeln sollen im Regelfall die Regel- und Rahmensätze halbiert werden. <sup>2</sup>Das Höchstmaß der Geldbuße nach § 17 Abs. 2 OWiG (die Hälfte des gesetzlich angedrohten Höchstbetrags) darf dabei nicht überschritten werden. <sup>3</sup>Im Übrigen gelten die Grundsätze nach Kapitel 2 Nr. 2 auch für fahrlässiges Handeln.

#### 4. Einziehung von Gegenständen, von Wertersatz und des Wertes von Taterträgen

#### 4.1

<sup>1</sup>Soweit es das Gesetz ausdrücklich zulässt, besteht die Möglichkeit der Einziehung unter den Voraussetzungen der §§ 22 ff OWiG. <sup>2</sup>Dabei sind spezielle Regelungen in den einzelnen Gesetzen zu beachten.

4.2

Hat der Täter oder ein Dritter, für den der Täter gehandelt hat, wirtschaftliche Vorteile aus der Tat gezogen und wird ein Bußgeldverfahren nicht eingeleitet, eingestellt oder eine Geldbuße nicht festgesetzt, so kann

der Verfall eines Geldbetrags bis zur Höhe des erlangten Vermögensvorteils gegen den Täter bzw. den Dritten angeordnet werden, wobei die Höhe des Vermögensvorteils geschätzt werden kann (§ 29a OWiG).

#### Kapitel 3:

#### Besondere Richtlinien und Hinweise

#### 1. Tateinheit

#### 1.1 Begriff

<sup>1</sup>Verletzt dieselbe Handlung mehrere Gesetze, nach denen sie als Ordnungswidrigkeit geahndet werden kann, oder ein solches Gesetz mehrmals (Tateinheit), so wird nur eine einzige Geldbuße festgesetzt. <sup>2</sup>Sind mehrere Gesetze verletzt, so wird die Geldbuße nach dem Gesetz bestimmt, das die höchste Geldbuße androht (§ 19 OWiG).

### 1.2 Tateinheit mit anderen Tatbeständen des Ordnungswidrigkeitenrechts

<sup>1</sup>Werden bei tateinheitlichen Handlungen Ordnungswidrigkeiten nach verschiedenen Rechtsbereichen (z. B. Naturschutz-, Bau- oder Wasserrecht) begangen, kann der Zuständigkeitsbereich mehrerer Behörden oder mehrerer Sachgebiete innerhalb einer Behörde berührt werden. <sup>2</sup>Die Zuständigkeit bestimmt sich in diesen Fällen nach Kapitel 1 Nr. 3.3 und 3.4..

### 1.3 Dauerzuwiderhandlungen

<sup>1</sup>Eine Dauerzuwiderhandlung liegt vor, wenn der durch die Verletzung einer Rechtsvorschrift begründete Zustand vorsätzlich oder fahrlässig über einen gewissen Zeitraum aufrechterhalten wird. <sup>2</sup>Hier liegt nur eine Zuwiderhandlung vor. <sup>3</sup>Bei der Bemessung der Geldbuße ist insbesondere Kapitel 2 Nr. 2.2.2 (Spiegelstrich 4) zu beachten, wobei die Dauer des rechtswidrigen Zustands zu berücksichtigen ist.

#### 2. Tatmehrheit

Werden durch mehrere rechtlich selbstständige Handlungen mehrere Ordnungswidrigkeiten begangen, so wird für jede eine Geldbuße gesondert festgesetzt (§ 20 OWiG).

#### 3. Besondere Personengruppen

#### 3.1

Handelt jemand für einen anderen (als vertretungsberechtigtes Organ einer juristischen Person oder als Mitglied eines solchen Organs, als vertretungsberechtigter Gesellschafter einer Personenhandelsgesellschaft, als gesetzlicher Vertreter eines anderen oder als Beauftragter in einem Betrieb), sind die besonderen Bestimmungen des § 9 OWiG zu beachten.

3.2

Gegen juristische Personen und Personenvereinigungen kann unter den Voraussetzungen des § 30 OWiG eine Geldbuße festgesetzt werden.

3.3

Hinsichtlich des Tatbestands der Verletzung der Aufsichtspflicht in Betrieben und Unternehmen durch den Inhaber oder diesem gleichstehende Personen wird auf § 130 OWiG hingewiesen.

#### 4. Sonstiges

Bei Verstößen gegen die Umwelt ist die Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern, für Bau und Verkehr, der Justiz, für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, für Umwelt und Verbraucherschutz, für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Arbeit und Soziales, Familie und Integration (Zusammenarbeit der Verwaltungs- und Strafverfolgungsbehörden bei der Bekämpfung von Umweltkriminalität) vom 11. Februar 2016 AllMBI. S. 102 zu beachten.

#### Teil 2:

Einzelne Ordnungswidrigkeiten

#### Kapitel 1:

Sachbereich "Abfallentsorgung"

#### Vorbemerkung:

<sup>1</sup>Im Interesse des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere zum Schutz der in § 15 Abs. 2 KrWG genannten Rechtsgüter, ist – neben den präventiven Maßnahmen der Verwaltung – der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 69 KrWG und nach Art. 33 BayAbfG besondere Beachtung zu schenken. <sup>2</sup>Besonders bedeutsam ist dabei eine möglichst gleichmäßige Behandlung gleich gelagerter Sachverhalte. <sup>3</sup>Der Bußgeldkatalog nennt die besonders häufigen Verstöße gegen § 28 Abs. 1 Satz 1 KrWG in Verbindung mit § 69 Abs. 1 Nr. 2 KrWG (Illegale Abfallentsorgung), um einen einheitlichen Vollzug bei der Verfolgung und Ahndung dieser Verstöße zu erreichen. <sup>4</sup>Die in dem Katalog genannten Regel- und Rahmensätze haben allerdings für die Bemessung der Geldbußen nur die Bedeutung einer Richtlinie. <sup>5</sup>Die Verwaltungsbehörde muss in jedem Einzelfall prüfen, ob Besonderheiten des Sachverhalts eine Abweichung von diesen Sätzen verlangen. <sup>6</sup>So nennt der Bußgeldkatalog auch nur die Begehungsweise in üblicher Umgebung, ohne auf die Bedeutung einzugehen, die Verstößen an Orten zukommt, die z. B. in Natur-, Landschafts- und Wasserschutzgebieten liegen. <sup>7</sup>Ferner berücksichtigen die Regel- und Rahmensätze nicht die jeweils unterschiedlichen wirtschaftlichen Vorteile, die die Täter daraus ziehen, dass sie die Abfälle nicht den dafür zugelassenen Abfallentsorgungsanlagen zuführen; die Geldbuße muss grundsätzlich die dadurch eingesparten Aufwendungen (Entsorgungsgebühren bzw. -entgelte, Transportkosten) übersteigen (siehe hierzu Teil 1, Kapitel 2 Nr. 2.3 und 4.2). <sup>8</sup>Schließlich kann bei den mit einem Sternchen (\*) gekennzeichneten Bußgeldsätzen auch eine Verwarnung in Betracht kommen. <sup>9</sup>Das Kernstück des Bußgeldkatalogs bildet die Aufzählung der verschiedenen Tatbestände in Spalte 2. <sup>10</sup>Die dort aufgenommenen Zuwiderhandlungen sind nach Abfallarten gegliedert und weiter unterteilt in Gruppen, in denen Beispiele aufgeführt sind, die nach Art, Größe und Menge Anhaltspunkte für die Einreihung weiterer Einzelgegenstände des Abfalls geben. <sup>11</sup>In Spalte 1 sind Kennziffern für die einzelnen Tatbestände enthalten. <sup>12</sup>Die Spalte 2 enthält in Kurzfassung den Tatbestand, zu dem jeweils das vorangestellte Tatbestandsmerkmal "außerhalb einer dafür vorgesehenen Anlage" gehört. <sup>13</sup>Spalte 3 ist für die Geldbuße und ein eventuelles Verwarnungsgeld vorgesehen. <sup>14</sup>Spalte 4 ist Bemerkungen vorbehalten, auf die die zuständigen Verwaltungsbehörden zu achten haben, insbesondere soweit die Handlung gleichzeitig eine Straftat oder Ordnungswidrigkeit nach anderen Gesetzen ist.

Nr.	Zuwiderhandlungen	Geldbuße (in €)	Bemerkungen
1	2	3	4
	Wer außerhalb einer dafür zugelassenen Anlage Abfälle, die er nicht verwertet, oder Abfälle zur Beseitigung wie		
1	Gegenstände des Hausmülls (ohne		1. Straftaten:
	Sperrmüll) behandelt, lagert oder ablagert, z. B. durch Wegwerfen, Liegenlassen, Vergraben, Wegschütten, Verbrennen		<ul><li>– Gewässerverunreinigung, §§ 324, 330</li><li>StGB</li></ul>
			<ul><li>Bodenverunreinigung, §§ 324a StGB, 330 StGB</li></ul>
			– Unerlaubter Umgang mit gefährlichen Abfällen, §§ 326, 330 StGB
			<ul> <li>Unerlaubtes Betreiben einer</li> <li>Abfallentsorgungsanlage; §§ 327 Abs.</li> <li>2 Satz 1 Nr. 3, 330 StGB</li> </ul>
			<ul> <li>Schwere Gefährdung durch Freisetzen von Giften, § 330a StGB</li> </ul>
			2. Ordnungswidrigkeiten:

				– § 103 Abs. 1 Nrn. 1, 2 und 4 WHG
				– § 49 Abs. 1 Nr. 27, § 32 StVO
				– § 23 Abs. 1 Nr. 1, § 8 Abs. 1 FStrG
				– Art. 66 Nr. 1, Art. 16 BayStrWG
				– Art. 66 Nr. 2, Art. 18 Abs. 1 BayStrWG
				– Art 57 Abs. 2 Nr. 2 BayNatSchG
				– Landschaftsschutzverordnungen
1.1	soweit sie unbedeutender Art sind, z. B. Zigarettenschachtel, Pappbecher, Pappteller, Papierstück, Taschentuch, Inhalt von Aschenbechern, Stoffreste, Obst- und Lebensmittelreste (Bananenschale etc.), flüssige Abfälle bis 1/2 I (Spülmittel, Farbreste etc.)	*20		
1.2	mehrere Gegenstände unbedeutender Art bzw. Gegenstände von gewisser Bedeutung, z. B. Zeitung, Illustrierte, Plastikbeutel, Tasche, Sack, Plastikflasche, Verpackungsmaterial, Schachtel, Karton, Geschirr, Kochtopf, Blechdose, Kleidungsstück, flüssige Abfälle von 1/2 l bis 1 l	*35		
1.3	über Nr. 1.2 hinaus			
1.3.1	eine Menge bis 2 kg bzw. 2 l	35 –	80	
1.3.2	eine Menge über 2 kg bzw. über 2 l	80 –	320	
1.4	scharfkantige, ätzende und schneidende Gegenstände, z.B. Glasflaschen, Glasscherben, rostige Nägel, Blech- und Eisenreste	35 –	80	
2	Gegenstände des Sperrmülls mit Ausnahme von Fahrzeugen, Autoreifen, Bauschutt und pflanzlichen Abfällen behandelt, lagert oder ablagert			siehe Nr. 1 (Bemerkung)
2.1	Einzelstücke kleineren Umfangs, z. B. Radio, Fernseher, Küchenmaschine, Koffer, Matratze, Rasenmäher, Kinderwagen, Kinderauto, Dreirad, Waschschüssel, Fensterladen, Stuhl, Schränkchen, Bilderrahmen, Kisten, Schlitten, Korb	80 –	240	
2.2	mehrere Einzelstücke kleineren Umfangs bzw. Einzelstücke größeren Umfangs, z. B. Kühlschrank, Waschmaschine, Nähmaschine, Ofen, Heizkörper, Boiler, Schrank, Kommode, Bettgestell, Badewanne, Tür, Leiterwagen	160	500	
2.3	über Nr. 2.2 hinaus			
2.3.1	mehrere Einzelstücke bzw. eine Menge bis 1 m <sup>3</sup> oder 100 kg	160 –	700	
2.3.2	Sperrmüll über 1 m <sup>3</sup> bzw. über 100 kg	700 –	2 500	
3	Altreifen behandelt, lagert oder ablagert			siehe Nr. 1 (Bemerkung)
3.1	Mengen bis zu 5 Stück	110 –	330	

3.2	größere Mengen	330	1 600	
4	Autowracks und Ähnliches			siehe Nr. 1 (Bemerkung)
4.1	lagert oder ablagert			
4.1.1	Fahrrad			
4.1.1.1	bei sofortiger Beseitigung	35 –	80	
4.1.1.2	sonst	80 –	160	
4.1.2	Moped oder Motorrad			
4.1.2.1	bei sofortiger Beseitigung	80 –	160	
4.1.2.2	sonst	160 –	320	
4.1.3	Pkw			
4.1.3.1	bei sofortiger Beseitigung	160 –	320	
4.1.3.2	sonst	500 –	2 000	
4.1.4	Lkw, Anhänger, Traktor, Wohnwagen, Omnibus			
4.1.4.1	bei sofortiger Beseitigung	500 –	800	
4.1.4.2	sonst	800 -	3 200	
4.2	behandelt (z. B. Fahrzeuge ausbrennt)			
4.2.1	Einzelfall	500 –	1 300	
4.2.2	sonst	800	8	
5	Bauschutt lagert oder ablagert			siehe Nr. 1 (Bemerkung)
5.1	Menge bis 1 m <sup>3</sup>	80 –	400	
5.2	Menge bis 5 m <sup>3</sup>	400 -	1 000	
5.3	Menge über 5 m <sup>3</sup>	1 000 –	5 000	
6	schlammige Stoffe ablagert (z.B. Fäkalien, Klärschlamm und Abfälle aus Massentierhaltungen)			siehe Nr. 1 (Bemerkung)
6.1	Verunreinigung durch kleine Mengen von Fäkalien (z.B. Hundekot an Orten, an denen besondere Beeinträchtigungen auftreten, insbesondere auf Gehwegen und Kinderspielplätzen)	*20 -	150	
6.2	Menge bis 1 m <sup>3</sup>	80 –	400	
6.3	Menge bis 5 m <sup>3</sup>	400 -	800	
6.4	Menge über 5 m <sup>3</sup>	800	2 400	

7	Schlachtabfälle und Tierkadaver behandelt, lagert oder ablagert			soweit nicht die Vorschriften über tierische Nebenprodukte Anwendung finden; siehe Nr. 1 (Bemerkung)
7.1	Menge bis 20 kg	40 –	160	
7.2	Menge darüber	160 –	1 600	
8	pflanzliche Abfälle			Verstoß gegen die Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb zugelassener Beseitigungsanlagen
8.1	behandelt, lagert oder ablagert			
8.1.1	Menge bis 1 Eimer	*10 -	35	
8.1.2	Menge bis 1 Handwagen oder Kofferraum	50 –	80	
8.1.3	Menge bis 1 Lastwagenfuhre	80 –	320	
8.1.4	Menge darüber	320 -	1 300	
8.2	unter Verstoß gegen die Verordnung über die Beseitigung von pflanzlichen Abfällen außerhalb zugelassener Beseitigungsanlagen entsorgt			
8.2.1	Geruchsbelästigung	*20		
8.2.2	Anzeigepflichtverletzung	*20		
8.2.3	Verstoß gegen Zeitvorschrift	*35		
8.2.4	Verstoß gegen vorgesehene Orte	*35		
8.2.5	Anzünden von Feuer bei starkem Wind	80 –	460	
8.2.6	gleichzeitiges Inbrandsetzen größerer Flächen	475 -	1 300	
8.2.7	Sichtbehinderung auf öffentlichen Verkehrsflächen	80 –	1 600	

# Kapitel 2:

# Sachbereich "Bodenschutz und Altlasten"

### Vorbemerkung:

<sup>1</sup>Im Sachbereich "Bodenschutz und Altlasten" sind Regel- und Rahmensätze für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Bundes-Bodenschutzgesetz (BBodSchG) und dem Bayerischen Bodenschutzgesetz (BayBodSchG) aufgeführt. <sup>2</sup>Soweit bei den im Folgenden angeführten Paragrafen und Artikeln keine weitere Bezeichnung angefügt ist, beziehen sie sich auf die in der jeweiligen Überschrift genannte Rechtsvorschrift.

Nr.	Zuwiderhandlungen	Geldbuße (in €)	Bemerkungen
1	2	3	4
1	Ordnungswidrigkeiten nach § 26 BBodSchG		
1.1	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 10 Abs. 1 Satz 1, die sich auf eine Pflicht nach § 4 Abs. 3, 5 oder 6 bezieht (§ 26 Abs. 1 Nr. 2)		Straftat nach §§ 324, 324a, 330, 330a StGB prüfen
1.2	Zuwiderhandlung gegen sonstige vollziehbare Anordnungen (§ 26 Abs. 1 Nr. 3) zur		

1.2.1	Durchführung von Sanierungsuntersuchungen oder zur Vorlage eines Sanierungsplans nach § 13 Abs. 1	1 000 –	10 000	
1.2.2	Durchführung von Eigenkontrollmaßnahmen oder zur Einrichtung oder zum Betrieb von Messstellen nach § 15 Abs. 2 Satz 1 oder 4	500 –	10 000	
1.2.3	längerfristigen Aufbewahrung der Ergebnisse der Eigenkontrollmaßnahmen nach § 15 Abs. 2 Satz 3	250 –	1 000	
1.3	Mitteilung der Ergebnisse der Eigenkontrollmaßnahmen erfolgt entgegen § 15 Abs. 3 Satz 1 nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig (§ 26 Abs. 1 Nr. 4)	50 –	500	
2	Ordnungswidrigkeiten nach Art. 14 BayBodSchG			
2.1	Verstoß gegen Auskunfts- oder Vorlagepflicht (Art. 14 Nr. 1)			
2.1.1	bezüglich schädlicher Bodenveränderungen oder Altlasten nach Art. 1 Satz 2	50 –	5 000	
2.1.2	bezüglich geowissenschaftlicher Daten nach Art. 9 Satz 1	25 –	2 500	
2.2	Verstoß gegen Duldungs- und Mitwirkungspflichten (Art. 14 Nr. 2)			
2.2.1	bezüglich schädlicher Bodenveränderungen und Altlasten nach Art. 4 Abs. 1	50 –	5 000	
2.2.2	bezüglich geowissenschaftlicher Daten nach Art. 9 Satz 2	25 –	2 500	
2.3	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung bei bestimmten stofflichen schädlichen Bodenveränderungen (Art. 14 Nr. 3) zur			
2.3.1	Durchführung von Sanierungsuntersuchungen oder zur Vorlage eines Sanierungsplans nach Art. 5 Abs. 2 in Verbindung mit § 13 Abs. 1 BBodSchG	1 000 –	10 000	
2.3.2	Durchführung von Eigenkontrollmaßnahmen oder zur Einrichtung oder zum Betrieb von Messstellen nach Art. 5 Abs. 2 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 Satz 1 oder 4 BBodSchG	500 –	10 000	
2.3.3	längerfristigen Aufbewahrung der Ergebnisse der Eigenkontrollmaßnahmen nach Art. 5 Abs. 2 in Verbindung mit § 15 Abs. 2 Satz 3 BBodSchG	250 –	1 000	
2.4	Mitteilung der Ergebnisse der Eigenkontrollmaßnahmen erfolgt entgegen Art. 5 Abs. 2 in Verbindung mit § 15 Abs. 3 Satz 1 BBodSchG nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig (Art. 14 Nr. 4)	50 –	500	

# Kapitel 3:

# Sachbereich "Immissionsschutz"

# Vorbemerkung:

<sup>1</sup>Der Sachbereich "Immissionsschutz" ist wie folgt gegliedert:

Nr. 1 Genehmigungsbedürftige Anlagen im Sinne des Bundes-Immissionsschutzgesetzes

Nr. 2 Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen, Beschaffenheit von Anlagen, Stoffen, Erzeugnissen, Brennstoffen und Treibstoffen (gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz)

### Nr. 3 Benzinbleigesetz

Nr. 4 Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen

- 1. BlmSchV -

Nr. 5 Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen halogenierten organischen Verbindungen - 2. BlmSchV -Nr. 6 Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub - 7. BlmSchV -Nr. 7 Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen - 10. BlmSchV -Nr. 8 Störfall-Verordnung - 12. BlmSchV -Nr. 9 Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen - 13. BlmSchV -Nr. 10 Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen - 17. BlmSchV -Nr. 11 Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen und Lagern von Ottokraftstoffen, Kraftstoffgemischen oder Rohbenzin - 20. BlmSchV -Nr. 12 Verordnung zur Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen bei der Betankung von Kraftfahrzeugen - 21. BlmSchV -Nr. 13 Verordnung zur Begrenzung von Emissionen aus der Titandioxid-Industrie - 25. BlmSchV -Nr. 14 Verordnung über elektromagnetische Felder - 26. BlmSchV -Nr. 15 Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung - 27. BlmSchV -Nr. 16 Verordnung über Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren - 28. BlmSchV -Nr. 17 Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen - 30. BlmSchV -Nr. 18 Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen - 31. BlmSchV -Nr. 19 Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung - 32. BlmSchV -Nr. 20 Verordnung über Verdunstungskühlanlagen, Kühltürme und Nassabscheider - 42. BlmSchV -

Nr. 21 Bayerisches Immissionsschutzgesetz

<sup>2</sup>Soweit bei den im Bußgeldkatalog angeführten Paragrafen keine weitere Bezeichnung angefügt ist, beziehen sie sich auf die in der jeweiligen Überschrift genannte Rechtsvorschrift.

Nr.	Zuwiderhandlungen	Geld	Bemerkungen
		buße (in €)	
1	2	3	4
1	Genehmigungsbedürftige Anlagen im Sinne des Bundes- Immissionsschutzgesetzes		
1.1	Errichtung einer Anlage des Anhangs zur 4. BImSchV ohne die Genehmigung nach § 4 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 1), wenn der Wert der tatsächlich errichteten Anlagen (Anlagenteile)		1 bei Betrieb . ohne Genehmigung Straftat nach § 327 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 3 Nr. 2 StGB, daneben auch §§ 325, 330, 330a StGB prüfen
			2 nach § 20 . Abs. 2 soll die Anlage stillgelegt bzw. muss sie beseitigt werden
			3 bei weiterer . Errichtung erneute Verhängung nach dem gesamten Wert der errichteten Anlage oder Anlagenteile (§ 17 Abs. 4 OWiG)
			4 strafschärfend . soll berücksichtigt werden, wenn durch die ungenehmigte Errichtung das Recht der Öffentlichkeit auf Verfahrensbet eiligung missachtet worden ist
1.1.1	bis 50 000 €	5 2 0 50 0 0 -	
1.1.2	über 50 000 € bis 500 000 €	5 5 0 00 0 0 -	

1.1.4 über 5 Mio. € beträgt.  1.2 Errichtung von Versuchsanlagen, die nach § 2 Abs. 3 der 4. BlmSchV im vereinfachten Verfahren zu genehmigen sind  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1 bei grob pflichtwidrig m Verstoß Straftat nac 325 StGB, daneben au §§ 330, 330 StGB prüfer  2 Höhe der Geldbuße: mindestens die durch di unterlassen nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsge äße Ausführung ersparten Aufwendung					
beträgt.  1.2 Errichtung von Versuchsanlagen, die nach § 2 Abs. 3 der 4. BlmSchV Im vereinfachten Verfahren zu genehmigen sind  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1.3 Verstoß gegen eine Auflage, die der Luftreinhaltung dient, wenn dadurch 1 rechtzeitige oder nicht 1 rechtzeitige o		1.1.3	über 500 000 € bis 5 Mio. €	ı	
beträgt.  1.2 Errichtung von Versuchsanlagen, die nach § 2 Abs. 3 der 4. BlmSchV Im vereinfachten Verfahren zu genehmigen sind  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1.3 Verstoß gegen eine Auflage, die der Luftreinhaltung dient, wenn dadurch 1 rechtzeitige oder nicht 1 rechtzeitige o	ı	1.1.4	über 5 Mio. €	2 50	
1.2 Errichtung von Versuchsanlagen, die nach § 2 Abs. 3 der 4. BlmSchV im vereinfachten Verfahren zu genehmigen sind  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1 bei grob . pflichtwidrig m Verstoß Straftat nac 325 StG, daneben au §§ 330, StGB prüfer 2 Höhe der . Geldbuße; mindestens di unterlassen nicht rechtzeitige oder nic	ı			5 00	
1.2 Errichtung von Versuchsanlagen, die nach § 2 Abs. 3 der 4. BlmSchV im vereinfachten Verfahren zu genehmigen sind  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 pflichtwidrig m Verstoß Straftat nac 325 StGB, daneben au 8§ 330, StGB prüfer 2 Höhe der Geldbuße: mindestens die durch di unterlassen nicht rechtzeitige oder nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsge aße Ausführung ersparten Aufwendung n (§ 17 Abs OWiG)  1.3.1 Verstoß gegen eine Auflage, die der Luftreinhaltung dient, wenn dadurch  1.3.1 keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden,  2 2 2 5 50 0 0 0	ı		bellagt.	" "	
vereinfachten Verfahren zu genehmigen sind  1.3 Verstoß gegen eine vollziehbare Auflage nach § 8a Abs. 2 Satz 2 oder § 12 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  1 bei grob. pflichtwidrig in Verstoß Straftat nac 325 Str.GR, daneben au § 330, 330, St.GB prüfer  2 Höhe der Geldbuße: mindestens die durch di unterlassen nicht rechtzeitige oder nicht vertreitige oder nicht vertreit	ı			_	
Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 3)  Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 2)  Ab		1.2		0 00	
. Geldbuße: mindestens die durch di unterlassen nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsge äße Ausführung ersparten Aufwendung n (§ 17 Abs OW/G)  1.3.1 Verstoß gegen eine Auflage, die der Luftreinhaltung dient, wenn dadurch  1.3.1 keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden,  1.3.1 kurzzeitig (bis 1 Woche) erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,  1.3.1 kurzzeitig (bis 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden,  1.3.1 kurzzeitig (bis 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können,  1.3.1 langfristig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können,  1.3.1 langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu		1.3			. pflichtwidrige m Verstoß Straftat nach §
1.3.1 keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden,  1.3.1 kurzzeitig (bis 1 Woche) erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,  1.3.1 kurzzeitig (bis 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können,  1.3.1 langfristig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,  1.3.1 langfristig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,  1.3.1 langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu  1.3.1 langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu  1.3.1 Gesundheitsgefährdungen führen können					. Geldbuße: mindestens die durch die unterlassene, nicht rechtzeitige oder nicht ordnungsgem äße Ausführung ersparten Aufwendunge n (§ 17 Abs. 4
1.3.1 kurzzeitig (bis 1 Woche) erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,  1.3.1 kurzzeitig (bis 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können,  1.3.1 langfristig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,  1.3.1 langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können  1.3.1 langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können		1.3.1	Verstoß gegen eine Auflage, die der Luftreinhaltung dient, wenn dadurch		
1.3.1 kurzzeitig (bis 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können,  1.3.1 langfristig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,  1.3.1 langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden,  1.3.1 langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu  1.3.1 Gesundheitsgefährdungen führen können  1.3.1 Gesundheitsgefährdungen führen können			keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden,	5 50	
<ul> <li>werden, die zu Gesundheitsgefährdungen führen können,</li> <li>langfristig erhebliche Belästigungen oder erhebliche Nachteile hervorgerufen werden,</li> <li>langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu</li> <li>Gesundheitsgefährdungen führen können</li> <li>0 00 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0 0</li></ul>				0 00	
.4 werden,  0 00 0 0 0 -  1.3.1 langfristig schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die zu 1 50 Gesundheitsgefährdungen führen können  0 00 0 0 0 0 0 0 0 0				5 00 0 0	
.5 Gesundheitsgefährdungen führen können 0 00 0 0 0 0				0 00	
				0 00 0 0 0	

1.3.2	Verstoß gegen eine Auflage, die der Lärmbekämpfung dient,			
1.3.2	wenn dadurch die in der TA Lärm festgelegten Immissionswerte nicht überschritten werden,	5 5	2 0 0	
1.3.2	wenn bei Überschreitung der Immissionswerte keine Erhöhung der Gesamtgeräuschbelastung eintritt,	5 0	4 0 0	
1.3.2	wenn dadurch die in der Genehmigungsurkunde festgelegten Immissionswerte kurzzeitig (bis 1 Woche) um höchstens 3 dB(A) überschritten werden,	0 0	O ii 0 C C C C C C C C C C C C C C C C C	an die Stelle der n der Genehmigungs urkunde festgelegten Immissionswert er treten die Immissionswert er der TA Lärm, sofern in der Genehmigung keine Werte Destimmt sind; Dei der Prüfung der Frage, ob die Immissionswert er überschritten sind, sind die Immissionswert er überschritten Seurteilungspeg el mit den Immissionswert en (nach Genehmigungs urkunde oder TA Lärm) zu vergleichen
1.3.2	wenn dadurch die in der Genehmigungsurkunde festgelegten Immissionswerte kurzzeitig (bis 1 Woche) um höchstens 10 dB(A) überschritten werden,	0 0		siehe Nr. 1.3.2.3
1.3.2 .5	wenn dadurch die in der Genehmigungsurkunde festgelegten Immissionswerte kurzzeitig (bis 1 Woche) um mehr als 10 dB(A) überschritten werden,	5 0	- 1	siehe Nr. 1.3.2.3
1.3.2 .6	wenn dadurch die in der Genehmigungsurkunde festgelegten Immissionswerte langfristig um höchstens 3 dB(A) überschritten werden,	5 0		siehe Nr. 1.3.2.3
1.3.2 .7	wenn dadurch die in der Genehmigungsurkunde festgelegten Immissionswerte langfristig um höchstens 10 dB(A) überschritten werden,	0 0		siehe Nr. 1.3.2.3
1.3.2 .8	wenn dadurch die in der Genehmigungsurkunde festgelegten Immissionswerte langfristig um mehr als 10 dB(A) überschritten werden	0 0		siehe Nr. 1.3.2.3

		0	
1.3.3	Verstoß gegen sonstige Auflagen,		
1.3.3	wenn sie der Einhaltung des § 5 Abs. 1 Nr. 3 dienen und		
	die Vermeidung von Abfällen,	5 10 0 00 0 0	
1.3.3	die Verwertung von Abfällen,	5 10 0 00 0 0 -	
	die Beseitigung von gesundheitsgefährdenden Abfällen ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit,	5 25 0 00 0 0 0	
	die Beseitigung von sonstigen Abfällen ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit betreffen,	5 2 0 50 0 0	
1.3.3	wenn sie der Einhaltung des § 5 Abs. 1 Nr. 4 dienen,	2 2 5 50 0 0 -	
1.3.3	wenn sie der Einhaltung des § 5 Abs. 3 BlmSchG dienen und dadurch sichergestellt werden soll, dass auch nach einer Betriebseinstellung		
	von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstige Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen hervorgerufen werden können (§ 5 Abs. 3 Nr. 1)	5 15 0 00 0 0 -	
1.3.3	vorhandene Abfälle ordnungsgemäß und schadlos verwertet	5 5 0 00 0 0 -	
	oder als Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden (§ 5 Abs. 3 Nr. 2).	2 10 5 00 0 0 0	
1.3.3	wenn sie dem Arbeitsschutz dienen	2 5 5 00 0 0 -	
1.3.3	wenn sie der Einhaltung sonstiger öffentlich-rechtlicher Vorschriften dienen	5 5 0 00 0 0 -	
1.3.3	wenn sie ausschließlich die Beibringung von Nachweisen zum Gegenstand haben	1 1 5 50 0 0	
1.4	Änderung einer Anlage ohne Anzeige nach § 15 Abs. 1, Abs. 2 Satz 2 oder 3 (§ 62 Abs. 2 Nrn. 1, 1a)		

1.4.1	Unterlassen der Anzeige nach § 15 Abs. 1 oder 3 (§ 62 Abs. 2 Nr. 1) oder Vornahme einer Änderung entgegen § 15 Abs. 2 Satz 2 vor Ablauf der Wartefrist (§ 62 Abs. 2 Nr. 1a)	0 00	Eine Erhöhung nach Teil 1 Kapitel 2 Nr. 2.2.1 kann in Betracht kommen, wenn eine verwirklichte Änderung nicht den gesetzlichen Anforderungen entspricht und es deshalb zu vermeidbaren Umweltbelastun gen gekommen ist.
1.4.2	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Anzeige	2 5 5 00 0 0 -	
1.4.3	verspätete Anzeige	2 2 5 50 0 0 -	
1.5	wesentliche Änderung einer Anlage des Anhangs zur 4. BImSchV, ohne Genehmigung nach § 16 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 4), wenn die durchgeführte Änderung Aufwendungen		siehe Nr. 1.1
1.5.1	bis 50 000 €	5 2 0 50 0 0 -	
1.5.2	über 50 000 € bis 500 000 €	5 5 0 00 0 0 -	
1.5.3	über 500 000 € bis 5 Mio. €	5 25 0 00 0 0 -	
1.5.4	über 5 Mio. € erfordert hat	2 50 5 00 0 0 0	
1.6	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 17 Abs. 1 oder 5 (§ 62 Abs. 1 Nr. 5)		siehe Nr. 1.3
1.6.1	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 Nr. 1 ergebenden Pflichten dient, wenn infolge des Verstoßes		
1.6.1	kurzzeitig (bis 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen nicht zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen weniger als 3 dB(A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen,	5 5 0 00 0 0 -	
1.6.1	kurzzeitig (bis 1 Woche) schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen mindestens 3 dB(A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen,	1 10 0 00 0 0 0	

1.6.1	über einen längeren Zeitraum schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen	7	
	werden, die bei Luftverunreinigungen nicht zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen weniger als 3 dB(A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen,	2 15 5 00 0 0 0	
.4	über einen längeren Zeitraum schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, die bei Luftverunreinigungen zu Gesundheitsgefährdungen führen können bzw. bei Geräuschen mindestens 3 dB(A) über den bei Durchführung der angeordneten Maßnahmen zu erwartenden Immissionswerten liegen	5 25 0 00 0 0 0	
	Verstoß gegen eine Anordnung, die ausschließlich der Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 Nr. 2 ergebenden Pflichten dient	2 10 5 00 0 0 -	
	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 Nr. 3 ergebenden Pflichten dient und		
1.6.3	die Vermeidung von Abfällen,	5 10 0 00 0 0 -	
1.6.3	die Verwertung von Abfällen,	5 10 0 00 0 0 0	
	die Beseitigung von gesundheitsgefährdenden Abfällen ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit,	5 25 0 00 0 0 0	
	die Beseitigung von sonstigen Abfällen ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit betrifft	5 2 0 50 0 0 -	
	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 1 Nr. 4 ergebenden Pflichten dient	2 2 5 50 0 0 -	
	Verstoß gegen eine Anordnung, die zur Erfüllung der sich aus § 5 Abs. 3 ergebenden Pflichten sicherstellen soll, dass auch nach einer Betriebseinstellung		
.1	von der Anlage oder dem Anlagengrundstück keine schädlichen Umwelteinwirkungen und sonstigen Gefahren, erhebliche Nachteile und erhebliche Belästigungen hervorgerufen werden können (Nr. 1)	5 15 0 00 0 0 -	
1.6.5	vorhandene Abfälle		
1.6.5 .2.1	ordnungsgemäß und schadlos verwertet oder	5 5 0 00 0 0 -	
	als Abfälle ohne Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit beseitigt werden (Nr. 2)	2 10 5 00 0 0 0	
1.7	Ermittlung von Emissionen und Immissionen		

	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 26 Abs. 1, § 28 Satz 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 5)		siehe Nr. 1.3, Bemerkung 2
1.7.1	Nichterteilung des Auftrags	5 5 0 00 0 0 -	
1.7.1	verspätete Erteilung des Auftrags	2 2 5 50 0 0 -	
1.7.1	Nichtbeachtung von Anforderungen an Art und Umfang der Ermittlungen	2 2 5 50 0 0 -	
1.7.2	Verstoß gegen die Verpflichtung zur Abgabe oder Ergänzung einer Emissionserklärung nach § 27 Abs. 1 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 2)		siehe Nr. 1.3, Bemerkung 2 nur in Verbindung mit einer Rechtsverordnu ng nach § 27 Abs. 4 Satz 4
1.7.2	Unterlassen der Abgabe der Emissionserklärung	2 2 5 50 0 0 -	
1.7.2	Abgabe einer unrichtigen oder unvollständigen Emissionserklärung	2 2 5 50 0 0 -	
1.7.2	verspätete Abgabe der Emissionserklärung	1 1 0 00 0 0 -	
1.7.3	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 29 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 5)		siehe Nr. 1.3
1.7.3	Nichtausführung der Anordnung	2 25 5 00 0 0 0	
1.7.3	unrichtige oder verspätete Ausführung der Anordnung	5 10 0 00 0 0 -	
1.7.4	Verstoß gegen die Mitteilungs- oder Vorlagepflicht nach § 31 Abs. 1 Satz 1, Abs. 5 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 3, 3a)	2 2 5 50 0 0 -	
1.8	Überwachung		
1.8.1	Verweigerung des Zutritts und der Vornahme von Prüfungen nach § 52 Abs. 2 Sätze 1, 3 oder 4, auch in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 4)		1 Obergrenze . bei konkreten Anhaltspunkte n, dass Verweigerung der Aufrechterhalt ung von

			Verstößen dient
			2 § 113 StGB . prüfen, sofern dabei körperlicher Angriff erfolgt auch § 114 StGB prüfen
1.8.2	Verstoß gegen die Auskunftspflicht nach § 52 Abs. 2 Sätze 1, 3 oder 4, auch in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 4)		
1.8.2 .1	Verweigerung von Auskünften oder Unterlagen, die die zuständige Behörde oder deren Beauftragter		
1.8.2 .1.1	anderweitig nicht einholen kann	2 1 5 00 0 0 -	
1.8.2 .1.2	anderweitig einholen kann	5 25 0 0 -	
1.8.2	Erteilung unrichtiger oder unvollständiger Auskünfte	1 50 0 0 0	
1.8.2	verspätete Auskunftserteilung	5 25 0 0 -	
1.8.3	Erschwerung von Überwachungsmaßnahmen nach § 52 Abs. 2 Sätze 1, 3 oder 4, auch in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 4)		
1.8.3	Weigerung, den Immissionsschutzbeauftragten oder den Störfallbeauftragten zu einer Überwachungsmaßnahme auf Verlangen hinzuzuziehen	1 50 0 0 0	
1.8.3	Unterlassung der Bereitstellung von Arbeitskräften oder Hilfsmitteln	2 50 5 0 0	
1.8.4	Verweigerung der Entnahme von Stichproben entgegen § 52 Abs. 3 Satz 2 (§ 62 Abs. 2 Nr. 5)	2 2 5 50 0 0 -	
1.9	Anzeigen		
1.9.1	Verstoß gegen die Anzeigepflicht nach § 67 Abs. 2 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 6)		
1.9.1	Unterlassen der Anzeige	2 2 5 50 0 0 -	
1.9.1	Erstattung einer unrichtigen oder unvollständigen Anzeige	1 50 0 0 0	
1.9.1 .3	verspätete Anzeige	2 50 5 0 0	

1.9.2	Verstoß gegen die Pflicht zur Vorlage von Unterlagen nach § 67 Abs. 2 Satz		
	2 (§ 62 Abs. 2 Nr. 7)		
1.9.2	Unterlassen der Vorlage	1 50 0 0 0 -	
1.9.2 .2	Vorlage unrichtiger oder unvollständiger Unterlagen	1 50 0 0 0	
1.9.2 .3	verspätete Vorlage von Unterlagen	5 25 0 0 -	
2	Nicht genehmigungsbedürftige Anlagen, Beschaffenheit von Anlagen, Stoffen, Erzeugnissen, Brennstoffen und Treibstoffen, Betrieb von Fahrzeugen		
2.1	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 24 Satz 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 5)		siehe Nr. 1.3, Bemerkung 2
2.1.1	Nichtbefolgung einer Anordnung zur Verhinderung von Luftverunreinigungen und Lärm,		
2.1.1	wenn keine schädlichen Umwelteinwirkungen eintreten,	1 1 5 50 0 0 -	
2.1.1	wenn erhebliche Nachteile oder Belästigungen eintreten,	5 15 0 00 0 0 -	
2.1.1	wenn die Gesundheit anderer oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden können		siehe Nr. 1.3, Bemerkung 1
2.1.2	Verstoß gegen eine Anordnung, die beim Betrieb der Anlage entstehenden Abfälle ordnungsgemäß zu beseitigen,		
2.1.2	wenn die Abfälle für Gesundheit und Sachen ungefährlich sind,	1 1 5 50 0 0 -	
2.1.2 .2	wenn erhebliche Nachteile oder Belästigungen entstehen,	5 15 0 00 0 0 -	
2.1.2	wenn die Gesundheit anderer oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden können		siehe Nr. 1.3, Bemerkung 1
2.2	Betrieb einer Anlage entgegen einer vollziehbaren Untersagung nach § 25 Abs. 1 (§ 62 Abs. 1 Nr. 6),		
2.2.1	wenn keine erheblichen Nachteile oder Belästigungen entstehen,	1 1 5 50 0 0 -	

222	wenn erhebliche Nachteile oder Relästigungen entstehen	5 25	
2.2.2	wenn erhebliche Nachteile oder Belästigungen entstehen,	5 25 0 00 0 0 -	
2.2.3	wenn die Gesundheit anderer oder fremde Sachen von bedeutendem Wert gefährdet werden können		siehe Nr. 1.3, Bemerkung 1
2.3	Verstoß gegen eine vollziehbare Messanordnung nach § 26 oder § 29 Abs. 2 (§ 62 Abs. 1 Nr. 5)		siehe Nr. 1.3
2.3.1	Nichterteilung des Auftrags nach § 26	2 2 5 50 0 0 -	
2.3.2	verspätete Erteilung des Auftrags § 26	1 1 5 50 0 0 -	
2.3.3	Nichtbeachtung von Anforderungen nach § 26	1 1 5 50 0 0 -	
2.3.4	Nichtausführung der Anordnung nach § 29 Abs. 2	2 2 5 50 0 0 -	
2.3.5	unrichtige oder verspätete Ausführung der Anordnung nach § 29 Abs. 2	1 1 5 50 0 0	
2.4	Verstoß gegen die Auskunftspflichten nach § 31 (§ 62 Abs. 2 Nr. 3, 3a)	1 1 5 00 0 0	
2.5	Überwachung		
	Verweigerung des Zutritts und der Vornahme von Prüfungen nach § 52 Abs. 2 Satz 1, 3 oder 4, auch in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 4)	1 1 5 50 0 0 -	siehe Nr. 1.8.1
	Verstoß gegen die Auskunftspflicht nach § 52 Abs. 2 Satz 1, 3 oder 4, auch in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 4)		
2.5.2 .1	Verweigerung von Auskünften oder Unterlagen, die die zuständige Behörde oder deren Beauftragter		
2.5.2	anderweitig nicht einholen kann,	1 50 0 0 0	
2.5.2	anderweitig einholen kann	5 15 0 0 -	
2.5.2	Erteilung unrichtiger oder unvollständiger Auskünfte	5 25 0 0 -	

2.5.2 .3	verspätete Auskunftserteilung	5 15 0 0	
2.5.3	Erschwerung von Überwachungsmaßnahmen nach § 52 Abs. 2 Satz 1, 3 oder 4, auch in Verbindung mit Abs. 3 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1 (§ 62 Abs. 2 Nr. 4)	_	
2.5.3	Weigerung, den Immissionsschutzbeauftragten zu einer Überwachungsmaßnahme auf Verlangen hinzuzuziehen	1 25 0 0 0	
2.5.3 .2	Unterlassung der Bereitstellung von Arbeitskräften oder Hilfsmitteln	5 15 0 0	
2.5.4	Verweigerung der Entnahme von Stichproben entgegen § 52 Abs. 3 Satz 2 (§ 62 Abs. 2 Nr. 5)	2 2 5 50 0 0 -	
2.6	Betrieb eines Fahrzeugs unter Verstoß gegen die Pflicht nach § 38 Abs. 1 Satz 2 (§ 62 Abs. 1 Nr. 7a)	5 25 0 0 -	
3	Benzinbleigesetz		
3.1	Herstellen, Einführen oder sonstiges Inverkehrbringen von Ottokraftstoffen		Einziehung gemäß §§ 22 ff. OWiG möglich; bei Veräußern von Kraftstoff siehe Nr. 9 (10. BImSchV)
3.1.1	mit einem Gehalt an Bleiverbindungen von mehr als 0,15 Gramm im Liter nur gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Satz 1)		
3.1.1	bei Mengen bis 1 000 m <sup>3</sup>	5 5 0 00 0 0 -	
3.1.1	bei Mengen über 1 000 m <sup>3</sup>	2 25 5 00 0 0 0	
3.1.2	mit einem Gehalt an Bleiverbindungen von mehr als 0,013 Gramm im Liter – nur gewerbsmäßig oder im Rahmen wirtschaftlicher Unternehmungen (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. a in Verbindung mit § 2 Abs. 1 Satz 2)		
3.1.2	bei Mengen bis 1 000 m <sup>3</sup>	2 2 5 50 0 0	
3.1.2	bei Mengen über 1 000 m <sup>3</sup>	1 10 0 00 0 0 0	
3.2	Herstellen, Einführen oder sonstiges Inverkehrbringen von Ottokraftstoffen, die anstelle von Bleiverbindungen nicht zugelassene Zusätze mit anderen Metallverbindungen enthalten (§ 7 Abs. 1 Nr. 1 Buchst. b)		siehe Nr. 3.1

3.2.1	bei Mengen bis 1 000 m <sup>3</sup>	2 2 5 50 0 0	
3.2.2	bei Mengen über 1 000 m <sup>3</sup>	- 2 25 5 00 0 0 -	
3.3	Verstöße gegen Kennzeichnungspflichten (§ 7 Abs. 1 Nr. 2)		
3.3.1	Nichtkenntlichmachung der Mindestqualität, Nichtunterrichtung des Kennzeichnungspflichtigen oder Nichtbekanntgabe der empfohlenen Qualitäten	2 2 5 50 0 0 -	
3.3.2	nicht richtige Kenntlichmachung der Mindestqualität oder nicht richtige Unterrichtung des Kennzeichnungspflichtigen	2 2 5 50 0 0 -	
3.4	Verstöße gegen Überwachungspflichten (§ 7 Abs. 1 Nrn. 3 bis 5)		
3.4.1	Nichtaufbewahrung der schriftlichen Erklärung des Herstellers	1 50 0 0 0	
3.4.2	Nichterteilung einer Auskunft	1 50 0 0 0	
	nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Erteilung einer Auskunft	1 50 0 0 0	
3.4.4	Verweigerung einer Prüfung oder Besichtigung oder der Entnahme von Stichproben	5 5 0 00 0 0 -	siehe Nr. 1.7.1
3.4.5	Verweigerung der Einsicht in geschäftliche Unterlagen	1 1 0 00 0 0 -	
4	Verordnung über kleine und mittlere Feuerungsanlagen – 1. BlmSchV –		1 Die . Bußgeldbewe hrung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG in
			Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften
			2 Bei grob . pflichtwidrige m Verstoß gegen vollziehbare Anordnung, Auflage oder Untersagung

			Straftat nach § 325 StGB, daneben auch § 330 StGB prüfen  Nach § 21 1. BImSchV bleibt die Befugnis der zuständigen Behörde zum Erlass weitergehender Anordnungen, aufgrund der §§ 24, 25 BImSchG unberührt; vgl. Zuwiderhandlun
			gen nach Nrn. 2.1 bis 2.3.
4.1	§ 24 Nr. 1: Brennstoffe		
	Einsatz von anderen als den nach § 3 Abs. 1 zugelassenen Brennstoffen	1 1 0 00 0 0 -	
4.2	§ 24 Nr. 2: Betrieb von Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe		
4.2.1	Verstoß gegen die Vorgabe, dass die Feuerungsanlage nach Angaben des Herstellers für den Einsatz des jeweiligen Brennstoffs geeignet sein muss (§ 4 Abs. 1 Satz 2)	0 00	Zu Nrn. 4.2.1 bis 4.5.1 und Nrn. 4.8.1 bis 4.8.12:
			Der Betreiber einer ab dem 22. März 2010 errichteten oder wesentlich geänderten Feuerungsanlag e hat die Einhaltung der jeweiligen Anforderungen innerhalb von vier Wochen nach Inbetriebnahme der Anlage von einer Schornsteinfege rin oder einem Schornsteinfege r feststellen zu lassen (vgl. § 14 Abs. 2 der 1. BImSchV).
4.2.2	Verstoß gegen die Vorgabe, dass Einzelraumfeuerungsanlagen, mit Ausnahme von Grundöfen und offenen Kaminen, die ab 22. März 2010 errichtet wurden, nur betrieben werden dürfen, wenn für die Anlage durch Typprüfung des Herstellers belegt werden kann, dass die Emissionsgrenzwerte und der Mindestwirkungsgrad nach Anlage 4 eingehalten werden (§ 4 Abs. 3)	1 1 0 00 0 0 -	
4.2.3	Verstoß gegen die Vorgabe, dass Feuerungsanlagen für die in § 3 Abs. 1 Nr. 8 und 13 genannten Brennstoffe, die ab 22. März 2010 errichtet wurden, nur betrieben werden dürfen, wenn durch Typprüfung des Herstellers belegt wird,	1 1 0 00 0	

	dass die Emissionsgrenzwerte nach Anlage 4 Nr. 2 eingehalten werden (§ 4 Abs. 7)	0 –	
4.3	§ 24 Nr. 3: Errichtung und Betrieb von Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe, Ölfeuerungsanlagen mit Verdampfungs- oder Zerstäubungsbrenner und Gasfeuerungsanlagen		
4.3.1	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe ab 4 kW, Nennwärmeleistung, ausgenommen Einzelraumfeuerungsanlagen, so zu errichten und zu betreiben sind, dass die unter § 5 Abs. 1 angegebenen Emissionsgrenzwerte für Staub und Kohlenmonoxid nicht überschritten werden (§ 5 Abs. 1)	0 50	Bei ausschließliche m Einsatz von Scheitholz gelten die Grenzwerte der Stufe 2 erst für Anlagen, die nach dem 31. Dezember 2016 errichtet wurden
4.3.2	Verstoß gegen die Vorgabe, Ölfeuerungsanlagen mit Verdampfungsbrenner oder mit Zerstäubungsbrenner so zu errichten und zu betreiben, dass die Grenzwerte für die Rußzahlen, Kohlenmonoxid und Abgasverluste nach § 10 Abs. 1 nicht überschritten werden und die Abgase frei sind von Ölderivaten (§§ 7 und 8)	5 1 0 00 - 0	
4.3.3	Verstoß gegen die Vorgabe, Gasfeuerungsanlagen so zu errichten und zu betreiben, das die Grenzwerte für die Abgasverluste nach § 10 Abs. 1 nicht überschritten werden (§ 9 Abs. 2)	5 50 0 0 -	
4.4	§ 24 Nr. 4: Einsatz von festen Brennstoffen		
4.4.1	Verstoß gegen die Vorgabe, die in § 3 Abs. 1 Nr. 6 und 7 genannten Brennstoffe nur in Feuerungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung von 30 kW und mehr und nur in Betrieben der Holzbearbeitung oder Holzverarbeitung einzusetzen (§ 5 Abs. 2)	2 5 5 00 0 0 -	
4.4.2	Verstoß gegen die Vorgabe, die in § 3 Abs. 1 Nr. 8 und 13 genannten Brennstoffe nur in automatisch beschickten Feuerungsanlagen einzusetzen, die nach Angaben des Herstellers dafür geeignet sind und mit den jeweiligen Brennstoffen typgeprüft wurden. Brennstoffe der Nr. 8, ausgenommen Stroh und ähnliche pflanzliche Stoffe, dürfen darüber hinaus nur in Betrieben der Land- und Forstwirtschaft, des Gartenbaus und in Betrieben des agrargewerblichen Sektors eingesetzt werden (§ 5 Abs. 3)	2 5 5 00 0 0 -	
4.5	§ 24 Nr. 5: Öl- und Gasfeuerungsanlagen zur Gebäudeheizung mit Wasser als Wärmeträger	1 1 0 00 0 0	
	Verstoß gegen die Vorgabe, dass bei Öl- und Gasfeuerungsanlagen zur Gebäudeheizung mit Wasser als Wärmeträger, die ab 22. März 2010 errichtet oder durch Austausch des Kessels wesentlich geändert wurden, Heizkessel mit mehr als 400 kW Nennwärmeleistung nur eingesetzt werden dürfen, wenn mittels Herstellerbescheinigung ein Nutzungsgrad von mindestens 94 % nachgewiesen wird (§ 6 Abs. 2)	_	
4.6	§ 24 Nr. 6: Errichtung und Betrieb von Öl- und Gasfeuerungsanlagen mit 10- 20 MW Feuerungswärmeleistung	5 10 0 00	
	Verstoß gegen die Vorgabe, dass Einzelfeuerungsanlagen für flüssige Brennstoffe nach § 3 Abs. 1 Nr. 9 für Gase der öffentlichen Gasversorgung, naturbelassenes Erdgas oder Flüssiggas mit einer Feuerungswärmeleistung von 10 bis weniger als 20 MW nur errichtet und betrieben werden dürfen, wenn Emissionsgrenzwerte für Kohlenmonoxid, Stickstoffoxide und Rußzahl (Brennstoffe Nr. 9) nicht überschritten werden (§ 11 Abs. 1 und Abs. 2)	0 0	
4.7	§ 24 Nr. 7: Herstellung einer Messöffnung	5 50 0 0	
	Verweigerung der Herstellung einer Messöffnung auf Verlangen der zuständigen Behörde (§ 12 Satz 3)	-	
4.8	§ 24 Nr. 8: Einhaltung von Anforderungen und deren Überwachung bei neuen und wesentlich geänderten Feuerungsanlagen sowie wiederkehrende		

	Überwachung und Überwachung bestehender Anlagen (Altanlagen) für feste Brennstoffe, ausgenommen Einzelraumfeuerungsanlagen		
4.8.1	Überschreitung des Feuchtegehalts bei Einsatz von festen Brennstoffen (§ 14 Abs. 2, § 3 Abs. 3)	5 50 0 0 -	
4.8.2	Verstoß gegen die Vorgaben, wonach die Feuerungsanlagen einen ordnungsgemäßen technischen Zustand aufweisen müssen, nur mit Brennstoffen nach § 3 Abs. 1 betrieben werden dürfen, vorausgesetzt sie sind nach Angaben des Herstellers dafür geeignet und Errichtung und Betrieb sich nach den Vorgaben des Herstellers zu richten haben (§ 14 Abs. 2, § 4 Abs. 1)	1 1 0 00 0 0 -	
4.8.3	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach Einzelraumfeuerungsanlagen, mit Ausnahme von Grundöfen und offenen Kaminen, die ab 22. März 2010 errichtet wurden, nur betrieben werden dürfen, wenn durch Typprüfung des Herstellers belegt werden kann, dass die Anforderungen an Emissionsgrenzwerte und Mindestwirkungsgrad nach Anlage 4 eingehalten werden (§ 14 Abs. 2, § 4 Abs. 3)	5 50 0 0 -	
4.8.4	Mehr als nur gelegentlicher Betrieb bei offenen Kaminen und Verwendung von anderen Brennstoffen als die unter § 3 Abs. 1 Nr. 4 und 5a aufgeführten (§ 14 Abs. 2, § 4 Abs. 4)	1 1 0 00 0 0 -	
4.8.5	Betrieb von Grundöfen, die nach dem 31. Dezember 2014 ohne nachgeschaltete Einrichtungen zur Staubminderung errichtet wurden und bei denen nicht durch Kaminkehrermessung oder Typprüfbescheinigung die Einhaltung der Grenzwertanforderungen nachgewiesen werden kann (§ 14 Abs. 2, § 4 Abs. 5)	5 1 0 00 0 0 -	
4.8.6	Verwendung von ungeeigneten Einrichtungen zur Staubminderung (§ 14 Abs. 2, § 4 Abs. 6)	5 1 0 00 0 0 -	
4.8.7	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach Feuerungsanlagen für Brennstoffe nach § 3 Abs. 1 Nr. 8 und 13, die ab 22. März 2010 errichtet wurden, nur betrieben werden dürfen, wenn durch Typprüfung des Herstellers die Einhaltung der Emissionsgrenzwerte nach Anlage 4 Nr. 2 nachgewiesen werden kann (§ 14 Abs. 2, § 4 Abs. 7)	1 5 0 00 0 0 0	
4.8.8	Nichteinhaltung der Vorgaben zum Wasser-Wärmespeicher bei Feuerungsanlagen mit flüssigem Wärmeträgermedium, ausgenommen Einzelraumfeuerungsanlagen für den Einsatz der in § 3 Abs. 1 Nrn. 4 bis 8 und 13 genannten Brennstoffe (§ 14 Abs. 2, § 5 Abs. 4)	5 50 0 0 -	
4.8.9	Nichteinhaltung der Vorgaben für Stickstoffoxide bei Öl- und Gasfeuerungsanlagen zur Gebäudeheizung mit Wasser als Wärmeträger und einer Feuerungswärmeleistung unter 10 MW, die ab 22. März 2010 errichtet wurden (§ 14 Abs. 2, § 6 Abs. 1)	1 1 0 00 0 0 -	
4.8.1 0	Nichteinhaltung des Kesselwirkungsgrades von mindestens 94 % bei Öl- und Gasfeuerungsanlagen mit einer Nennwärmeleistung von mehr als 1 MW (§ 14 Abs. 2, § 6 Abs. 3)	5 1 0 00 0 0 -	
4.8.1 1	Nichteinhaltung des Emissionsgrenzwertes für Stickstoffoxide bei Gasfeuerungsanlagen, die zeitweise mit Heizöl EL betrieben werden (§ 14 Abs. 2, § 9 Abs. 1)	1 1 0 00 0 0 -	
4.8.1 2	Nichteinhaltung der Begrenzung der Abgasverluste bei Öl- und Gasfeuerungsanlagen. (§ 14 Abs. 2, § 10 Abs. 1 und Abs. 3)		Ausgenommen sind Einzelraumfeuer ungsanlagen mit einer Nennwärmeleist ung von 11 kW oder weniger und

4.8.1	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach der Betreiber von Feuerungsanlagen für feste Brennstoffe von 4kW und mehr Nennwärmeleistung, ausgenommen	1 1 0 00	Feuerungsanlag en, die bei 28 kW oder weniger ausschließlich der Brauchwasserb ereitung dienen.
3	Einzelraumfeuerungsanlagen, veranlasst ist, die Einhaltung der Anforderungen nach § 5 Abs. 1 und § 25 Abs. 1 Satz 1 einmal in jedem zweiten Kalenderjahr von einer Schornsteinfegerin oder einem Schornsteinfeger feststellen zu lassen (§ 15 Abs. 1)		Anforderungen an die Brennstoffe nach § 3 Abs. 3, § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 2 und 3 sind in die Überwachung einzubeziehen
4.8.1	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach der Betreiber einer Einzelraumfeuerungsanlage für feste Brennstoffe die Einhaltung der Anforderungen nach § 3 Abs. 3 und § 4 Abs. 1 im Zusammenhang mit der regelmäßigen Feuerstättenschau von der Bezirksschornsteinfegermeisterin oder dem Bezirksschornsteinfegermeister überprüfen zu lassen hat (§ 15 Abs. 2)	1 1 0 00 0 0 -	
4.8.1 5	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach der Betreiber einer Öl- und Gasfeuerungsanlage mit 4 kW oder mehr Nennwärmeleistung, für die in den §§ 7 bis 10 Anforderungen festgelegt sind, die Einhaltung der jeweiligen Anforderungen von einer Schornsteinfegerin oder einem Schornsteinfeger durch Messungen feststellen zu lassen hat und zwar:	1 1 0 00 0 0 -	
	einmal in jedem dritten Kalenderjahr bei Anlagen, die zwölf Jahre und jünger sind,		
	2. einmal in jedem zweiten Kalenderjahr bei Anlagen, die älter als zwölf Jahre sind, und		
	3. einmal in jedem fünften Kalenderjahr bei Anlagen mit selbstkalibrierender kontinuierlicher Regelung des Verbrennungsprozesses (§ 15 Abs. 3)		
4.8.1 6	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach der Betreiber einer bestehenden Feuerungsanlage für feste Brennstoffe, für die in § 25 Abs. 2 Anforderungen festgelegt sind, die Einhaltung der Anforderungen bis einschließlich 31. Dezember 2011 und dann alle zwei Jahre von einer Schornsteinfegerin oder einem Schornsteinfeger überwachen lassen muss (§ 25 Abs. 4 Satz 1)	1 1 0 00 0 0 -	
	Verstoß gegen die Vorgabe, im Rahmen der Überwachung entsprechend Nr. 4.8.16 die Einhaltung der Anforderungen nach § 3 Abs. 3, § 4 Abs. 1 und § 5 Abs. 2 und 3 Satz 1 mit überprüfen zu lassen (§ 25 Abs. 4 Satz 2)	5 50 0 0 -	
4.9	§ 24 Nr. 9: Ausrüstung von Einzelfeuerungsanlagen	5 10	
	Verweigerung der Ausrüstung von Einzelfeuerungsanlagen für den Einsatz von flüssigen Brennstoffen nach § 3 Abs. 1 Nr. 9 mit einer Feuerungswärmeleistung von 10 bis weniger als 20 MW mit Messeinrichtungen, die die Abgastrübung fortlaufend messen und registrieren kann (§ 18 Abs. 1 Satz 1)	0 00 0 0 -	
4.10	§ 24 Nr. 10: Kalibrierung und Prüfung von Messeinrichtungen	5 10 0 00	
	Verweigerung des Betreibers einer unter Nr. 4.9 genannten Feuerungsanlage, den ordnungsgemäßen Einbau von Messeinrichtungen nach Nr. 4.9 überprüfen und bescheinigen, sowie die Messeinrichtungen innerhalb von drei Monaten nach Inbetriebnahme kalibrieren und jeweils	0 0 0 -	

4.11 § 24 Nr. 11: Wiederholung der Kalib			
T. 11  3 24 IVI. 11. WIEGEITIOIGING GEI KAID	rierung	5 10	
	er Betreiber einer unter Nr. 4.9 genannten ach Nr. 4.10 spätestens drei Jahre nach lassen muss (§ 18 Abs. 2 Satz 2)	0 00 0 0 0	
4.12 § 24 Nr. 12: Vorlage von Bescheinig	ungen und Berichten	1 5	
Feuerungsanlage die Bescheinigung Messeinrichtungen (Nr. 4.10) die Be (Nrn. 4.10, 4.11) und der Prüfung de	er Betreiber einer unter Nr. 4.9 genannten g über den ordnungsgemäßen Einbau der richte über das Ergebnis der Kalibrierung er Funktionsfähigkeit (Nr. 4.10), jeweils urchführung der zuständigen Behörde	0 00 0 0 -	
4.13 § 24 Nr. 13: Vorlage von Messberich	nten		
4.13. Verstoß gegen die Vorgabe, wonach genannten Feuerungsanlage den M Abgastrübung innerhalb von drei Mc Kalenderjahres der zuständigen Beh	essbericht zur Messung der onaten nach Ablauf eines jeden	0 00 0 0 0	Der Anlagenbetreibe r muss die Messberichte fünf Jahre, ab Vorlage bei der Behörde, aufbewahren (vgl. § 18 Abs. 3 Satz 2).
4.13. Verstoß gegen die Vorgabe, wonact genannten Feuerungsanlage Messbabs. 4 drei Monate nach Durchführu Behörde vorzulegen hat (§ 18 Abs. 3	erichte zu Einzelmessungen nach § 18 ing der Messung der zuständigen	0 0 0 -	Der Anlagenbetreibe r muss die Berichte fünf Jahre ab der Vorlage bei der Behörde aufbewahren (vgl. § 18 Abs. 6 Satz 3).
4.14 § 24 Nr. 14: Einhaltung von Anforde	rungen	5 10	
Kohlenmonoxid und Stickstoffoxide	haltung der Anforderungen nach § 11 für frühestens drei Monate und spätestens von einer nach § 26 BlmSchG bekannt	0 0 -	Anlagenbetreibe r hat die Prüfung nach einer wesentlichen Änderung und im Übrigen im Abstand von drei Jahren wiederholen zu lassen (vgl. § 18 Abs. 4 Satz 2).
4.15 § 24 Nr. 15: Anzeige und Nachweis			
4.15. Verstoß gegen die Vorgabe, dass de Gasfeuerungsanlage mit einer Feuerals 20 MW diese spätestens einen Naturationen Behörde anzuzeigen hat	rungswärmeleistung von 10 bis weniger Nonat vor Inbetriebnahme der	1 5 0 00 0 0 0	
	Nachweise über die Durchführung aller inem Schornsteinfeger durchzuführenden infegermeisterin oder den	1 1 0 00 0 0 -	
4.16 § 24 Nr. 16: Weiterbetrieb von Feue	rungsanlagen für feste Brennstoffe		

4.16. 1	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach bestehende Feuerungsanlagen (vor 22. März 2010 errichtet), ausgenommen Einzelraumfeuerungsanlagen, nur weiterbetrieben werden dürfen, wenn die Grenzwerte der Stufe 1 des § 5 Abs. 1 Satz 1 in Abhängigkeit vom Zeitpunkt ihrer Errichtung eingehalten werden (§ 25 Abs. 1 Satz 1)	1 1 0 00 0 0 -	
4.16. 2	Verstoß gegen die Vorgabe, wonach bestehende Einzelraumfeuerungsanlagen (vor 22. März 2010 errichtet) nur weiterbetrieben werden dürfen, wenn die Emissionsgrenzwerte nach § 26 Abs. 1 nicht überschritten werden (§ 26 Abs. 1 Satz 1)	1 1 0 00 0 0 -	
4.17	§ 24 Nr. 17: Überwachung der Einhaltung von Anforderungen	5 50 0 0	
	Siehe dazu Nr. 4.8.16	-	
5	Verordnung zur Emissionsbegrenzung von leichtflüchtigen Halogenkohlenwasserstoffen		Die Bußgeldbewehr
	– 2. BlmSchV –		ung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften.
5.1	Einsatz anderer als der nach § 2 Abs. 1 zugelassenen leichtflüchtigen Halogenkohlenwasserstoffe (§ 20 Abs. 1 Nrn. 1 bis 1b)		
5.1.1	nicht oder nicht rechtzeitige Ersetzung eines Stoffes oder einer Zubereitung entgegen § 2 Abs. 1 (§ 20 Abs. 1 Nr. 1)	5 5 0 00 0 0 -	
5.1.2	Einsatz eines Stoffes entgegen § 2 Abs. 2 Satz 1 oder 4 (§ 20 Abs. 1 Nr. 1a)	5 5 0 00 0 0 -	
5.1.3	Zusatz eines Stoffes entgegen § 2 Abs. 2 Satz 3 (§ 20 Abs. 1 Nr. 1b)	5 5 0 00 0 0 -	
5.2	Errichtung oder Betrieb		
5.2.1	einer Oberflächenbehandlungsanlage entgegen den Vorschriften nach § 3 Abs. 1 Satz 1, Abs. 3 oder 4 (§ 20 Abs. 1 Nr. 2a)	2 5 5 00 0 0 -	
5.2.2	einer Chemischreinigungs- oder Textilausrüstungsmaschine entgegen § 4 Abs. 1 (§ 20 Abs. 1 Nr. 2 b)	1 1 0 00 0 0 -	
5.2.3	einer Chemischreinigungsanlage einschließlich Selbstbedienungsmaschinen ohne Anwesenheit von sachkundigem Bedienungspersonal entgegen § 4 Abs. 6 (§ 20 Abs. 1 Nr. 2c)	5 50 0 0 -	
5.2.4	einer Extraktionsanlage entgegen den Vorschriften nach § 5 Satz 1 (§ 20 Abs. 1 Nr. 2d)	2 2 5 50 0 0 -	
5.3	keine Zuführung der abgesaugten Abgase an einen vorgeschriebenen Abscheider entgegen § 3 Abs. 2 Satz 1 oder § 4 Abs. 2 Satz 1 (§ 20 Abs. 1 Nr. 3)	5 5 0 00 0 0 -	

5.4	keine Zurückgewinnung von Stoffen entgegen § 3 Abs. 2 Satz 2, § 4 Abs. 2 Satz 2 oder § 5 Satz 2 (§ 20 Abs. 1 Nr. 4)	1 1 5 50 0 0
5.5	keine Sicherstellung nach § 3 Abs. 2 Satz 3, § 4 Abs. 2 Satz 3 oder § 5 Satz 3, dass die Emissionen die vorgeschriebenen Werte für den Massenstrom oder die Massenkonzentration nicht überschreiten (§ 20 Abs. 1 Nr. 4a)	2 2 5 50 0 0 -
5.6	Zuwiderhandlungen gegen § 4 (§ 20 Abs. 1 Nrn. 5 bis 8)	
5.6.1	Desorbieren eines Abscheiders mit Frischluft oder Raumluft entgegen § 4 Abs. 2 Satz 4	5 50 0 0 -
5.6.2	kein Einsatz regenerierbarer Filter entgegen § 4 Abs. 3	1 1 0 00 0 0 -
5.6.3	vorschriftswidriges Lüften eines Betriebsraums entgegen § 4 Abs. 4	1 1 0 00 0 0 -
5.6.4	vorschriftswidriger Einsatz von Stoffen entgegen § 4 Abs. 5	2 2 5 50 0 0 -
5.7	Nichteinrichtung einer Messöffnung entgegen § 10 (§ 20 Abs. 1 Nr. 10)	1 1 0 00 0 0 -
5.8	Zuwiderhandlungen gegen die Eigenüberwachungspflichten nach § 11 (§ 20 Abs. 1 Nrn. 11 bis 13)	
5.8.1	keine Führung von Aufzeichnungen entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1	1 1 5 50 0 0 -
5.8.2	nicht vollständige Führung von Aufzeichnungen entgegen § 11 Abs. 1 Satz 2	1 1 0 00 0 0 -
5.8.3	keine Erfassung der Betriebsstunden durch einen Betriebsstundenzähler entgegen § 11 Abs. 1 Satz 4	1 1 5 50 0 0
5.8.4	keine oder nicht rechtzeitige Prüfung eines Abscheiders oder keine schriftliche Festhaltung des Ergebnisses der Prüfung entgegen § 11 Abs. 2	1 1 0 00 0 0
5.9	Keine oder nicht rechtzeitige Anzeige entgegen § 12 Abs. 1 (§ 20 Abs. 1 Nr. 13a)	1 1 0 50 0 0 -
5.10	Zuwiderhandlungen gegen die Überwachungspflichten nach § 12 (§ 20 Abs. 1 Nrn. 14 bis 16b)	
5.10. 1	keine Feststellung der Einhaltung der festgelegten Anforderungen durch Messungen entgegen § 12 Abs. 4	1 1 5 50 0 0 -

5.10. 2	nicht rechtzeitige Feststellung der Einhaltung der festgelegten Anforderungen durch Messungen entgegen § 12 Abs. 5	1 1 0 00 0 0 -
5.10. 3	keine oder nicht rechtzeitige Durchführung einer Wiederholungsmessung entgegen § 12 Abs. 6	1 1 0 00 0 0 -
5.10. 4	Unterlassen der Kalibrierung nach § 12 Abs. 9 Satz 2	1 1 5 50 0 0 -
5.10. 5	nicht rechtzeitige Kalibrierung nach § 12 Abs. 9 Satz 2	1 1 0 00 0 0 -
5.10. 6	Unterlassen der Prüfung auf Funktionsfähigkeit nach § 12 Abs. 9 Satz 2	5 75 0 0 -
5.10. 7	keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Mitteilung nach § 12 Abs. 11 Satz 1	1 1 0 00 0 0 -
5.10. 8	kein, nicht richtiges oder nicht rechtzeitiges Treffen einer Maßnahme nach § 12 Abs. 11 Satz 2	1 1 5 50 0 0 -
5.11	Zuwiderhandlungen gegen § 13 (§ 20 Abs. 1 Nrn. 17 bis 19)	
5.11. 1	Befüllung oder Entnahme einer Anlage entgegen § 13 Abs. 1	2 2 5 50 0 0 -
5.11. 2	vorschriftswidrige Entnahme von Rückständen entgegen § 13 Abs. 2	1 1 5 50 0 0 -
5.11. 3	keine Lagerung, kein Transport oder Handhabung von Stoffen oder Rückständen in geschlossenen Behältnissen entgegen § 13 Abs. 3	1 1 5 50 0 0 -
5.12	Vorschriftswidrige Ableitung der abgesaugten Abgase entgegen § 14 Satz 1 auch in Verbindung mit Satz 2 (§ 20 Abs. 1 Nr. 20)	2 2 5 50 0 0 -
5.13	Betreiben einer Anlage nach § 1 Abs. 1 entgegen § 16 Abs. 1 (§ 20 Abs. 1 Nr. 21)	5 5 0 00 0 0 -
5.14	nicht oder nicht rechtzeitige Zuleitung der Information nach § 17 Abs. 1 Satz 1 (§ 20 Abs. 1 Nr. 22)	1 1 0 00 0 0 -
5.15	keine Aufbewahrung von Aufzeichnungen, Berichten oder Unterlagen entgegen § 11 Abs. 1 Satz 3 oder Abs. 2 Satz 2, § 12 Abs. 8 Satz 3 oder Abs. 9 Satz 3 (§ 20 Abs. 2)	1 1 5 50 0 0 -

6	Verordnung zur Auswurfbegrenzung von Holzstaub		1 Die
	– 7. BlmSchV –		. Bußgeldbewe hrung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften.
			2 Nach § 5 . bleibt die Befugnis der zuständigen Behörde zum Erlass weitergehend er Anforderunge n, insbesondere gemäß §§ 24 bis 26 und 52 BImSchG, unberührt; vgl. Zuwiderhandl ungen nach Nrn. 2.1 bis 2.3.
6.1	Nichtausrüstung einer Anlage im Sinne von § 1 mit einer Abluftreinigungsanlage, die ein Überschreiten des Emissionswerts nach § 4 ausschließt (§ 7 Nr. 1)	5 5 0 00 0 0 -	
6.2	nicht ordnungsgemäßes Lagern von Holzstaub oder Spänen in Bunkern, Silos oder sonstigen geschlossenen Räumen (§ 7 Nr. 2)	2 2 5 50 0 0 -	
6.3	Nichtdurchführung regelmäßiger Füllstandskontrollen an Bunkern, Silos oder sonstigen geschlossenen Räumen (§ 7 Nr. 2)	1 50 5 0 0	
6.4	nicht ordnungsgemäße Entleerung von Bunkern, Silos oder sonstigen geschlossenen Räumen sowie von Filteranlagen, sodass Emissionen soweit wie möglich vermieden werden (§ 7 Nr. 2)	1 50 5 0 0	
6.5	Überschreitung des zulässigen Gehalts an Staub in der Abluft (§ 7 Nr. 3)		
6.5.1	bei geringfügigen Überschreitungen im Wiederholungsfall	2 50 5 0 0 -	
6.5.2	bei bedeutenden oder langfristigen Überschreitungen	5 2 0 50 0 0 -	
7	Verordnung über die Beschaffenheit und die Auszeichnung der Qualitäten von Kraft- und Brennstoffen		Die Bußgeldbewehr ung ergibt sich
	– 10. BlmSchV –		in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG in Verbindung

			mit den jeweils angeführten Vorschriften.
7.1	Inverkehrbringen von Brenn- oder Kraftstoff		
7.1.1	der Chlor- oder Bromverbindungen als Zusatz enthält (§ 20 Abs. 1 Nr. 1a in Verbindung mit § 2 Abs. 1)		
7.1.1 .1	bei Mengen bis 1 000 m³	2 2 5 50 0 0 -	
7.1.1 .2	bei Mengen über 1 000 m³	1 10 0 00 0 0 0	
7.1.2	Dieselkraftstoff, Gasöl für den Seeverkehr, Schiffsdiesel, leichtes Heizöl, schweres Heizöl mit einem höheren als dem zulässigen Schwefelgehalt (§ 20 Abs. 1 Nr. 1a in Verbindung mit § 4)		
7.1.2 .1	bei Überschreitung des zulässigen Gehalts bis 20 % und Mengen bis 1 000 m <sup>3</sup>	5 5 0 00 0 0 -	
7.1.2 .2	bei Überschreitung über 20 % und Mengen bis 1 000 m <sup>3</sup>	1 15 5 00 0 0 0	
7.1.2	bei Überschreitung bis 20 % und Mengen über 1 000 m <sup>3</sup>	2 25 5 00 0 0 0	
7.1.2 .4	bei Überschreitung über 20 % und Mengen über 1 000 m <sup>3</sup>	5 50 0 00 0 0 0 -	
7.1.3	entgegen § 3 Abs. 1, § 4 Abs. 1, §§ 5 bis 8 oder § 9, jeweils auch in Verbindung mit § 11 (§ 20 Abs. 1 Nr. 1b)		
7.1.3 .1	bei Mengen bis 1 000 m³	2 2 5 50 0 0 -	
7.1.3 .2	bei Mengen über 1 000 m³	1 10 0 00 0 0 0	
7.2	Inverkehrbringen von Chlor- oder Chromverbindungen als Zusatz zu Kraftstoffen entgegen § 2 Abs. 2 (§ 20 Abs. 1 Nr. 2)		
7.2.1	bei Mengen bis 1 000 m³	2 2 5 50 0 0 -	
7.2.2	bei Mengen über 1 000 m³	1 10 0 00 0 0	

		0 –	
7.3	Nichtanbieten eines in § 3 Abs. 2 oder Abs. 3 genannten Kraftstoffs (§ 20 Abs. 1 Nr. 3)	2 2 5 50 0 0 -	
7.4	Nichtsichtbarmachen oder nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht der vorgeschriebenen Weise entsprechendes Sichtbarmachen der Qualität der Kraftstoffe (§ 20 Abs. 1 Nr. 4)	2 2 5 50 0 0 -	
7.5	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht in der vorgeschriebenen Weise Anbringung von Kennzeichnung (§ 20 Abs. 1 Nr. 5)	2 25 5 00 0 -	
7.6	keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Unterrichtung des Auszeichnungspflichtigen (§ 20 Abs. 1 Nr. 6)	2 2 5 50 0 0 -	
7.7	keine oder nicht ordnungsgemäße Führung der Tankbelegbücher oder keine oder nicht rechtzeitige Vorlage (§ 20 Abs. 1 Nr. 7)	2 2 5 50 0 0 -	
7.8	Keine oder nicht rechtzeitige Vorlegung eines Unterrichtungsnachweises oder einer dort genannten Erklärung (§ 20 Abs. 1 Nr. 8)	2 2 5 50 0 0 -	
7.9	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Meldung der Sendung entgegen § 19 Abs. 1 (§ 20 Abs. 1 Nr. 9)	2 2 5 50 0 0 -	
7.10	Keine oder nicht für die vorgeschriebene Dauer Verfügbarkeit der Qualitäts- oder Analysezertifikate (§ 20 Abs. 1 Nr. 10)	1 1 0 00 0 0 -	
7.11	Keine oder nicht mindestens ein Jahr lang dauernde Aufbewahrung (§ 20 Abs. 1 Nr. 11)	1 1 0 00 0 0 -	
8	Störfall-Verordnung		Die
	– 12. BlmSchV –		Bußgeldbewehr ung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 2 bzw. Nr. 7 BlmSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften.
8.1	Zuwiderhandlungen gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 1 Abs. 2 (§ 21 Abs. 1 Nr. 1)		
8.1.1	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der im Einzelfall zur Verhinderung von Störfällen oder zur Begrenzung von Störfallauswirkungen auferlegten Pflichten nach § 9 dient		
8.1.1 .1	Nichterstellen eines Sicherheitsberichts nach § 9 Abs. 1	5 50 0 00 0 0 0	

8.1.1	unvollständiger Sicherheitsbericht nach § 9 Abs. 1 in Verbindung mit Abs. 2	2 50 5 00 0 0 0
8.1.1 .3	keine fristgemäße Vorlage eines Sicherheitsberichts nach § 9 Abs. 4	2 50 5 00 0 0 0
8.1.1 .4	keine oder unzureichende Überprüfung des Sicherheitsberichts oder des Konzepts zur Verhinderung von Störfällen oder des Sicherheitsmanagementsystems nach § 9 Abs. 5 Satz 1	2 50 0 00 0 0 0 -
8.1.1 .5	keine oder unzureichende Aktualisierung des Sicherheitsberichts oder des Konzepts zur Verhinderung von Störfällen oder des Sicherheitsmanagementsystems nach § 9 Abs. 5 Satz 2	2 50 0 00 0 0 0 -
8.1.2	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der im Einzelfall zur Verhinderung von Störfällen oder zur Begrenzung von Störfallauswirkungen auferlegten Pflichten nach § 10 dient	
8.1.2 .1	keine oder unzureichende Erstellung von Alarm- und Gefahrenabwehrplänen nach § 10 Abs. 1 Nr. 1	5 50 0 00 0 0 0 0
8.1.2 .2	keine oder unzureichende Übermittlung von Informationen nach § 10 Abs. 1 Nr. 2 oder Abs. 2	1 25 0 00 0 0 0 -
	Unterlassen der Unterrichtung, Anhörung oder Unterweisung der Beschäftigten nach § 10 Abs. 3	1 5 0 00 0 0 0 0
8.1.2 .4	keine, nicht rechtzeitige oder unzureichende Überprüfung, Erprobung oder Aktualisierung der internen Alarm- und Gefahrenabwehrpläne sowie Unterlassen oder unzureichende Übermittlung von Informationen nach § 10 Abs. 4	1 50 0 00 0 0 0 -
8.1.3	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der im Einzelfall zur Verhinderung von Störfällen oder zur Begrenzung von Störfallauswirkungen auferlegten Pflichten nach § 11 dient	
8.1.3 .1	Unterlassen oder unzureichende Information der Personen, die von einem Störfall betroffen werden könnten, nach § 11 Abs. 3 Satz 1 und 2	1 25 0 00 0 0 0 -
8.1.3 .2	kein oder nicht ständiges Zugänglichmachen von Informationen für die Öffentlichkeit nach § 11 Abs. 1 Satz 1	1 25 0 00 0 0 0 -
8.1.3 .3	keine oder unzureichende Abstimmung mit den für den Katastrophenschutz oder die allgemeine Gefahrenabwehr zuständigen Behörden nach § 11 Abs. 3 Satz 3	1 25 0 00 0 0

		0 –	
8.1.3 .4	keine oder nicht fristgemäße Überprüfung, Aktualisierung oder Wiederholung nach § 11 Abs. 4	1 25 0 00 0 0 0	
8.1.3 .5	kein Zugänglichmachen des Sicherheitsberichts nach § 11 Abs. 5 oder des geänderten Sicherheitsberichts nach Abs. 6	1 25 0 00 0 0 0	
8.1.3 .6	Zugänglichmachen eines geänderten Sicherheitsberichts ohne Zustimmung der Behörde entgegen § 11 Abs. 6 Satz 2	1 5 0 00 0 0 0	
8.1.4	Verstoß gegen eine Anordnung, die der Erfüllung der im Einzelfall zur Verhinderung von Störfällen oder zur Begrenzung von Störfallauswirkungen auferlegten Pflichten nach § 12 dient		
8.1.4	keine oder unzureichende Einrichtung oder Unterhaltung einer Verbindung nach § 12 Abs. 1 Nr. 1	1 25 0 00 0 0 0 -	
8.1.4 .2	keine Beauftragung oder Benennung einer Person oder Stelle nach § 12 Abs. 1 Nr. 2	1 25 0 00 0 0 0	
8.1.4	keine oder unzureichende Erstellung von Unterlagen nach § 12 Abs. 2 Satz 1	5 5 0 00 0 0 -	
8.1.4 .4	keine Aufbewahrung nach § 12 Abs. 2 Satz 2	5 5 0 00 0 0 -	
8.2	keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Lieferung von Informationen nach § 6 Abs. 3 (§ 21 Abs. 1 Nr. 3)	2 50 5 00 0 0 0	
8.3	Zuwiderhandlungen gegen § 7 Abs. 1, 2 oder 3, oder § 20 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 Nr. 1 (§ 21 Abs. 1 Nr. 3)		
8.3.1	keine Anzeige nach § 7 Abs. 1	1 25 0 00 0 0 0 -	
8.3.2	nicht richtige, nicht vollständige, nicht vorschriftsmäßige oder nicht rechtzeitige Anzeige nach § 7 Abs. 1	5 5 0 00 0 0 -	
8.3.3	keine Anzeige einer Änderung nach § 7 Abs. 2	1 25 0 00 0 0 0	

8.3.4	nicht richtige, nicht vollständige, nicht vorschriftsmäßige oder nicht rechtzeitige Anzeige einer Änderung nach § 7 Abs. 2	5 5 0 00 0 0 -
8.3.5	keine Anzeige nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 Nr. 1	1 25 0 00 0 0 0 -
8.3.6	nicht richtige, nicht vollständige, nicht vorschriftsmäßige oder nicht rechtzeitige Anzeige nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 oder Abs. 3 Nr. 1	5 5 0 00 0 0 -
8.4	Zuwiderhandlungen gegen § 8 Abs. 3 oder § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2 (§ 21 Abs. 1 Nr. 4)	
8.4.1	keine oder unzureichende Sicherstellung der Umsetzung des Konzepts nach § 8 Abs. 3	1 25 0 00 0 0 0 -
8.4.2	keine fristgemäße Ausarbeitung und Sicherstellung der Umsetzung des Konzepts nach § 20 Abs. 3 Satz 1 Nr. 2	5 25 0 00 0 0 -
8.5	Zuwiderhandlungen gegen § 8 Abs. 4, § 10 Abs. 4 Satz 3 oder § 20 Abs. 1 Nr. 2 (§ 21 Abs. 1 Nr. 5)	
8.5.1	keine Aktualisierung eines Konzepts oder eines Alarm- und Gefahrenabwehrplans	1 10 0 00 0 0 0 0
8.5.2	nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Aktualisierung eines Konzepts oder eines Alarm- und Gefahrenabwehrplans	5 5 0 00 0 0 -
8.6	Zuwiderhandlungen gegen § 8a Abs. 1 Satz 1 oder § 11 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 5 Satz 1 (§ 21 Abs. 1 Nr. 6)	
8.6.1	Kein Zugänglichmachen einer Angabe oder eines Sicherheitsberichts	1 25 0 00 0 0 0 0
8.6.2	Nicht richtiges, nicht vollständiges, nicht vorschriftsmäßiges oder nicht rechtzeitiges Zugänglichmachen einer Angabe oder eines Sicherheitsberichts	5 5 0 00 0 0 -
8.7	Zuwiderhandlungen gegen § 9 Abs. 4 oder 5 Satz 3 oder § 20 Abs. 2 Nr. 1 oder Abs. 4 Nr. 1 oder § 19 Abs. 2 Satz 1 (§ 21 Abs. 1 Nr. 7)	
8.7.1	keine Vorlage des Sicherheitsberichts oder dessen aktualisierte Teile	5 50 0 00 0 0 0 0
8.7.2	nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Vorlage des Sicherheitsberichts oder dessen aktualisierte Teile	2 50 5 00 0 0 0

8.8	Zuwiderhandlungen gegen § 10 Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 20 Abs. 2 Nr. 2 oder Abs. 4 Nr. 2, (§ 21 Abs. 1 Nr. 8)		
8.8.1	kein Erstellen von Alarm- und Gefahrenabwehrplänen	5 50 0 00 0 0 0	
8.8.2	nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht rechtzeitiges Erstellen von Alarm- und Gefahrenabwehrplänen	2 50 5 00 0 0 0	
8.8.3	kein, nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht rechtzeitiges Übermitteln der Informationen	1 25 0 00 0 0 0	
8.9	Zuwiderhandlungen gegen § 10 Abs. 3 Satz 1 oder 2 (§ 21 Abs. 1 Nr. 9 und 10)		
8.9.1	kein Unterrichten der Beschäftigten	1 5 0 00 0 0 0	
8.9.2	nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht rechtzeitiges Unterrichten der Beschäftigten	5 5 0 00 0 0 -	
8.9.3	keine oder nicht rechtzeitige Anhörung der Beschäftigten	1 5 0 00 0 0 0	
8.9.4	keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Unterweisung der Beschäftigten	5 5 0 00 0 0 -	
8.10	Zuwiderhandlungen gegen § 10 Abs. 4 Satz 1 (§ 21 Abs. 1 Nr. 11)		
8.10. 1	keine Erprobung von Alarm- und Gefahrenabwehrplänen	1 10 0 00 0 0 0 -	
8.10. 2	keine rechtzeitige Erprobung von Alarm- und Gefahrenabwehrplänen	5 5 0 00 0 0 -	
8.11	Zuwiderhandlungen gegen § 11 Abs. 3 Satz 1 (§ 21 Abs. 1 Nr. 12)		
8.11. 1	keine Information nach § 11 Abs. 3 Satz 1	2 25 5 00 0 0 0	
8.11. 2	nicht richtige, nicht vollständige, nicht vorschriftsmäßige oder nicht rechtzeitige Information	1 10 0 00 0 0 0	

8.12	Zuwiderhandlungen gegen § 12 Abs. 1 Nr. 1 (§ 21 Abs. 1 Nr. 13)		
8.12. 1	keine Einrichtung der Verbindung	1 10 0 00 0 0 0 -	
8.12. 2	keine rechtzeitige Einrichtung der Verbindung	5 5 0 00 0 0 -	
8.13	Zuwiderhandlungen gegen § 12 Abs. 2 Satz 2 (§ 21 Abs. 1 Nr. 14)		
8.13. 1	keine Aufbewahrung einer Unterlage	5 5 0 00 0 0 -	
8.13. 2	Aufbewahrung weniger als 5 Jahre	5 5 0 00 0 0 -	
8.14	Zuwiderhandlungen gegen § 19 Abs. 1 (§ 21 Abs. 1 Nr. 15)		
8.14. 1	keine Mitteilung nach § 19 Abs. 1	5 50 0 00 0 0 0	
8.14. 2	nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Mitteilung nach § 19 Abs. 1	2 50 5 00 0 0 0	
8.14. 3	Zuwiderhandlungen gegen § 19 Abs. 2 Satz 2 (§ 21 Abs. 1 Nr. 16)	2 50 5 00 0 0 0	
8.14. 4	keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Ergänzung	1 25 0 00 0 0 0	
8.14. 5	keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Berichtigung	1 25 0 00 0 0 0	
9	Verordnung über Großfeuerungs-, Gasturbinen- und Verbrennungsmotoranlagen – 13. BImSchV –		1 Die  . Bußgeldbewe hrung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 2 bzw. Nr. 7 BlmSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften.

			2 Nach § 34 . bleibt die Befugnis der zuständigen Behörde zum Erlass weitergehend er "Anordnungen ", insbesondere gemäß §§ 24 bis 26 und 52 BImSchG, unberührt; vgl. Zuwiderhandl ungen nach den Nrn. 2.1 bis 2.3.
	Errichtung oder Betrieb einer Anlage entgegen § 4 Abs. 1 Satz 1, § 5 Abs. 1 Satz 1, § 6 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 7 Abs. 1 Satz 1, § 8 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1, § 9 Abs. 1 Satz 1 oder § 10 Abs. 1 Satz 1 (§ 29 Abs. 1 Nr. 1)		
9.1.1	Überschreitung der Tagesmittelwerte nach durch Anlagen bis einschließlich 100 MW Feuerungswärmeleistung		jeweils je Tag der Überschreitung
9.1.1	bis zu 50 %	1 40 5 0 0	
9.1.1	bis zu 100 %	2 75 5 0 0 -	
9.1.1	über 100 %	5 1 0 25 0 0 -	
9.1.2	Überschreitung der Tagesmittelwerte nach durch Anlagen bis einschließlich 300 MW Feuerungswärmeleistung		jeweils je Tag der Überschreitung
9.1.2	bis zu 50 %	2 50 5 0 0 -	
9.1.2	bis zu 100 %	4 1 0 00 0 0 -	
9.1.2	über 100 %	5 2 0 50 0 0 -	
	Überschreitung der Tagesmittelwerte nach durch Anlagen über 300 MW Feuerungswärmeleistung		jeweils je Tag der Überschreitung
9.1.3	bis zu 50 %	4 2 0 00 0 0 -	

9.1.3 .2	bis zu 100 %	5 3 0 50	
		0 0	
9.1.3	über 100 %	1 5 0 00 0 0 0	
9.1.4	Überschreitung der Halbstundenmittelwerte nach durch Anlagen bis einschließlich 100 MW Feuerungswärmeleistung		jeweils je Halbstundenmitt elwert
9.1.4	bis zu 50 %	1 17 0 5 0	
9.1.4	bis zu 100 %	1 25 5 0 0	
9.1.4	über 100 %	5 2 0 50 0 0	
9.1.5	Überschreitung der Halbstundenmittelwerte nach durch Anlagen bis einschließlich 300 MW Feuerungswärmeleistung		jeweils je Halbstundenmitt elwert
9.1.5 .1	bis zu 50 %	1 40 5 0 0	
9.1.5	bis zu 100 %	2 75 5 0 0 -	
9.1.5 .3	über 100 %	4 1 0 25 0 0 -	
9.1.6	Überschreitung der Halbstundenmittelwerte nach durch Anlagen über 300 MW Feuerungswärmeleistung		jeweils je Halbstundenmitt elwert
9.1.6 .1	bis zu 50 %	1 1 5 25 0 0 -	
9.1.6 .2	bis zu 100 %	2 2 5 00 0 0 -	
9.1.6 .3	über 100 %	4 2 0 50 0 0 -	
9.2	entgegen § 4 Abs. 12, § 5 Abs. 8 Satz 3 oder Satz 4, § 6 Abs. 11, § 8 Abs. 12, § 9 Abs. 4, § 20 Abs. 2 Satz 3 oder Satz 4, § 20 Abs. 4 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 1 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 2 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 3 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 4 Satz 2 oder Satz 3, § 21 Abs. 5 Satz 2 oder	1 1 5 50 0 0	

	Satz 3, § 23 Abs. 5 Satz 2 oder Satz 3 einen Nachweis nicht führt, vorlegt oder mindestens 5 Jahre aufbewahrt (§ 29 Abs. 1 Nr. 2)		
9.3	Zuwiderhandlung einer vollziehbaren Anordnung nach § 8 Abs. 2 Satz 2, § 20 Abs. 6 Satz 2 oder § 22 Abs. 1 Satz 6 (§ 29 Abs. 1 Nr. 3)	2 2 5 50 0 0 -	
9.4	entgegen § 12 Satz 2 eine Anzeige nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig macht (§ 29 Abs. 1 Nr. 4)	1 1 5 50 0 0 -	
9.5	entgegen § 14 Abs. 2 eine dort genannte Fläche nicht freihält (§ 29 Abs. 1 Nr. 5)	1 1 5 50 0 0 -	
9.6	Zuwiderhandlungen bei Störungen an Abgasreinigungseinrichtungen (§ 29 Abs. 1 Nrn. 6 bis 8)		
9.6.1	entgegen § 17 Abs. 2 Satz 1 eine Maßnahme nicht oder nicht rechtzeitig trifft	2 2 5 00 0 0 -	
9.6.2	entgegen § 17 Abs. 2 Satz 2 den Betrieb einer Anlage nicht oder nicht rechtzeitig einschränkt oder die Anlagen nicht oder nicht rechtzeitig außer Betrieb nimmt	4 2 0 50 0 0 -	
9.6.3	entgegen § 17 Abs. 2 Satz 3 die zuständige Behörde nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet	2 1 5 50 0 0 -	
9.7	Zuwiderhandlungen bei Messungen und Messeinrichtungen (§ 29 Abs. 1 Nrn. 9 bis 14)		
9.7.1	entgegen § 18 Satz 1 einen Messplatz nicht oder nicht richtig einrichtet	2 2 5 50 0 0 -	
9.7.2	entgegen § 19 Abs. 1 Satz 1 nicht sicherstellt, dass ein dort genanntes Messverfahren angewendet oder eine dort genannte Messeinrichtung verwendet wird	2 2 5 50 0 0 -	
9.7.3	entgegen § 19 Abs. 2 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine Probenahme oder Analyse oder die Qualitätssicherung nach den dort genannten Normen durchgeführt wird	2 2 5 50 0 0 -	
9.7.4	entgegen § 19 Abs. 3 einen dort genannten Nachweis nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt	2 1 5 50 0 0 -	
9.7.5	entgegen § 19 Abs. 4 eine Messeinrichtung nicht oder nicht rechtzeitig prüfen lässt oder eine Kalibrierung nicht oder nicht rechtzeitig durchführen lässt	2 1 5 50 0 0 -	
9.7.6	entgegen § 19 Abs. 6, § 22 Abs. 2 Satz 1 oder Satz 2, § 24 Abs. 1 Satz1, § 25 Abs. 1 oder Abs. 2, § 30 Abs. 2 Satz 2 oder § 30 Abs. 5 einen Bericht, eine Aufstellung oder eine Übersicht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder nicht oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt	2 2 5 50 0 0 -	
9.8	Zuwiderhandlungen bei kontinuierlichen Messungen und Nachweisen (§ 29 Abs. 1 Nrn. 15 und 16)		

9.8.1	entgegen § 20 Abs. 1 Satz 1 eine dort genannte Massenkonzentration, dort genannten Volumengehalt oder eine dort genannte Betriebsgröße nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig ermittelt oder registriert oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig auswertet oder nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt	2 5 5 00 0 0 -	
9.8.2	entgegen § 20 Abs. 1 Satz 2 eine Anlage nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig ausrüstet	2 5 5 00 0 0	
9.9	entgegen § 21 Abs. 1 Satz 2, § 21 Abs. 4 Satz 2, § 21 Abs. 5 Satz 2 oder § 23 Abs. 1, 2 oder 3 eine dort genannte Messung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig durchführen lässt (§ 29 Abs. 1 Nr. 17)	2 5 5 00 0 0 -	
9.10	entgegen § 30 Abs. 2 Satz 2 oder Abs. 5 eine dort genannte Aufstellung nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt (§ 29 Abs. 1 Nr. 18)	1 1 5 50 0 0	
9.11	entgegen § 11 Abs. 1, 2, 3 oder 4 eine dort genannte Anlage nicht richtig errichtet oder nicht richtig betreibt (§ 29 Abs. 2 Nr. 1)	1 5 5 00 0 0	
9.12	entgegen § 11 Abs. 6 oder § 22 Abs. 4 Satz 1 oder Satz 2 einen Nachweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt oder nicht oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt (§ 29 Abs. 2 Nr. 2)	1 1 5 50 0 0	
10	Verordnung über die Verbrennung und die Mitverbrennung von Abfällen		Die Bußgeldbewehr
	– 17. BlmSchV –		ung ergibt sich aus § 62 Abs. 1 Nr. 2 bzw. Nr. 7 BlmSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften.
10.1	entgegen § 3 Abs. 6 Satz 3, § 4 Abs. 2 Satz 1, § 4 Abs. 3 Satz 1, § 4 Abs. 7 Satz 1, § 4 Abs. 8 oder § 16 Abs. 1 Satz 2 eine dort genannte Übergabestelle oder eine dort genannte Anlage nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig ausrüstet (§ 27 Abs. 1 Nr. 1)		
10.1.	Keine Ausrüstung offener Übergabestellen mit einer Luftabsaugung entgegen § 3 Abs. 6 Satz 3	2 25 5 00 0 0 -	
10.1. 2	Keine Ausrüstung einer Abfallverbrennungsanlage für feste Abfälle oder Stoffe nach § 1 Abs. 1 mit einem Bunker, der mit einer Absaugung versehen ist und dessen abgesaugte Luft der Feuerung zugeführt wird (§ 4 Abs. 2 Satz 1)	2 25 5 00 0 0 -	
10.1. 3	Keine Ausrüstung einer Abfallmitverbrennungsanlage für feste Abfälle oder Stoffe nach § 1 Abs. 1 mit geschlossenen Lagereinrichtungen für diese Stoffe (§ 4 Abs. 3 Satz 1)	2 25 5 00 0 0 0	
10.1. 4	Keine Ausrüstung jeder Abfallverbrennungs- oder -mitverbrennungslinie mit einem oder mehreren Brennern (§ 4 Abs. 7 Satz 1)	2 25 5 00 0 0 0	

10.1. 5	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschickung von Anlagen gemäß § 4 Abs. 8	5 5 0 00 0 0	
10.1. 6	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Ausrüstung einer Anlage nach § 16 Abs. 1 Satz 2	2 25 5 00 0 0 0	
10.2	entgegen § 4 Abs. 1 Satz 1, § 5 Abs. 1, § 5 Abs. 4, § 6 Abs. 1, 2, 3, 8 oder Abs. 9 Satz 1, § 7 Abs. 1, 2 oder Abs. 3, § 8 Abs. 1, § 9 Abs. 1 Satz 1, § 13 Satz 1 oder Satz 2, § 24 Abs. 4 Satz 1 oder Satz 2 <sup>1</sup> oder § 28 Abs. 2 eine Abfallverbrennungs- oder -mitverbrennungsanlage nicht richtig errichtet oder nicht richtig betreibt (§ 27 Abs. 1 Nr. 2)		
10.2. 1	Errichtung und Betrieb der Anlage entgegen § 4 Abs. 1 Satz 1	5 10 0 00 0 0 -	
10.2. 2	Errichtung und Betrieb der Anlage entgegen § 5 Abs.1	5 5 0 00 0 0 -	
10.2. 3	Errichtung und Betrieb der Anlage entgegen § 5 Abs. 4	5 5 0 00 0 0 -	
10.2. 4	nicht einhalten der Mindesttemperatur nach § 6 Abs. 1 und 2 und § 7 Abs. 1 und 2	5 5 0 00 0 0 -	
10.2. 5	nicht einhalten der Verweilzeit nach § 6 Abs. 3 oder § 7 Abs. 3	5 5 0 00 0 0 -	
10.2. 6	Betrieb der Brenner während des Anfahrens oder bei drohender Unterschreitung der Mindesttemperatur entgegen § 6 Abs. 8	5 5 0 00 0 0 -	
10.2. 7	Unterlassen des Betriebs der Brenner zur Aufrechterhaltung der Verbrennungsbedingungen bis sich keine Einsatzstoffe mehr im Feuerraum befinden (§ 6 Abs. 9 Satz 1)	2 2 5 50 0 0 -	
10.2. 8	Zuwiderhandlungen gegen die Pflichten über das Errichten oder den Betrieb von Verbrennungs- oder Mitverbrennungsanlagen nach §§ 8 Abs. 1 oder § 9 Abs. 1 Satz 1		
10.2. 8.1	Überschreitung der Tagesmittelwerte nach § 8 Abs. 1 Nr. 1 oder § 9 Abs. 1 Satz 1		je Tag der Überschreitung
10.2. 8.1.1	bis zu 50 %	1 2 5 00 0 0 -	
10.2. 8.1.2	bis zu 100 %	2 3 5 50 0 0	
10.2. 8.1.3	über 100 %	5 5 0 00 0	

		0	
	Überschreitung der Halbstundenmittelwerte nach § 8 Abs. 1 Nr. 2 oder § 9 Abs. 1 Satz 1	_	je Halbstundenmitt elwert
10.2. 8.2.1	bis zu 50 %	1 1 0 25 0 0	
10.2. 8.2.2	bis zu 100 %	1 2 5 00 0 0	
10.2. 8.2.3	über 100 %	5 2 0 50 0 0 -	
10.2. 8.3	Überschreitung der Mittelwerte (die über die jeweilige Probenahmezeit gebildet sind) nach § 8 Abs. 1 Nr. 3 oder § 9 Abs. 1 Satz 1		je Mittelwert
10.2. 8.3.1	bis zu 50 %	2 2 5 50 0 0 -	
10.2. 8.3.2	bis zu 100 %	4 4 0 00 0 0	
10.2. 8.3.3	über 100 %	1 10 0 00 0 0 0	
	Errichtung und Betrieb der Anlage entgegen der Vorschriften zur Wärmenutzung nach § 13	2 2 5 50 0 0	
10.2. 10	Errichtung und Betrieb entgegen § 28 Abs. 2	5 5 0 00 0 0 -	
10.3	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die getrennte Erfassung, Beförderung oder Zwischenlagerung von Abfällen nach § 12 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 4 Satz 3 (§ 27 Abs. 1 Nrn. 3 und 4)		
10.3.	keine getrennte Erfassung der in § 12 Abs. 2 Satz 1 genannten Abfälle	2 10 5 00 0 0 0	
10.3. 2	keine Beförderung oder Zwischenlagerung der Abfälle in geschlossenen Behältnissen nach § 12 Abs. 4 Satz 3	1 10 0 00 0 0 0	
10.4	entgegen § 13 Satz 2 aus der dort genannten Wärme nicht Strom erzeugt (§ 27 Abs. 1 Nr. 5)	2 5 5 00 0 0 -	

10.5	entgegen § 14 einen Messplatz nicht oder nicht richtig einrichtet (§ 27 Abs. 1 Nr. 6)	2 5 5 00 0 0	
10.6	entgegen § 15 Abs. 1 Satz 1 nicht sicherstellt, dass ein dort genanntes Messverfahren angewendet oder eine dort genannte Messeinrichtung verwendet wird (§ 27 Abs. 1 Nr. 7)	2 5 5 00 0 0 -	
10.7	entgegen § 15 Abs. 2 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine Probenahme oder Analyse oder die Qualitätssicherung nach den dort genannten Normen durchgeführt werden (§ 27 Abs. 1 Nr. 8)	2 5 5 00 0 0 -	
10.8	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Bescheinigung nach § 15 Abs. 3 (§ 27 Abs. 1 Nr. 9)		
10.8. 1	keine Bescheinigung vorgelegt	2 5 5 00 0 0 -	
10.8. 2	nicht rechtzeitig Bescheinigung vorgelegt	2 5 5 00 0 0 -	
10.9	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Kalibrierung und Prüfung der Funktionsfähigkeit nach § 15 Abs. 4 (§ 27 Abs. 1 Nr. 10)		
10.9. 1	Unterlassen der Kalibrierung	5 5 0 00 0 0 -	
10.9. 2	Unterlassen der Prüfung auf Funktionsfähigkeit	2 2 5 50 0 0 -	
10.9. 3	nicht rechtzeitige Wiederholung der Kalibrierung	2 2 5 50 0 0 -	
10.1 0	Zuwiderhandlungen gegen die Berichtsvorlage nach § 15 Abs. 6, § 17 Abs. 2 Satz 1, § 19 Abs. 1 Satz 1 oder § 22 Abs. 1 oder Abs. 2 (§ 27 Abs. 1 Nr. 11)		
10.1 0.1	nicht vorgelegt	2 5 5 00 0 0 -	
10.1 0.2	nicht rechtzeitig vorgelegt	1 50 0 0 0	
10.1 0.3	nicht vollständig vorgelegt	2 5 5 00 0 0 -	
10.1 0.4	nicht richtig vorgelegt	2 5 5 00 0 0 -	
10.1	entgegen § 16 Abs. 1 Satz 1, Abs. 5 oder § 20 Abs. 1 Satz 1 eine dort genannte Massenkonzentration der Emissionen, den dort genannten Volumengehalt an Sauerstoff, eine dort genannte Temperatur oder eine dort genannte Betriebsgröße nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig ermittelt,		

	nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig registriert, nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig auswertet oder nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig dokumentiert (§ 27 Abs. 1 Nr. 12)		
10.1 1.1	keine Ermittlung	5 10 0 00 0 0 -	
10.1 1.2	keine Registrierung	5 5 0 00 0 0	
10.1 1.3	keine Auswertung	5 2 0 50 0 0 -	
10.1	entgegen § 16 Abs. 3 Satz 2 oder Satz 3 einen Nachweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt, nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt oder nicht oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt (§ 27 Abs. 1 Nr. 13)	2 5 5 00 0 0 -	
10.1	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbaren Anordnung nach § 16 Abs. 7 Satz 2 (§ 27 Abs. 1 Nr. 14)	2 5 5 00 0 0 -	
10.1 4	entgegen § 17 Abs. 1 Satz 2 einen Messwert für andere als die dort genannten Zeiten umrechnet (§ 27 Abs. 1 Nr. 15)	5 5 0 00 0 0 -	
10.1 5	entgegen § 17 Abs. 2 Satz 2 einen Bericht oder eine dort genannte Aufzeichnung nicht oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt (§ 27 Abs. 1 Nr. 16)	2 5 5 00 0 0 -	
10.1 6	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Überprüfung von Verbrennungsbedingungen nach § 18 Abs. 1 (§ 27 Abs. 1 Nr. 17)		
10.1 6.1	keine Überprüfung der Verbrennungsbedingungen	2 5 5 00 0 0 -	
10.1 6.2	nicht rechtzeitige Überprüfung der Verbrennungsbedingungen	2 1 5 00 0 0 -	
10.1 7	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Durchführung von Messungen nach § 18 Abs. 2 (§ 27 Nr. 18)		
10.1 7.1	keine Durchführung von Messungen	2 5 5 00 0 0 -	
10.1 7.2	keine Durchführung von Messungen in der vorgeschriebenen Weise	2 5 5 00 0 0 -	
10.1 7.3	Nicht rechtzeitige Durchführung von Messungen	2 1 5 00 0 0 -	
10.1 8	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Mitteilung nach § 21 Abs. 1 Satz 1 (§ 27 Abs. 1 Nr. 19)		

10.1	keine Mitteilung	2 5	
8.1		5 00 0 0	
		_	
10.1	nicht richtige Mitteilung	2 2	
8.2		5 50 0 0	
		_	
10.1 8.3	nicht rechtzeitige Mitteilung	2 1 5 00	
0.3		0 0	
		_	
10.1 9	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Unterrichtung der Öffentlichkeit nach § 23 Satz 1 (§ 27 Abs. 1 Nr. 20)		
10.1	keine Unterrichtung	2 2	
9.1	keine Onterichtung	5 50	
		0 0	
10.1	nicht richtige Unterrichtung	2 2	
9.2		5 50	
		0 0	
10.1	nicht vollständige Unterrichtung	2 1	
9.3		5 50 0 0	
		-	
	nicht rechtzeitige Unterrichtung	2 1	
9.4		5 50 0 0	
		-	
	entgegen § 10 Abs. 1 oder Abs. 2 eine Anlage nicht richtig errichtet oder	1 10	
0	nicht richtig betreibt (§ 27 Abs. 2 Nr. 1)	5 00 0 0	
		_	
10.2 1	entgegen § 17 Abs. 4 Satz 2 oder Satz 3 einen Nachweis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt, nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht	2 5 5 00	
'	rechtzeitig vorlegt oder nicht oder nicht mindestens fünf Jahre aufbewahrt (§	0 0	
	27 Abs. 2 Nr. 2)	_	
11	Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen beim Umfüllen und Lagern von Ottokraftstoffen,		
	Kraftstoffgemischen oder Rohbenzin		
	– 20. BlmSchV –		
11.1	Als Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage:		Die Dußgeldhewebs
			Bußgeldbewehr ung ergibt sich
			in allen Fällen aus § 62 Abs. 1
			Nr. 2 BlmSchG
			in Verbindung mit den jeweils
			angeführten Vorschriften.
11 1	Errichtung oder Betrieb entgegen den Vorschriften nach § 3 Abs. 1 Satz 1, §		
1	4 Abs. 1, 3 Nr. 2, Abs. 4 oder 5 (§ 13 Abs. 1 Nr. 1)		
	eines oberirdischen Lagertanks entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1	5 5	
1.1		0 00	
		-	

11.1. 1.2	einer Anlage entgegen § 4 Abs. 1 oder einer Abgasreinigungseinrichtung entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 2	2 25 5 00 0 0 0	
11.1. 1.3	eines Tanklagers entgegen § 4 Abs. 4	1 15 5 00 0 0 0	
11.1. 1.4	einer Anlage entgegen § 4 Abs. 5	2 25 5 00 0 0 0	
11.1. 2	Zuwiderhandlungen gegen die Pflichten nach § 3 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 1 zur Ausstattung oder zum Betrieb eines Schwimmdachtanks oder Festdachtanks (§ 13 Abs. 1 Nr. 2)	1 15 5 00 0 0 0	
11.1. 3	Errichtung oder Betrieb eines Lagertanks entgegen § 3 Abs. 4 (§ 13 Abs. 1 Nr. 3)	5 2 0 50 0 0 -	
11.2	Als Betreiber einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage:		Die Bußgeldbewehr ung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften.
	Errichtung oder Betrieb entgegen den Vorschriften nach § 3 Abs. 1 Satz 1, § 4 Abs. 1, 3 Nr. 1, Abs. 4 oder 5 (§ 13 Abs. 2 Nr. 1a)		
11.2. 1.1	eines oberirdischen Lagertanks entgegen § 3 Abs. 1 Satz 1	2 2 5 00 0 0 -	
11.2. 1.2	einer Anlage entgegen § 4 Abs. 1 oder einer Abgasreinigungseinrichtung entgegen § 4 Abs. 3 Nr. 1	1 15 5 00 0 0 0	
11.2. 1.3	Eines Tanklagers entgegen § 4 Abs. 4	1 10 0 00 0 0 0	
11.2. 1.4	Einer Anlage entgegen § 4 Abs. 5	1 15 5 00 0 0 0	
11.2. 2	Zuwiderhandlungen gegen die Pflichten nach § 3 Abs. 2 Satz 1 oder Abs. 3 Satz 1 zur Ausstattung oder zum Betrieb eines Schwimmdachtanks oder Festdachtanks (§ 13 Abs. 2 Nr. 1b)	1 10 0 00 0 0 0	

11.2. 3	Errichtung oder Betrieb entgegen den Vorschriften nach § 3 Abs. 4, § 5 Abs. 1 Satz 1 oder § 6 Abs. 1 Satz 1 (§ 13 Abs. 2 Nr. 1c)		
11.2. 3.1	Eines Lagertanks entgegen § 3 Abs. 4	2 1 5 50 0 0 -	
	eines beweglichen Behältnisses entgegen § 5 Abs. 1 Satz 1 oder einer Anlage entgegen § 6 Abs. 1 Satz 1	1 15 5 00 0 0 0	
11.2. 4	Zuwiderhandlungen gegen die Anzeigepflicht nach § 8 Abs. 1 (§ 13 Abs. 2 Nr. 2)	1 1 0 50 0 0 -	
11.2. 5	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften nach § 8 Abs. 2 über die Feststellung der Einhaltung der Anforderungen nach § 4 Abs. 2 an Gaspendelsysteme und über die Beseitigung festgestellter Mängel (§ 13 Abs. 2 Nr. 3)		
11.2. 5.1	keine oder nicht rechtzeitige Feststellung	1 1 5 50 0 0	
11.2. 5.2	keine oder nicht rechtzeitige Beseitigung festgestellter Mängel	5 2 0 50 0 0 -	
11.2. 6	keine oder nicht rechtzeitige Feststellung des Reinigungsgrads und der Emissionen an Dämpfen im Abgas einer Abgasreinigungseinrichtung entgegen § 8 Abs. 3 (§ 13 Abs. 2 Nr. 3)	1 1 5 50 0 0 -	
11.2. 7	Unterlassen der Aufbewahrung der in § 8 Abs. 5 Satz 2 genannten Unterlagen (§ 13 Abs. 2 Nr. 4)	1 1 5 50 0 0 -	
11.2. 8	keine oder nicht rechtzeitige Zuleitung der in § 8 Abs. 5 Satz 3 oder Satz 4 genannten Unterlagen an die zuständige Behörde (§ 13 Abs. 2 Nr. 5)	1 1 0 00 0 0 -	
12	Verordnung zur Begrenzung der Kohlenwasserstoffemissionen bei der Betankung von Kraftfahrzeugen		Die Bußgeldbewehr
	– 21. BlmSchV –		ung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften.
12.1	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Errichtung und den Betrieb von Tankstellen nach § 3 Abs. 1 (§ 9 Nr. 1)		
12.1. 1	nicht ordnungsgemäße Errichtung einer Tankstelle nach § 3 Abs. 1	5 5 0 00 0 0 -	
12.1. 2	nicht ordnungsgemäßer Betrieb einer Tankstelle nach § 3 Abs. 1	1 10 0 00 0 0	

		0	
		_	
12.2	Betrieb einer Tankstelle entgegen § 3 Abs. 2 Satz 1 (§ 9 Nr. 2)	1 5	
		0 00	
		_	
	entgegen § 3 Abs. 2 Satz 2 oder § 5 Abs. 6 Satz 3, Abs. 8 oder Abs. 9 Satz 2	1 1 5 50	
1	eine dort genannte Unterlage nicht oder nicht rechtzeitig vorlegt (§ 9 Nr. 3)	0 0	
		_	
12.2. 2	nicht ordnungsgemäße Errichtung und Betrieb eines Gasrückführungssystems mit oder ohne Unterdruckunterstützung nach § 3	5 5 0 00	
	Abs. 3 und 4 (§ 9 Nr. 4)	0 0	
		_	
12.3	Nicht oder nicht rechtzeitige Einrichtung einer Messöffnung entgegen § 4 (§ 9 Nr. 5)	1 1 5 50	
	,	0 0	
40.4	Zancidade and hannan and and dis District and Channel (C.O.N., C. 40)	_	
	Zuwiderhandlungen gegen die Pflicht zur Überwachung (§ 9 Nr. 6–12)		
12.4.	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Anzeige gemäß § 5 Abs. 1 (§ 9 Nr. 6 )	1 1 0 00	
		0 0	
12.4	Keine oder nicht rechtzeitige Feststellung der Einhaltung der in § 5 Abs. 2	2 2	
2	Satz 1 oder Abs. 3 genannten Anforderungen (§ 9 Nr. 7)	5 50	
		0 0	
12.4.	Nicht oder nicht rechtzeitige Instandsetzung einer Tankstelle oder nicht oder		
3	nicht rechtzeitige Wiederholungsüberprüfung entgegen § 5 Abs. 4		
	(§ 9 Nr. 8)		
	keine oder nicht rechtzeitige Instandsetzung	5 2	
3.1		0 50 0 0	
		-	
12.4. 3.2	keine oder nicht rechtzeitige Wiederholungsprüfung	2 2 5 50	
0.2		0 0	
		_	
12.4. 4	entgegen § 5 Abs. 5 Satz 2, Abs. 8 oder Abs. 9 Satz 2 eine dort genannte Unterlage nicht oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt (§ 9 Nr.	1 1 5 50	
	9)	0 0	
10.4	antaggen S.E. Aho. E. Cotta 2 ging Durchashuift might adam with the althought in		
12.4. 5	entgegen § 5 Abs. 5 Satz 3 eine Durchschrift nicht oder nicht rechtzeitig zuleitet (§ 9 Nr. 10)	1 1 0 00	
		0 0	
12 4	nicht oder nicht rechtzeitige Überprüfung oder nicht oder nicht rechtzeitige	1 1	
6	Instandsetzung eines Gasrückführungssystems nach § 5 Abs. 6 Satz 1 (§ 9	5 50	
	Nr. 11)	0 0	
12.4.	Zuwiderhandlung gegen die Pflicht zur unverzüglichen Behebung von	1 1	
7	signalisierten Störungen des Gasrückführungssystems nach § 5 Abs. 7 Satz 1 (§ 9 Nr. 12)	5 50 0 0	
	. (3 0 12)	_	

12.4. 8	Zuwiderhandlung gegen die jährlich zum 1. Februar zu erfassende Abgabemenge für das abgelaufene Kalenderjahr nach § 5 Abs. 9 (§ 9 Nr. 13)	1 1 0 00 0 0	
12.4. 9	keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Anbringung eines Schildes, Aufkleber oder einer Mitteilung nach	1 50 0 0	
	§ 6 Abs. 1 (§ 9 Nr. 14)	_	
13.	Verordnung zur Begrenzung von Emissionen aus der Titandioxid–Industrie		Die Bußgeldbewehr
	– 25. BlmSchV –		ung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BImSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften
13.1	Überschreitung von Emissionsgrenzwerten entgegen § 3 Abs. 1, Abs. 2 Satz 1 1. Alt. oder Abs. 3, § 4 Abs. 1 oder 2 (§ 7 Nr. 1)		je Tag der Überschreitung
13.1.	bis 50 %	1 35 0 0 0 -	
13.1. 2	bis 100 %	1 75 5 0 0 -	
13.1. 3	über 100 %	2 2 5 50 0 0 -	
13.2	Überschreitung des Massenverhältnisses nach § 3 Abs. 2 Satz 1 2. Alt. (§ 7 Nr. 2)	1 35 0 0 0	
13.3	Nicht, nicht richtige, nicht rechtzeitige Überwachung der Emissionen entgegen § 5 Abs. 1 oder Abs. 2 (§ 7 Nr. 3)	1 1 5 50 0 0 -	
14.	Verordnung über elektromagnetische Felder		Die
	– 26. BlmSchV –		Bußgeldbewehr ung ergibt sich in allen Fällen aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG in Verbindung mit den jeweils angeführten Vorschriften.
14.1	Errichtung oder Betrieb einer Anlage entgegen § 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, § 3 Abs. 1 Satz 1 oder Abs. 2 Satz 1, § 3a Satz 1 (§ 9 Nr. 1)	1 1 0 00 0 0 -	
14.2	Wesentliche Änderung einer Niederfrequenzanlage entgegen § 4 Abs. 1 (§ 9 Nr. 2)	1 1 5 50 0 0 -	
14.3	Zuwiderhandlungen gegen Anzeigepflicht nach § 7 Abs. 2 Satz 1 oder § 10 Abs. 2 (§ 9 Nr. 3)		

110	Unterlanden der Angeige	1 4	
14.3.	Unterlassen der Anzeige	1 1 5 50	
		0 0	
		_	
	Erstattung einer unrichtigen oder unvollständigen Anzeige	1 1	
2		0 00	
		_	
14.3.	verspätete Anzeige	5 50	
3		0 0	
		_	
15.	Verordnung über Anlagen zur Feuerbestattung		Die
	– 27. BlmSchV –		Bußgeldbewehr ung ergibt sich
			in allen Fällen
			aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG
			in Verbindung
			mit den jeweils
			angeführten Vorschriften.
15.1	Übersehreitung von Emissionsgronzwerten entgegen 8.4 (8.14 Nr. 1.)		
	Überschreitung von Emissionsgrenzwerten entgegen § 4 (§ 14 Nr. 1 )		
15.1. 1	Emissionen von Kohlenmonoxid		je Stundenmittelw
			ert
15 1	bis zu 50 %	1 25	
1.1	515 24 55 76	0 0	
		0	
		_	
15.1. 1.2	bis zu 100 %	1 35 5 0	
1.2		0	
		_	
	über 100 %	2 75	
1.3		5 0 0	
		_	
15 1	Emissionen von Gesamtstaub und organischen Stoffen nach § 4 Nr. 2		je
2	Zimosionen van Ossamistaas ana eigamosiien etenen naan 3 1 m. 2		Stundenmittelw
			ert
	bis zu 50 %	1 25	
2.1		0 0	
		_	
15 1	bis zu 100 %	1 35	
2.2	510 Zu 100 //	5 0	
		0	
15.1. 2.3	über 100 %	2 75 5 0	
		0	
		_	
	Emissionen von Dioxinen und Furanen nach § 4 Nr. 3 (gebildet als Mittelwert		je Mittelwert
3	über die jeweilige Probenahmezeit)		
	bis zu 50 %	1 40	
3.1		5 0 0	
		_	

15.1.	bis zu 100 %	2 75	
3.2		5 0	
		0	
15.1	über 100 %	5 2	
3.3		0 50	
		0 0	
15.0	Ablaitung van Abgasan entgagen S. F. Sotz 1 (S. 14 Nr. 2.)	F 2	
15.2	Ableitung von Abgasen entgegen § 5 Satz 1 (§ 14 Nr. 2 )	5 2 0 50	
		0 0	
		_	
15.3	Zuwiderhandlungen gegen Anzeigepflicht nach § 6 (§ 14 Nr. 3)		
	Unterlassen der Anzeige	1 1 5 50	
1		0 0	
		-	
	Erstattung einer unrichtigen Anzeige	1 1	
2		0 00	
		-	
15.3.	verspätete Anzeige	5 50	
3		0 0	
		_	
15.4	Zuwiderhandlungen gegen die Pflichten über kontinuierliche Messungen nach § 7 Abs. 1 oder 2 (§ 14 Nr. 4 )	1 15 5 00	
	(3 )	0 0	
		0	
15.5	Zuwiderhandlungen gegen die Pflichten über die Kalibrierung und Prüfung		
10.0	der Funktionsfähigkeit nach § 7 Abs. 3 Satz 1 oder 2 (§ 14 Nr. 5)		
15.5.	Unterlassen der Kalibrierung	1 15	
1		5 00	
		0 0	
		_	
	Unterlassen der Prüfung auf Funktionsfähigkeit	2 2	
2		5 50 0 0	
		-	
15.6	Zuwiderhandlungen gegen die Pflichten über die Prüfungen nach § 9 Satz 1	2 2	
	oder 2 (§ 14 Nr. 6)	5 50 0 0	
		-	
16.	Verordnung über Emissionsgrenzwerte für Verbrennungsmotoren		Die
	– 28. BlmSchV –		Bußgeldbewehr
			ung ergibt sich aus § 62 Abs. 1
			Nr. 7 BlmSchG in Verbindung
			mit der
			angeführten Vorschrift.
40.4	Investigation in the principal Metals and the control of the contr	F F^	v or oomint.
16.1	Inverkehrbringen eines Motors entgegen § 2 Abs. 1 oder 3 (§ 11) die eine in Artikel 34 Abs. 8 der Verordnung (EU) 2016/1628 aufgeführte Beschränkung	5 50 0 00	
	hinsichtlich nicht für den Straßenverkehr bestimmter mobiler Maschinen oder	0 0	
	Geräte verletzen.	_	
17.	Verordnung über Anlagen zur biologischen Behandlung von Abfällen		Die Bußgeldbewehr
			Dangelabeweill

	– 30. BlmSchV –		ung ergibt sich aus § 62 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG in Verbindung
			mit den angeführten Vorschriften.
17.1	Betrieb oder Errichtung der Anlage entgegen der in § 6 festgelegten Emissionsgrenzwerte (§ 18 Nr. 1)	5 10 0 00 0 0 -	
17.2	Zuwiderhandlungen gegen die Pflichten über die Kalibrierung und Prüfung der Funktionsfähigkeit nach § 8 Abs. 4 Satz 1 (§ 18 Nr. 2)		
17.2. 1	Unterlassen der Kalibrierung der Messeinrichtung	1 1 5 50 0 0	
17.2. 2	nicht rechtzeitige Kalibrierung der Messeinrichtung	1 1 0 00 0 0 -	
17.2. 3	nicht rechtzeitige Prüfung der Messeinrichtung	5 75 0 0 -	
17.2. 4	keine oder nicht rechtzeitige Wiederholung der Kalibrierung der Messeinrichtung	1 1 0 00 0 0 -	
17.3	Bericht nach § 8 Abs. 4 Satz 2, § 10 Abs. 3 Satz 1 oder § 12 Abs. 1 Satz 1 nicht oder nicht rechtzeitig vorgelegt (§ 18 Nr. 3)	1 1 0 00 0 0 -	
17.4	entgegen § 9 Satz 1 Massenkonzentrationen der Emissionen oder eine dort genannte Bezugsgröße nicht, nicht richtig oder nicht vollständig ausgewertet (§ 18 Nr. 4)	2 2 0 50 0 0 -	
17.5	entgegen § 10 Abs. 3 Satz 2 eine Aufzeichnung nicht oder nicht mindestens 5 Jahre aufbewahrt (§ 18 Nr. 5)	1 1 5 00 0 0	
17.6	entgegen § 11 Abs. 1 Satz 1 oder 2 eine Messung nicht oder nicht rechtzeitig durchgeführt (§ 18 Nr. 6)	2 2 5 50 0 0 -	
17.7	entgegen § 13 Abs. 1 Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gemacht (§ 18 Nr. 7)	1 1 5 00 0 0	
17.8	entgegen § 15 Satz 1 die Öffentlichkeit nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet (§ 18 Nr. 8)	2 1 0 50 0 0	
18	Verordnung zur Begrenzung der Emissionen flüchtiger organischer Verbindungen bei der Verwendung organischer Lösemittel in bestimmten Anlagen		Die Bußgeldbewehr ung ergibt sich
	– 31. BlmSchV –		aus § 62 Abs. 1 Nrn. 2 und 7 BImSchG in Verbindung mit

			den angeführten Vorschriften.
18.1	Als Betreiber einer genehmigungsbedürftigen Anlage		
18.1. 1	genehmigungsbedürftige Anlage entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder § 4 Satz 1 nicht richtig errichtet oder nicht richtig betrieben (§ 12 Abs. 1 Nr. 1)	5 10 0 00 0 0 -	
18.1. 2	entgegen § 6 Satz 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 6 Satz 1, 3 oder Satz 5 die Einhaltung der dort genannten Anforderungen nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig feststellen lassen (§ 12 Abs. 1 Nr. 2)	2 2 0 50 0 0 -	
18.1. 3	entgegen § 6 Satz 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 7 Satz 1 einen Reduzierungsplan nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorgelegt (§ 12 Abs. 1 Nr. 3)	1 1 0 00 0 0 -	
18.1. 4	entgegen § 6 Satz 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 9 Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig macht (§ 12 Abs. 1 Nr. 4)	1 1 5 00 0 0	
18.1. 5	entgegen § 6 Satz 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 7 Satz 3 oder Abs. 8 Satz 2 eine Ausfertigung des Reduzierungsplans oder einen Bericht nicht oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt (§ 12 Abs. 1 Nr. 5)	1 1 5 00 0 0 -	
18.1. 6	entgegen § 6 Satz 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 8 Satz 1 einen Bericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt oder erstellen lässt (§ 12 Abs. 1 Nr. 6)	1 1 0 50 0 0 -	
18.1. 7	entgegen § 6 Satz 3 in Verbindung mit § 5 Abs. 9 Satz 2 eine Maßnahme nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig trifft (§ 12 Abs. 1 Nr. 7)	1 5 5 00 0 0 -	
18.1. 8	entgegen § 7 Abs. 2 Abgase nicht oder nicht richtig ableitet (§ 12 Abs. 1 Nr. 8)	2 4 5 00 0 0 -	
18.1. 9	entgegen § 8 Abs. 1 Satz 1 eine Information nicht oder nicht rechtzeitig zugeleitet (§ 12 Abs. 1 Nr. 9)	5 50 0 0 -	
18.2	Als Betreiber einer nicht genehmigungsbedürftigen Anlage		
18.2. 1	nicht genehmigungsbedürftige Anlage entgegen § 3 Abs. 1 Nr. 1 oder § 4 Satz 1 nicht richtig errichtet oder nicht richtig betrieben (§ 12 Abs. 2 Nr. 1)	2 7 5 00 0 0 -	
18.2. 2	entgegen § 5 Abs. 2 eine Anzeige nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig erstattet (§ 12 Abs. 2 Nr. 2)	5 1 0 50 - 0	
18.2. 3	entgegen § 5 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 6 Satz 1, 3 oder 5 die Einhaltung der dort genannten Anforderungen nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig feststellen lässt (§ 12 Abs. 2 Nr. 3)	2 2 0 00 0 0 -	
18.2. 4	entgegen § 5 Abs. 5 Satz 1 eine Anlage nicht oder nicht rechtzeitig ausgestattet (§ 12 Abs. 2 Nr. 4)	2 2 5 50 0 0 -	

18.2. 5	entgegen § 5 Abs. 7 Satz 1 einen Reduzierungsplan nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorgelegt (§ 12 Abs. 2 Nr. 5)	5 1 0 00 - 0	
18.2. 6	entgegen § 5 Abs. 7 Satz 2 oder Abs. 9 Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig macht (§ 12 Abs. 2 Nr. 6)	5 1 0 00 - 0	
18.2. 7	entgegen § 5 Abs. 7 Satz 4 oder Abs. 8 Satz 2 eine Ausfertigung des Reduzierungsplans oder einen Bericht nicht oder nicht für die vorgeschriebene Dauer aufbewahrt (§ 12 Abs. 2 Nr. 7)	5 1 0 00 - 0	
18.2. 8	entgegen § 5 Abs. 8 Satz 1 einen Bericht nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt oder erstellen lässt (§ 12 Abs. 2 Nr. 8)	5 1 0 00 - 0	
18.2. 9	entgegen § 5 Abs. 9 Satz 2 eine Maßnahme nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig getroffen (§ 12 Abs. 2 Nr. 9)	1 3 0 00 0 0 -	
18.2. 10	entgegen § 7 Abs. 1 Abgase nicht oder nicht richtig abgeleitet (§ 12 Abs. 2 Nr. 10)	1 3 5 00 0 0 -	
18.2. 11	entgegen § 8 Abs. 1 Satz 1 eine Information nicht oder nicht rechtzeitig zugeleitet (§ 12 Abs. 2 Nr. 11)	5 30 0 0 -	
19	Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung – 32. BlmSchV –		Die Bußgeldbewehr ung ergibt sich aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG in Verbindung mit den angeführten Vorschriften.
19.1	entgegen § 7 Abs. 1 Satz 1 ein Gerät oder eine Maschine betreibt (§ 9 Abs. 2 Nr. 1)	5 2 0 50 - 0	
19.2	entgegen § 7 Abs. 2 Satz 3 die zuständige Behörde nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig unterrichtet (§ 9 Abs. 2 Nr. 2)	5 20 0 0 -	
20	Verordnung über Verdunstungskühlanlagen, Kühltürme und Nassabscheider - 42. BlmSchV-		Die Bußgeldbewehr ung ergibt sich aus § 62 Abs. 1 Nr. 7 BlmSchG in Verbindung mit den angeführten Vorschriften.
20.1	Errichtung oder Betrieb einer Anlage entgegen § 3 Abs. 1 (§ 19 Nr. 1)	1 10 5 00 0 0	
20.2	Betrieb einer Anlage entgegen § 3 Abs. 3 mit Betriebsstoffen, die mit den in der Anlage vorhandenen Werkstoffen nicht verträglich sind (§ 19 Nr. 2)	2 5 5 00 0 0 -	
20.3	entgegen § 3 Abs. 4 Satz 1 erster Halbsatz nicht sicherstellt, dass eine Gefährdungsbeurteilung vor Inbetriebnahme oder Wiederinbetriebnahme erstellt wird (§ 19 Nr. 3)	5 5 0 00 0 0 -	

20.4	entgegen § 3 Abs. 4 Satz 2, Abs. 6 Satz 2 oder Abs. 7 Satz 4, § 4 Abs. 1 Satz 6 oder Abs. 5 Satz 2, § 5 Abs. 2, § 6 Abs. 4, § 7 Abs. 4 Satz 2, § 8 Abs. 3, § 9 Abs. 3 oder § 11 Satz 2 eine Dokumentation nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstellt (§ 19 Nr. 4)	2 2 5 50 0 0 -	
20.5	entgegen § 3 Abs. 5 Satz 1 keine Sicherstellung, dass ein Prüfwert nicht überschritten wird (§ 19 Nr. 5)	5 5 0 00 0 0 -	
20.6	entgegen § 3 Abs. 6 Satz 1 keine Sicherstellung, dass dort genannte Prüfschritte durchgeführt werden (§ 19 Nr. 6)	5 5 0 00 0 0 -	
20.7	Untersuchung oder Überprüfung entgegen § 3 Abs. 7 Satz 1, 2 oder 3, § 4 Abs. 2 Nrn. 1 oder 2 oder Abs. 3, § 6 Abs. 1 oder 2 Nr. 4, § 7 Abs. 1 oder 2, § 8 Abs. 1 oder § 9 Abs. 1 Nr. 1 oder 3 nicht, nicht richtig oder nicht rechtzeitig durchgeführt oder durchführen lassen (§ 19 Nr. 7)	2 2 5 50 0 0 -	
20.8	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Festlegung der Art der Bestimmung des Referenzwertes entgegen § 4 Abs. 1 Satz 5 (§ 19 Nr. 8)	1 1 5 50 0 0 -	
20.9	entgegen § 5 Abs. 1 Nr. 2, § 6 Abs. 2 Nr. 2 oder Abs. 3 Nr. 2, § 8 Abs. 2 Nrn. 2 oder 3, § 9 Abs. 2 oder § 11 Satz 1 Nr. 2 eine dort genannte Maßnahme nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig ergreift (§ 19 Nr. 9)	1 10 5 00 0 0 -	
20.1	Nicht, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Information der Behörde entgegen § 10 Satz 1 (§ 19 Nr. 10)	1 2 5 50 0 0 -	
20.1	Nicht, nicht richtige oder nicht vollständige Führung eines Betriebstagebuchs entgegen § 12 Abs. 1 (§ 19 Nr. 11)	1 2 5 50 0 0 -	
20.1	entgegen § 12 Abs. 3 Satz 2 ein Betriebstagebuch nicht oder nicht mindestens für 5 Jahre aufbewahrt (§ 19 Nr. 12)	1 2 5 50 0 0 -	
20.1	entgegen § 13 Abs. 1 bis 3 oder 4 eine Anzeige nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig erstattet (§ 19 Nr. 13)	1 2 5 50 0 0 -	
20.1	entgegen § 14 Abs. 1 Satz 1 eine Überprüfung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig veranlasst (§ 19 Nr. 14)	1 5 5 00 0 0 -	
20.1 5	entgegen § 14 Abs. 2 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht (§ 19 Nr. 15)	1 50 5 0 0 -	
21	Bayerisches Immissionsschutzgesetz		
21.1	Störfallrelevante Errichtung oder Änderung einer Anlage ohne Genehmigung entgegen Art. 16 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 23b Abs. 1 Satz 1 BImSchG (Art. 8 Abs. 1 Nr. 1)	5 50 0 00 - 0	
21.2	Nicht, nicht richtiges, nicht vollständiges oder nicht rechtzeitiges Nachkommen einer vollziehbaren Anordnung nach Art. 16 Abs. 1 in Verbindung mit § 24 Satz 1 BImSchG	1 50 5 00 0 0	
	(Art. 18 Abs. 1 Nr. 2)		

21.3	Betrieb einer Anlage entgegen einer vollziehbaren Untersagung nach Art. 16 Abs. 1 in Verbindung mit § 25 Abs. 1 BImSchG (Art. 18 Abs. 1 Nr. 3)	1 50 5 00 0 0 -	
21.4	Begehen einer in Art. 18 Abs. 1 Nr. 4a oder b bezeichneten Handlung in Bezug auf eine Anlage im Sinne des Art. 16 Abs. 1 Satz 1 (Art. 18 Abs. 1 Nr. 4)	5 50 0 00 0 0 -	
21.5	Anzeigepflicht entgegen Art. 16 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 23a Abs. 1 BlmSchG nicht, nicht richtig, nicht vollständig nachgekommen (Art 18 Abs. 2 Nr. 1)	2 5 5 00 0 0 -	
21.6	Zuwiderhandlung einer Vorschrift des Art. 16 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit § 52 BlmSchG über die Mitwirkung im Rahmen der Überwachung (Art. 18 Abs. 2 Nr. 2)	2 2 5 50 0 0 -	
21.7	Zuwiderhandlung gegen eine Verordnung nach Art. 10 (Art. 18 Abs. 2 Nr. 3)	1 10 0 00 0 0 -	
21.8	Betreiben eines Motors entgegen Art. 12 Abs. 1 (Art. 18 Abs. 3 Nr. 1)	5 2 0 50 - 0	
21.9	Zuwiderhandlung gegen eine mit einer Erlaubnis nach Art. 12 Abs. 2 verbundenen vollziehbaren Auflage (Art. 18 Abs. 3 Nr. 2)	5 2 0 50 - 0	
21.1	Zuwiderhandlung gegen eine aufgrund des Art. 14 erlassene Verordnung (Art. 18 Abs. 3 Nr. 3)	5 2 0 50 - 0	
21.1	Zuwiderhandlung gegen eine aufgrund des § 47 Abs. 7 BImSchG erlassenen Rechtsverordnung oder aufgrund einer solchen Rechtsverordnung erlassenen vollziehbaren Anordnung (Art. 18 Abs. 3 Nr. 4)	1 50 5 00 0 0 -	

## Kapitel 4

## Sachbereich "Gewässerschutz"

## Vorbemerkung:

Im Sachbereich "Gewässerschutz" sind Regel- und Rahmensätze für die Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Wasserhaushaltsgesetz und dem Bayerischen Wassergesetz aufgeführt.

## Allgemeiner Gewässerschutz

Nr.	Zuwiderhandlung en 2	Geldbu ße (in €)	Bemerkungen  4
1	Unbefugtes Einbringen fester Stoffe in ein oberirdisches Gewässer (§ 103 Abs. 1 Nrn. 1 und 4 WHG)		Straftat nach §§ 324, 326, 330, 330a StGB prüfen
1.1	Einbringen von Altautos in Gewässer	1 50 5 000 0 0	

1.2	Einbringen von Behältern mit wassergefährden den Stoffen	1 0 0 0	50 000	
1.3	Einbringen von Abfall in geringen Mengen oder von geringer Gefährlichkeit (Flaschen, Verpackungen, Papier-, Picknickabfälle, Holz u. Ä.)		500	
1.4	Einbringen von Abfall in größeren Mengen oder von erhöhter Gefährlichkeit		50 000	
2	Unbefugtes Einleiten von (flüssigen) Stoffen in ein oberirdisches Gewässer (§ 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG)			Straftat nach §§ 324, 330, 330a StGB prüfen
2.1	Einleiten von wassergefährden den Flüssigkeiten der WGK 2 und 3, z. B. Mineralöl, Mineralölprodukt en, Pflanzenschutzmi tteln			nach der Wassergefährdungsklasse staffeln (vgl. AwSV ( <u>BAnz AT</u> <u>15.08.2017 B5</u> )
2.1.1	bis 1 I	1 0 0 -	1 500	
2.1.2	bis 5 l	2 5 0 -	5 000	
2.1.3	mehr als 5 l	5 0 0 -	25 000	
2.2	Einleiten wassergefährden der Flüssigkeiten der WGK 1			
2.2.1	bis 5 I	2 5 -	500	
2.2.2	mehr als 5 l	1 0 0 -	10 000	

2.3	Einleiten von Jauche, Gülle oder Silosickersaft		
2.3.1	einmalig	1 2 5 500 0	
2.3.2	über eine längere Zeit	5 5 0 000 0	
2.4	Einleiten von Abwasser		
2.4.1	Niederschlagswa sser aus Hof- oder Verkehrsflächen	5 500 0 -	
2.4.2	sonstiges Abwasser	5 5 0 000 -	
2.4.2	gewerbliches Abwasser	5 50 0 000 0	
2.4.2	häusliches Abwasser		
2.4.2 .2.1	nach Vorklärung	5 1 0 000 -	
2.4.2	ohne Vorklärung	2 2 5 500 0	
2.4.2	Kraftfahrzeugwas chwasser	1 500 0 0	
	beim Waschen im Gewässer	1 750 5 0	
3	Unbefugtes Einleiten von Stoffen in das Grundwasser (§ 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG)		Straftat nach §§ 324, 324a, 330, 330a StGB prüfen
3.1	Einleiten von wassergefährden den Flüssigkeiten der WGK 2 und 3, z. B. Mineralöl, Mineralölprodukt en,		siehe Nr. 2.1
	Pflanzenschutzmi tteln		

211	bis 1 I	1 1
3.7.7	I I SIQI	1 1 0 500 0 —
3.1.2	bis 5 I	2 5 5 000 0 -
3.1.3	mehr als 5 l	1 50 0 000 0 0
3.2	Einleiten wassergefährden der Flüssigkeiten der WGK 1	
3.2.1	bis 5 l	5 1 0 000 -
3.2.2	beim Waschen im Gewässer mehr als 5 l	2 25 5 000 0 _
3.3	Einleiten von Jauche, Gülle oder Silosickersaft	
3.3.1	einmalig	1 5 5 000 0 –
	über eine längere Zeit	5 10 0 000 0 —
3.4	Einleiten von Abwasser	
3.4.1	Einleiten von Niederschlagswa sser aus Hof- und Verkehrsflächen	1 1 5 500 0 –
3.4.2	sonstiges Abwasser	1 5 0 000 0 -
3.4.3	gewerbliches Abwasser	7 50 5 000 0 —
3.4.4	häusliches Abwasser	
3.4.4 .1	nach Vorklärung	1 2 0 000 0 -

3.4.4	ohne Vorklärung	5 0 0	5 000	
4	Nichtbefolgen einer vollziehbaren			<ol> <li>siehe Nr. 2</li> <li>Zwangsmittel nach Art. 29 VwZVG prüfen, soweit es sich nicht um</li> </ol>
	Auflage (§ 103 Abs. 1 Nr. 2 WHG)			Verstöße gegen Benutzungsbedingungen handelt, die als unbefugte Benutzungen zu behandeln sind (Zuwiderhandlungen nach Nr. 2)
4.1	Nichtbeachtung von Grenzwerten über Menge und Beschaffenheit		50? 000	
4.2	Nichtbeachtung von Anzeigepflichten		10? 000	
4.3	Nichtbeachtung von Auflagen über die Bauausführung		10? 000	
4.4	Unterlassen der Durchführung angeordneter Messungen		10? 000	
4.5	Unterlassen der Fertigung der Betriebsanweisun g	0	10? 000	
4.6	Unterlassen der Führung oder unvollständige Führung des Betriebstagebuch es		50? 000	
4.7	Nichtbeachtung von Auflagen über Betrieb und Unterhaltung der Anlagen		10? 000	
4.8	Nichtbeachtung von Auflagen zum Schutz von Natur und Landschaft oder der Fischerei		10? 000	
5	Gewässerschutz beauftragter			
5.1	Nichtbestellen eines Gewässerschutz beauftragten (§ 103 Abs. 1 Nr. 13 WHG)	5	50 000	Zwangsmittel nach Art. 29 VwZVG prüfen
5.2	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 64 Abs. 2 WHG	1 0 0	50 000	

	(§ 103 Abs. 1 Nr.	
	14 WHG)	
6	Nichtbefolgen von Überwachungspfl ichten <sup>2</sup>	
6.1	Nichtbefolgen von Pflichten und Anordnungen im Zusammenhang mit der Überwachung einer Benutzung nach § 101 WHG: Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 101 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 20 WHG)	5 10 0000 -
6.2	Nichtbefolgung von Pflichten nach § 101 Abs. 2 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 21 WHG)	5 10 0 000 -
7	Unbefugtes Zutageleiten von Grundwasser, unbefugter Gewässerausbau	
7.1	Unbefugtes Zutageleiten von Grundwasser oder Herstellen eines Gewässers bei Errichtung von Sand- und Kiesgruben	je m <sup>3</sup> Abbaugut gewachsenen Bodens
7.2	Ausbau eines Gewässers ohne einen nach § 67 Abs. 2, § 68 Abs. 1 WHG festgestellten oder nach § 67 Abs. 2, § 68 Abs. 2 WHG genehmigten Plan (§ 103 Abs. 1 Nr. 15 WHG)	1 50 5 000 0 -
7.3	Abweichen von einem nach § 67 Abs. 2, § 68 Abs. 1 WHG festgestellten oder nach § 67 Abs. 2, § 68 Abs. 2 WHG genehmigten	1 50 5 000 0 -

	Plan (§ 103 Abs. 1 Nr. 15 WHG)		
8	Zuwiderhandlung		Straftat nach §§ 324, 324a, 326, 329, 330, 330a StGB prüfen
	en gegen Schutzanforderun gen für Wasserschutzge biete (§ 103 Abs. 1 Nr. 7a WHG) und Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung im Bereich von Wasserschutzge bieten (§ 103 Abs. 1 Nr. 8		Sofern eine vollziehbare Anordnung ergangen ist, ist dieser Umstand aufgrund der konkreten Kenntnis des Adressaten bei der Höhe der Geldbuße entsprechend zu berücksichtigen.
	WHG)		
8.1	im Fassungsbereich oder in der engeren Schutzzone		
8.1.1	organische Düngung, landwirtschaftlich		1 bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers einer . Trinkwassertalsperre: bis 25 000 €
	e Abwasserverwert ung	_	2 siehe auch Zuwiderhandlung nach Nr. 8.1.13 .
8.1.2	Einsatz chemischer Mittel zur Unkraut- oder Schädlingsbekäm pfung oder von Wachstumsregler n	0 000 0	siehe Nr. 8.1.1, Bemerkung 1
8.1.3	Anlegen oder Erweitern besonderer Nutzungen	5 5 0 000 0 -	
8.1.4	Lagerung von Festmist und anderen Düngemitteln auf unbefestigten Flächen, Gärfutterlagerung außerhalb ortsfester Anlagen, Nasskonservieru ng von Rundholz, Beregnung	5 5 0 0000 0 -	
8.1.5	Kahlschlag, Rodung	5 10 0 000 0	
8.1.6	Beweidung, Freilandtierhaltun g etc.	5 10 0 000 0	

0.4.7		_	0.5	1 1
8.1.7	Veränderungen oder Aufschlüsse der Erdoberfläche	5 0 0 -	25 000	bei Freilegen von Grundwasser mindestens 2 500 €
8.1.8	Ablagern von Abfällen	2 5 0	10 000	
		_		<ul><li>2 bei Gefährdung des Grundwassers oder des Wassers einer</li><li>. Trinkwassertalsperre: bis 50 000 €</li></ul>
8.1.9	Lagern, Ablagern, Vergraben, Wegschütten wassergefährden der Stoffe oder Verwendung zum Wegebau etc.	7 5 0 -	10 000	siehe Nr. 8.1.8, Bemerkung 2
8.1.1 0	Errichtung oder Erweiterung von Sickergruben, Sickerschächten oder Abwasserkanälen	5 0 0 -	5 000	siehe Nr. 8.1.8, Bemerkung 2
8.1.1	Errichtung oder Erweiterung von Gülle- oder Jauchegruben, Gärfutterbehälter n oder -mieten, Trockenaborten	5 0 0 -	5 000	siehe Nr. 8.1.8, Bemerkung 2
8.1.1 2	Entleeren von Fäkalienwagen	5 0 0 0		siehe Nr. 8.1.8, Bemerkung 2
8.1.1 3	Wagenwaschen und Ölwechsel	5 0 0 -	1 000	
8.1.1 4	Einrichten von Zelt- oder Badeplätzen, Sportanlagen, Abstellen von Wohnwagen, Camping	5 0 0 -	5 000	
8.1.1 5	Durchführung von Großveranstaltun gen	5 0 0 -	3 000	
8.1.1 6	unbefugte Errichtung oder Erweiterung baulicher Anlagen	7 5 0 -		siehe Nr. 8.1.8, Bemerkung 2
8.1.1 7	unbefugtes Betreten des Fassungsbereich s	2 5 -	75	
8.1.1 8	Verstoß gegen sonstige Verbote	2 5	3 000	

		0	
8.2	in der weiteren Schutzzone (Zuwiderhandlun gen wie bei Nr. 8.1)	– Halbier ung der Bußgel der	siehe Nr. 8.1.8, Bemerkung 2
8.3	Verstoß gegen Bedingungen und vollziehbare Auflagen, die mit einer Ausnahme von den Verboten der Verordnung verbunden wurden	_	<ol> <li>siehe Nr. 8.1.8, Bemerkungen</li> <li>siehe Nr. 5.1</li> </ol>
9	Unbefugtes Entfernen, Abändern oder Beschädigen zur Bestimmung der Uferlinie angebrachter Zeichen, ferner eingebauter Festpunkte, aufgestellter Flusseinteilungsz eichen und anderer Messeinrichtunge n (Art. 74 Abs. 1 Nr. 1 BayWG)	2 5 5 000 -	
10	Verstöße bei Ausübung des Gemeingebrauch s		
10.1	Unbefugtes Befahren von Schilf- und Röhrichtbestände n mit Fahrzeugen ohne eigene Triebkraft (§ 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG)	5 250 0 -	
10.2	Unbefugtes Betreiben von Modellbooten mit Motorantrieb (§ 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG)	1 100 0 -	
10.3	Unbefugtes Tauchen mit Atemgerät (§ 103 Abs. 1 Nr. 1 WHG)	5 500 0 -	
10.4	Verstoß gegen eine vollziehbare Anordnung zur Regelung des Gemeingebrauch s (Art. 74 Abs. 2	5 50 0 000 -	

_	T			
	Nr. 2 Buchst. a BayWG)			
10.5	Verstoß gegen eine Rechtsverordnun g zur Regelung des Gemeingebrauch s (Art. 74 Abs. 1 Nr. 5 Buchst. a BayWG)	5 0 -		Voraussetzung ist, dass die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.
11	Ausübung der Schiff- und Floßfahrt ohne Genehmigung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 2 BayWG) <sup>3</sup>	1 0 0 -	5 000	
12	Errichtung, wesentliche Änderung oder Stilllegung von Anlagen in, an, über und unter oberirdischen Gewässern erster oder zweiter Ordnung bzw. auch in, an, über und unter Gewässern dritter Ordnung in Verbindung mit einer Rechtsverordnun g nach Art. 20 Abs. 2 BayWG, die nicht der Unterhaltung oder dem Ausbau dienen, ohne Genehmigung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 3 BayWG)	0 -	5 0000	
13	Aufstellung, Betrieb, Erweiterung oder wesentliche Änderung einer Beschneiungsanl age (Art. 74 Abs. 1 Nr. 4 BayWG)	1 5 0 -	5 000	
14	Sprengung von Eis ohne vorherige Meldung an die Kreisverwaltungs behörde und das Wasserwirtschaft samt, an Bundeswasserstr aßen auch an das Wasser- und Schifffahrtsamt (Art. 74 Abs. 1 Nr. 5 Buchst. f BayWG in	5 0 -	5 000	<ol> <li>Straftat nach § 308 StGB prüfen</li> <li>Voraussetzung ist, dass die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.</li> </ol>

	Verbindung mit § 11 HNDV)		
15	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung aufgrund der Verordnung über den Hochwassernach richtendienst (HNDV) gemäß Art. 48 BayWG (Art. 74 Abs. 1 Nr. 7 BayWG)		setzung ist, dass die Rechtsverordnung für einen bestimmten tand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.
16	Nichtanzeige, unrichtige oder nicht vollständige Anzeige von Erdaufschlüssen (Art. 74 Abs. 1 Nr. 6 BayWG)	2 5 5 000	
17	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung über die Hochwasserrück haltung oder Niedrigwasserauf höhung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. a BayWG)	5 5 siehe N	lr. 5.1
18	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung zur vorläufigen Regelung eines Zustands oder zur Beweissicherung (Art. 74 Abs. 1 Nr. 8 Buchst. b BayWG)	siehe N 0 000	Ir. 5.1
19	Zuwiderhandlung en gegen Schutzanforderun gen für Heilquellenschutz gebiete (§ 103 Abs. 1 Nr. 8a WHG) undZuwiderhandl ung gegen eine vollziehbare Anordnung zum Schutz staatlich anerkannter Heilquellen (§ 103 Abs. 1 Nr. 8 WHG)	Sofern aufgrun Geldbu	ährdung der Heilquelle: bis 50 000 € eine vollziehbare Anordnung ergangen ist, ist dieser Umstand nd der konkreten Kenntnis des Adressaten bei der Höhe der ße entsprechend zu berücksichtigen. n. 8.1.1 bis 8.1.18 gelten entsprechend.

20	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung zur Gewässeraufsich t (Art. 74 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. d BayWG) Verstöße beim Betrieb von	5 0 -	50 000
21.1	Kleinkläranlagen Unterbleibende Beauftragung von privaten Sachverständige n entgegen Art. 60 Abs. 1 Satz 1 BayWG und fehlende Beseitigung von Mängeln entgegen Art. 60 Abs. 2 (Art. 74 Abs. 1 Nr. 9 BayWG)	5 0 -	250
21.2	Fehlende Beseitigung von erheblichen Mängeln im Sinne des Art. 60 Abs. 2 Satz 2 entgegen Art. 60 Abs. 2 BayWG (Art. 74 Abs. 1 Nr. 9 BayWG)	1 0 0 -	500
22	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung zur Sanierung von Gewässerverunre inigungen nach Art. 55 Abs. 2 Sätze 1 und 2 (Art. 74 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. c BayWG)	1 0 0 -	50 000
23	Behinderung, Verstärkung oder sonstige Veränderung des natürlichen Ablaufs wild abfließenden Wassers entgegen § 37 Abs. 1 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 5 WHG)	5 0 -	50 000
24	Einleitung von Abwasser in eine Abwasseranlage ohne Genehmigung (§	5 0 -	50 000

	103 Abs. 1 Nr. 9 WHG)		
25	Errichtung, Betrieb oder wesentliche Änderung einer Abwasseranlage ohne Genehmigung nach § 60 Abs. 3 Satz 1 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 10 WHG)	1 50 0 000 0 0	
26	Untersagte Handlung nach § 78 Abs. 4 auch in Verbindung mit § 78 Abs. 8, in einem dort genannten Gebiet (§ 103 Abs. 1 Nr. 16 WHG)	1 50 0 000 0 -	
27	Untersagte Handlung nach § 78a Abs. 1 Satz 1 auch in Verbindung mit Abs. 6 in einem festgesetzten bzw. vorläufig gesicherten Überschwemmun gsgebiet (§ 103 Abs. 1 Nr. 16a WHG)	1 50 0 000 0 -	
28	Nichteinhalten der allgemein anerkannten Regeln der Technik bei Errichtung, Betrieb, Unterhaltung oder Stilllegung von Wassergewinnun gs-, Abwasser- und Anlagen für wassergefährden de Stoffe (§ 103 Abs. 1 Nr. 7	5	
29	Wassergefährden des Lagern, Ablagern oder Befördern von Stoffen außerhalb von Anlagen (§ 103 Abs. 1 Nr. 4 WHG)	5 50 0 000 -	Straftat nach §§ 326, 330a StGB prüfen
30	Nicht oder nicht rechtzeitige Entfernung von	1 50 0 000	

_			
	Gegenständen aus dem Gefahrenbereich entgegen § 78a Abs. 3 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 17 WHG)	0 -	
31	Errichtung einer Heizölverbrauche ranlage entgegen dem Verbot des § 78c Abs. 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 1(§ 103 Abs. 1 Nr. 18 WHG)	0	50 000
32	Nicht, nicht richtige, nicht in der vorgeschriebene n Weise oder nicht rechtzeitige Nachrüstung einer Heizölverbrauche ranlage entgegen § 78c Abs. 3 WHG (§ 103 Abs. 1 Nr. 19 WHG)	5 0 0 -	50 000

Kapitel 5: Sachbereich "Naturschutz und Landschaftspflege"

#### Vorbemerkung:

<sup>1</sup>Nach § 1 Abs. 1 des Bundesnaturschutzgesetzes – BNatSchG) sind Natur und Landschaft aufgrund ihres eigenen Werts und als Grundlage für Leben und Gesundheit des Menschen auch in Verantwortung für die künftigen Generationen im besiedelten und unbesiedelten Bereich zu schützen, zu pflegen, zu entwickeln und ggf. wiederherzustellen. <sup>2</sup>Im Interesse des Wohls der Allgemeinheit, insbesondere zum Schutz von Natur und Landschaft, ist - neben präventiven Maßnahmen der Verwaltung - der Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 69 BNatSchG, § 16 der Bundesartenschutzverordnung (BArtSchV), und Art. 57 des Bayerischen Naturschutzgesetzes (BayNatSchG), besondere Beachtung zu schenken. <sup>3</sup>Wesentliches Element der materiellen Gerechtigkeit ist dabei eine möglichst gleichmäßige Behandlung gleich gelagerter Sachverhalte. <sup>4</sup>Mit dem Katalog soll eine Liste der Verstöße gegen die genannten Bußgeldvorschriften vorgelegt werden, um einen einheitlichen Vollzug bei der Verfolgung und Ahndung dieser Verstöße zu erreichen. <sup>5</sup>Die in dem Katalog genannten Regel- und Rahmensätze für die Bemessung der Geldbuße haben allerdings nur die Bedeutung einer Richtlinie hierfür. <sup>6</sup>Die Verwaltungsbehörde muss in jedem Einzelfall prüfen, ob Besonderheiten des Sachverhalts eine Abweichung von diesen Regel- und Rahmensätzen verlangen. <sup>7</sup>Bei den vom Katalog nicht erfassten Zuwiderhandlungen soll die Höhe des Bußgelds nach der für einen vergleichbaren Tatbestand festzustellenden Geldbuße bestimmt werden. <sup>8</sup>Der Verstoß gegen Nebenbestimmungen ist nach pflichtgemäßem Ermessen der Behörde mit einer Höhe unterhalb der für den Hauptverstoß geltenden Bußgeldhöhe zu belegen. <sup>9</sup>Bußgeldtatbestände anderer Rechtsgebiete wurden in den Sachbereich "Naturschutz und Landschaftspflege" nicht aufgenommen.

### 1. Abschnitt: Allgemeiner Schutz von Natur und Landschaft

Nr.	Zuwiderhandl ung	Geldbu	ıße in €	
1	2	3	4	5

		<ul> <li>in Naturschutzgebieten<sup>5</sup></li> <li>in Nationalparken<sup>4</sup></li> <li>in Nationalen Naturmonum</li> <li>in Naturdenkmalen<sup>6</sup></li> <li>in gesetzlich geschützten I nach § 30 BNatSchG und Art BayNatSchG</li> <li>in geschützten Landschaftsbestandteilen</li> <li>in einstweilig sichergestellt Schutzgebieten<sup>4</sup></li> </ul>	Biotopen t. 23	- in Landschaftsschutzgebie - in einstweilig sichergestellten Landschaftsschutzgebie		Außerhalb geschützte r Flächen, insbesond ere in Naturparke n und Biosphären reservaten, soweit sie nicht Spalte 3 und 4 unterfallen.
18	Unerlaubtes Errichten, Aufstellen, Anlegen oder wesentliches Ändern von (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 1-6 BayNatSchG, § 69 Abs. 3 Nrn. 2, 3, 4, 4a, 5, 18 und 19 BNatSchG)					
1.1	Gebäuden einschließlich ortsfesten Hütten, Türme und Masten aller Art					
	baurechtlich genehmigung sfreien Vorhaben	150 –	3 000	100 –	1 500	
1.1	bis 100 m <sup>3</sup> umbautem Raum	500 –	10 000	300 –	5 000	
.3	über 100 m <sup>3</sup> umbautem Raum Buden, Verkaufständ en, Verkaufswage n, Warenautoma	2 000 –	50 000 <sup>9</sup>	750 –	10 000	
	ten oder Festzelten					

1.2	Flächeninans pruchnahme bis 10 m <sup>2</sup>	75 –	1 000	50 –	500		
1.2	Flächeninans pruchnahme über 10 m² bis 100 m²	150 –	2 500	100 –	1 500		
1.2	Flächeninans pruchnahme über 100 m² bis 1000m²	500 –	10 000	200 –	3 000		
1.2 .4	Flächeninans pruchnahme über 1000 m²	1 000 –	25 000	500 –	10 000		
1.3	Werbeanlage n oder Werbemittel						
1.3 .1	bis 2 m <sup>2</sup> oder 2 m <sup>3</sup>	100 –	1 000	50 –	250	15 –	150
1.3 .2	über 2 m <sup>2</sup> oder 2 m <sup>3</sup>	150 –	2 500	75 –	1 000	40 –	750
1.4	Sport-, Erholungs- u. Freizeiteinrich tungen aller Art						
1.4 .1	bis 1 000 m <sup>2</sup>	150 —	10 000	100 –	5 000		
1.4 .2	bis 10 000 m <sup>2</sup>	1 500 –	25 000	1 000	15 000		
	über 10 000 m <sup>2</sup>	3 500 –	50 000	2 500	50 000		
1.5	Wegen, Straßen, Eisenbahnen, Bergbahnen, Seil- u. Schienenbah nen einschließlich Schleppaufzü gen sowie sonstigen Verkehrsfläch en und -einrichtu ngen						
1.5 .1	bis 100 m <sup>2</sup> oder 50 m Länge	250 –	7500	100 –	1 500		
1.5 .2	Bis 1 000 m <sup>2</sup> oder 500 m Länge	1 000 –	30 000	500 –	10 000		
1.5 .3	über 1 000 m <sup>2</sup> oder 500 m Länge	2 500 –	50 000	1 500 –	50 000		

1.6	Flugplätzen, Lagerplätzen, Abfallentsorg ungsanlagen, Friedhöfen, Stellplätzen, Ausstellungsp lätzen, Zelt- und Campingplätz en					
1.6 .1	bis 1 000 m <sup>2</sup>	150 –	10 000	100 –	5 000	
1.6 .2	bis 10 000 m <sup>2</sup>	1 500 –	25 000	1 000	15 000	
	über 10 000 m <sup>2</sup>	3 500 –	50 000	2 500 –	50 000	
1.7	ober- und unterirdischen Ver- oder Entsorgungsl eitungen sowie sonstigen Transportleitu					
1.7 .1	bis 100 m	250 –	10 000	100 –	500	
1.7 .2	bis 1 000 m	750 –	15 000	250 –	10 000	
1.7 .3	über 1 000 m	1 500 –	50 000	750 –	50 000	
1.8	Aufschüttung en, Abgrabungen, Auffüllungen von Bodenvertiefu ngen o. Ä. Veränderunge n der Bodengestalt, Verfüllungen, Auf- und Abspülungen					
1.8 .1	bis 1 000 m <sup>2</sup> oder 100 m <sup>3</sup>	300 –	10 000	100 –	5 000	
1.8	bis 10 000 m <sup>2</sup> oder 1 000 m <sup>3</sup>	1 000 –	25 000	500 –	15 000	
.3	über 10 000 m <sup>2</sup> oder 1 000 m <sup>3</sup>	2 000 –	50 000	1 500	50 000	
1.9	Gewässern einschließlich Fischteichen					

1.9 .1	bis 100 m² Flächeninans pruchnahme	300 –	5 000	50 –	1 500	
	bis 1 000 m <sup>2</sup> Flächenin anspruchnah me	500 –	15 000	200 –	5 000	
	über 1 000 m <sup>2</sup> Flächenin anspruchnah me	1000 —	30 000	375 –	15 000	
1.1 0	Zelten oder Wohnwagen	50 –	750	15 –	250	10 – 200
1.1	Einfriedungen (siehe auch Nr. 13)	pro lfd. Meter 6 mind	. 75, max. 9 000	pro Ifd. 3 000		pro lfd. Meter 2 mind. 25, max. 1 500
1.1	sonstigen baulichen Anlagen, auch wenn sie keiner Baugenehmig ung bedürfen					
	baurechtlich genehmigung sfreien Vorhaben	75 –	5 000	50 –	1 500	
	bis 100 m³ umbautem Raum bzw. 100 qm Flächeninans pruchnahme	150 –	2.500	100 –	1 500	
	bis 250 m³ umbautem Raum bzw. bis 1 000 m² Flächeninans pruchnahme	500 –	10 000	200 –	3 000	
	Über 250 m³ umbauten Raum bzw. über 1.000 m² Flächeninans pruchname	1 000	25 000	500	10 000	
<b>2</b> <sup>10</sup>	Umwandeln von Wald oder sonstigen flächenhaften Holzbestände n (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 1, 4 BayNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 2					
2.1	BNatSchG) bis 1 000 m <sup>2</sup>	150 –	2 500	100 –	1 500	
			2 300		. 300	

2.2	bis 10 000 m²	750 –	12 500	300 –	5 000
2.3	bis 25 000 m²	2 500 –	50 000	750 –	15 000
2.4	Über 25 000 m²	5 000 –	50 000	2 000	30 000
<b>3</b> <sup>11</sup>	Erstaufforsten sowie Anlegen von Weihnachtsba um- und Schmuckreisi gkulturen (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 1, 4 BayNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG)				
3.1	bis 1 000 m²	250 –	4 000	150 –	2 500
3.2	bis 10 000 m²	1 000 –	12 500	500 –	7 500
3.3	bis 25 000 m²	2 500 –	50 000	1 500 –	30 000
3.4	Über 25 000 m²	5 000 –	50 000	2 000	30 000
<b>4</b> <sup>12</sup>	Umbruch von Dauergrünlan d (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 1, 4 BayNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG)				
4.1	Unter 1 000 m²	300 –	3 000	100 –	1 000
4.2	1 000 – unter 5 000 m²	750 –	6 000	200 –	1 500
4.3	5 000 – 10 000 m²	1 500 –	12 500	500 –	7 500
4.4	über 10 000 m²	2 500 –	50 000	1 500 –	30 000
<b>5</b> <sup>13</sup>	Unerlaubtes Beseitigen oder Beschädigen von Hecken, Baumreihen, Alleen, Feldrainen und sonstigen Flurgehölzen (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 1, 4 BayNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG; siehe auch Nrn. 21 ff.)				

5.1	bis 10 m	50 –	1 000	50 –	500	
5.2	über 10 m-	300 –	5 000		2 000	
0.2	100 m	000	0 000	200	2 000	
	über 100 m	1 000 –	15 000	500 –	10 000	
5.4	pro Baum	75 –	5 000, max. jedoch 25 000 insgesamt		5 000, max. jedoch 15 000 insgesamt	
6	Auf- und Abstellen von nicht zugelassenen Kraftfahrzeug en und Anhängern oder sonstigen transportable n Anlagen oder Einrichtungen im Außenbereich (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 1, 4 BayNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 2 BNatSchG)	150 —	5000	50 –	2 500	
7	Nichtherrichte n des Abbau- und Betriebsgelän des entsprechend dem genehmigten Abgrabungspl an (Art. 57 Abs. 1 Nr. 7 BayNatSchG)	15 % der Reku höchstens 50 (	ultivierungskosten, 2000		er vierungskosten, ens 50 000	10 % der Rekultivier ungskoste n, höchstens 50 000
814	Unerlaubtes oder untersagtes Entwässern oder sonstiges nachhaltiges Verändern von Feuchtgebiete n, insbesondere Mooren, Brüchen, Feuchtwiesen , Tümpeln und Teichen sowie Beseitigen oder Beschädigen von Ufervegetatio n oder von Röhricht- und Schilfbeständ					

	en (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 1, 4, 5 BayNatSchG, § 69 Abs. 3 Nrn. 2, 5 BNatSchG)						
8.1	bis 1 000 m²	200 –	15 000	100 –	5 000	50 –	2 500
8.2	bis 5 000 m²	1 000 –	20 000	1 000	10 000	500 –	7 500
8.3	Bis 10 000 m²	2 500 –	30 000	1 250 –	15 000	750 –	10 000
8.4	über 10 000 m²	4 000 –	50 000	2 500 –	25 000	1000	12 500
9	Naturschutzre chtlich verbotenes Betreten von Flächen und Baden in Gewässern, die nach Naturschutzre cht nicht genutzt werden dürfen (Art. 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nrn. 3, 4, Abs. 4 Nr. 4 BayNatSchG)	35 –	2 000 <sup>15</sup>	25 –	1 000	15 –	750
10	Naturschutzre chtlich verbotenes Reiten und Fahren oder Abstellen von Fahrzeugen aller Art sowie naturschutzre chtlich verbotenes Befahren von Gewässern (Art. 57 Abs. 1 Nr. 2, Abs. 2 Nrn. 3, 4, Abs. 4 Nrn. 1, 2 BayNatSchG) s. auch Nr. 15.2	35 –	2 500 <sup>16</sup>	25 –	1 500 <sup>17</sup>	15 –	1 000
<b>11</b> <sup>1</sup> 8	Naturschutzre chtlich verbotenes Verunreinigen oder Beschädigen von Grundstücken (Art. 57 Abs. 2 Nr. 2	35 –	2 500	25 –	1 500	25 –	1 000

	Buchst. a BayNatSchG)						
	Naturschutzre chtlich verbotenes Zurücklassen von Sachen (Art. 57 Abs. 2 Nr. 2 Buchst. b BayNatSchG; siehe auch Nr. 15.2.9)	35 –	2 500	25 –	1 500	25 –	1 000
	Unerlaubtes Beeinträchtig en des Rechtes, alle Teile der freien Natur zu betreten (Art. 57 Abs. 2 Nr. 5 BayNatSchG)	50 —	2 500	35 –	2 500	25 –	2 500
<b>14</b> <sup>1</sup> 9	Zuwiderhandl ungen gegen eine vollziehbare Anordnung, Veränderung oder Störung von geschützten oder einstweilig sichergestellt en Gegenstände n einzustellen (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 3, 4, 6 BayNatSchG)	100 –	50 000	50 —	25 000		
<b>15</b> <sup>2</sup>	Zuwiderhandl ungen gegen sonstige Vorschriften für geschützte Gebiete und Gegenstände (Art. 57 Abs. 1 Nr. 2 BayNatSchG)						
	gegen sonstige Veränderungs verbote wie etwa						
	Beunruhigen, Fangen, Verletzen oder Töten von wild lebenden Tieren oder deren Entwicklungss	das Doppelte des wirtschaftlichen mindestens 50 €	Werts,	s. Spalte 3		s. auch Nrn. 32 ff.	

	tadien, Entfernen, Beschädigen oder Zerstören von Nestern oder sonstigen Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätt en (bei geschützten Tieren s. Nrn. 32, 36 ff.)					
	Beschädigen, Ausreißen oder Ausgraben von wild wachsenden Pflanzen (bei geschützten Pflanzen s. Nr. 32, 39)	das Doppelte des wirts mindestens 60 €	schaftlichen Werts,	s. Spalte 3		s. auch Nr. 21 ff,.
15. 1.3	Einbringen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Pflanzen oder Aussetzen von Tieren	75 –	7 500	50 –	7 500	s. auch Nr. 19
15. 2	Gegen sonstige Handlungsver bote wie etwa					
	Anzünden und/oder Betreiben von Feuer	50 –	2 500	35 –	1 500	
	Erzeugen von Lärm oder Benutzen von Tonübertragu ngs– oder Tonwiedergab egeräten	25 –	2 500	15 –	1 500	
	Verlassen von Wegen bei Wegegebot	35 –	1 000			
	Reiten und Fahren auf Flächen, deren Benutzung untersagt ist	35 –	5 000	25 –	2 500	s. auch Nr. 10
	Parken oder Abstellen von Kfz, Wohn- oder Campingfahrz eugen sowie Zelten und Lagern	35 –	2 500	25 –	1 500	

2.6	Betreiben von Flugmodellen oder Starten und Landen mit anderen Luftfahrzeuge n	35 –	2 500	25 –	1 500
15. 2.7	Anbringen oder Aufstellen von Plakaten, Bild- oder Schrifttafeln	25 –	1 000	25 –	750
15. 2.8	Ausbringen von organischem oder mineralische m Dünger, Gülle, Klärschlamm, oder Pflanzenbeha ndlungsmittel n oder Handlungen, die den Boden in seiner Gestalt, Struktur und Beschaffenhei t verändern oder verändern können	75 –	2 500	50 –	1 500
	Lagern von Abfällen oder sonstigen Materialien und Gegenstände n	75 –	10 000	50 –	3 000
2.1	Ändern der bisherigen Nutzung in einer Art, die dem Schutzzweck zuwiderläuft	75 –	2 500	50 –	1 500

# 2. Abschnitt: Sonstige Vorschriften zum Schutz von Natur und Landschaft

Nr.	Zuwiderhandlung	Geldbuße in €	Bemerkungen
1	2	3	4
	Zerstören oder erhebliches oder nachhaltiges Beeinträchtigen bestimmter Biotope (Art. 57 Abs. 1 Nrn. 4, 5 BayNatSchG, § 69 Abs. 3 Nr. 5 BNatSchG)		Straftatbestand: § 329 Abs. 3 und 4, § 330 StGB
16.1	bis 1 000 m²	150 15 000 -	

16.2	über 1 000 m² bis 5 000 m²	1 000 –	20 000	
16.3	Über 5 000 m² bis 10 000 m²	2 500 –	30 000	
16.4	über 10 000 m²	5 000 –	50 000	
17	Entnehmen, Nutzen, Niederschlagen der Bestände oder sonstige Verwüstung wild lebender Pflanzen ohne vernünftigen Grund (§ 69 Abs. 3 Nr. 8 BNatSchG)	35 -	5 000	Straftatbestand: § 69 PflSchG; s. auch Nrn. 15.1.2, 39
18	Fangen, Verletzen oder Töten von wildlebenden Tieren ohne vernünftigen Grund (§ 69 Abs. 3 Nr. 7 BNatSchG)	35 -	5 000	Straftatbestand: § 17 TierSchG; s. auch
	Erhebliches Beeinträchtigen oder Zerstören von Lebensstätten wild lebender Tiere oder Pflanzen ohne vernünftigen Grund (§ 69 Abs. 3 Nr. 9 BNatSchG)			Nrn. 15.1.1, 36 ff, 41
19	Ausbringen von Pflanzen oder von Tieren ohne Genehmigung nach § 40 Satz 1 BNatSchG (§ 69 Abs. 3 Nr. 17 BNatSchG)	35 -	10 000	s. auch Nr. 15.1.3
20	Zuwiderhandeln einer mit einer Genehmigung nach § 40c Abs. 1 Satz 1, auch in Verbindung mit § 40c Abs. 2, oder nach § 40c Abs. 3 Satz 1 BNatSchG verbundenen vollziehbaren Auflage (§ 69 Abs. 3 Nr. 17a BNatSchG)	50 -	25 000	
21	Roden, Abschneiden, Fällen oder Beeinträchtigen auf sonstige Weise von Hecken, lebenden Zäunen, Feldgehölzen oder Feldgebüschen (Art. 57 Abs. 2 Nr. 1 BayNatSchG)	50 -	15 000 <sup>21</sup>	
22	Abschneiden, Auf-den-Stock-Setzen oder Beseitigen von Bäumen, Hecken, lebenden Zäunen, Gebüschen oder anderen Gehölzen in der Zeit vom 1. März bis 30. September (§ 69 Abs. 3 Nr. 13 BNatSchG)	50 -	7 500	
23	Abbrennen der Bodendecke auf Wiesen, Feldrainen, Hochrainen, ungenutztem Grundflächen, an Hecken oder Hängen (§ 69 Abs. 3 Nr. 12 BNatSchG)	25 -	10?000	
24	Zurückschneiden von Röhrichten in der Zeit vom 1. März bis 30. September (§ 69 Abs. 3 Nr. 14 BNatSchG)	25 -	7 500	
<b>25</b> <sup>22</sup>	Beseitigen oder erhebliches Beeinträchtigen von Höhlen, ökologisch oder geomorphologisch bedeutsamen Dolinen, Toteislöchern, aufgelassenen, künstlichen unterirdischen Hohlräumen, Trockenmauern oder Lesesteinwällen sowie Tümpeln und Kleingewässer (Art. 57 Abs. 2 Nr. 1 BayNatSchG)	25 -	10 000	
26	Errichtung, Erweiterung, wesentliche Änderung oder Betrieb eines Zoos ohne Genehmigung (§ 69 Abs. 3 Nr. 18 BNatSchG)			
26.1	bis 5 000 m <sup>2</sup>	100	10 000	
26.2	über 5 000 m²	500 –	25 000	
27	Errichtung, Erweiterung, wesentliche Änderung oder Betrieb eines Tiergeheges ohne Anzeige (§ 69 Abs. 3 Nr. 19 BNatSchG)			
27.1	bis 5 000 m <sup>2</sup>	100 –	5 000	
27.2	über 5 000 m <sup>2</sup>	500 –	10 000	

28	Errichtung von Anlagen zum Aufbrechen von Schiefer-, Ton oder Mergelstein oder von Kohleflözgestein unter hydraulischem Druck zur Aufsuchung oder Gewinnung von Erdgas oder zur untertägigen Ablagerung von dabei anfallendem Lagerstättenwasser in Natura 2000-Gebieten entgegen § 33 Abs. 1a Satz 1 BNatSchG (§ 69 Abs. 3 Nr. 4a BNatSchG)	500	30 000	Straftatbestand: § 329 Abs. 4 und 6 StGB, § 330 StGB
29	Errichtung von dort näher genannten Anlagen entgegen § 23 Abs. 3, § 24 Abs. 3 Satz 2 BNatSchG (§ 69 Abs. 3 Nr. 4a BNatSchG)	500 –	15 000	Straftatbestand: § 329 Abs. 3, 5 StGB, § 330 StGB
<b>30</b> <sup>23</sup>	Räumen eines in § 39 Abs. 5 Satz 1 Nr. 4 genannten Grabens mit erheblicher Beeinträchtigung des Naturhaushalts (§ 69 Abs. 3 Nr. 15 BNatSchG)	100 –	5 000	Im Falle der Betroffenheit geschützter Arten:
				Straftatbestand: § 71 BNatSchG
31	Entgegen § 39 Abs. 6 BNatSchG eine Höhle, einen Stollen, einen Erdkeller oder einen ähnlichen Raum aufsuchen (§ 69 Abs. 3 Nr. 16 BNatSchG)	35 -	1 000	
32	Entgegen § 39 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG ein wild lebendes Tier oder eine wild lebende Pflanze aus der Natur entnimmt (§ 69 Abs. 3 Nr. 10 BNatSchG) s. auch Nr. 36 ff	35 -	1 000	
33	Entgegen § 61 Abs. 1 Satz 1 oder Satz 2 BNatSchG an einem Gewässer eine bauliche Anlage errichtet oder wesentlich ändert (§ 69 Abs. 3 Nr. 26 BNatSchG)	75 –	40 000	
34	Entgegen § 33 Abs. 1 Satz 1 BNatschG, auch in Verbindung mit § 33 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG eine Veränderung oder Störung vornimmt (§ 69 Abs. 3 Nr. 6 BNatSchG)	35 -	30 000	Straftatbestand: § 329 Abs. 4 und 6 StGB
35	Betreten gesperrter Forstkulturen oder Forstpflanzgärten (Art. 57 Abs. 4 Nr. 4 BayNatSchG)	35 -	750	

## 3. Abschnitt: Artenschutz

Nr.	Zuwiderhandlung		Geldbuße in €			
1	2		3			
		bei streng geschützten Arten	bei besonders geschützten Arten	in besonderen Fällen, etwa bei ungeschützten Arten sowie Bemerkungen/Hinweise		
36	Nachstellen, Fangen oder Verletzen von wildlebenden Tieren einer besonders geschützten Art oder Entnehmen, oder Beschädigen ihrer Entwicklungsformen, Nist-, Brut-, Wohn- oder Zufluchtsstätten (§ 69 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a BNatSchG)	das Doppelte des wirtschaftlichen Werts des/der geschützten Exemplars/e, mindestens 100 € je Einzelfall	das Eineinhalbfache des wirtschaftlichen Werts des/der geschützten Exemplars/e, mindestens 50 € je Einzelfall	Straftatbestände: § 71 BNatSchG, § 17 TierSchG, s. auch Nr. 15.1.1, Nr. 42		
37	Töten von wildlebenden Tieren einer besonders geschützten Art oder Zerstören ihrer Entwicklungsformen (§ 69 Abs. 2 Nr. 1 Buchst. b BNatSchG)	das Fünffache des wirtschaftlichen Werts des/der geschützten Exemplars/e, mindestens 250 € je Einzelfall	das Dreifache des wirtschaftlichen Werts des/der geschützten Exemplars/e, mindestens 100 € je Einzelfall	Straftatbestände: § 71 BNatSchG, § 17 TierSchG, s. auch Nr. 15.1.1		
38	Entnehmen, Beschädigen oder Zerstören einer Fortpflanzungs- oder Ruhestätte von wild lebenden Tieren einer besonders geschützten Art (§ 69 Abs. 2 Nr. 3 BNatSchG)	das Dreifache des wirtschaftlichen Werts des/der geschützten Exemplars/e,	das Zweifache des wirtschaftlichen Werts des/der geschützten Exemplars/e, mindestens 100 € je Einzelfall	Straftatbestände: § 71 BNatSchG, § 17 TierSchG, s. auch Nr. 15.1.1		

						T	
		mindestens je Einzelfall	250€				
39	Entnehmen von wildlebenden Pflanzen einer besonders geschützten Art oder ihrer Entwicklungsformen aus der Natur oder Beschädigen oder Zerstören von wildlebenden Pflanzen einer besonders geschützten Art oder ihrer Standorte (§ 69 Abs. 2 Nr. 4 Buchst. a BNatSchG)	das Doppelt wirtschaftlich Werts des/d geschützten Exemplars/e mindestens je Einzelfall	hen er e,	das Eineinhalbfach des wirtschaftliche Werts des/der geschützten Exemplars/e, mindestens 50 € je Einzelfall	en	Straftatbestände: § BNatSchG sowie § PflSchG, s. auch N 15.1.2, 17	69
40	Verkaufen, Kaufen, zum Verkauf und Kauf anbieten, zum Verkauf vorrätig halten oder Befördern, Tauschen oder zum entgeltlichen Gebrauch oder zur Nutzung überlassen, Erwerben zum kommerziellen Zwecken, Zuschaustellen oder anderweitiges Verwenden von Tieren und Pflanzen einer besonders geschützten Art (§ 69 Abs. 3 Nr. 21 BNatSchG)	das Doppelt wirtschaftlich Werts des/d geschützten Exemplars/e mindestens je Einzelfall	hen er e,	das Eineinhalbfacl des wirtschaftliche Werts des/der geschützten Exemplars/e, mindestens 50 € je Einzelfall	en	Straftatbestände: § BNatSchG, s. auch 50, 51	
41	Erhebliches Stören von wild lebenden Tieren einer streng geschützten Art oder einer europäischen Vogelart während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Mauser-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten (§ 69 Abs. 2 Nr. 2 BNatSchG)	100 –	10 000			Straftatbestände: § BNatSchG, s. auch 15.1.1	
	Nachstellen, Anlocken, Fang oder Tötung von Tieren in einer in § 4 Abs. 1 BArtSchV bezeichneten Weise (§ 16 Abs. 2 Nr. 1 BArtSchV) s. auch Nr. 36	100 –	10 000	50 –	7 500	50 –	5 000
Nr.	Zuwiderhandlung	Geldbuße	e in €	Bemerkungen		I	ı
1	2	3		4			
43	Zuwiderhandlungen gegen eine Vorschrift über die Führung, Form, Aushändigung oder Aufbewahrung von Aufnahme- und Auslieferungsbüchern oder Belegen (§ 16 Abs. 2 Nrn. 2, 3, 4 BArtSchV)	35 –	5 000				
44	Nicht, nicht richtiges, nicht vollständiges, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitiges Erstatten einer Anzeige gemäß § 7 Abs. 2 BArtSchV (§ 16 Abs. 2 Nr. 5 BArtSchV)	10 –	100				
45	Nicht, nicht richtiges, nicht in vorgeschriebener Weise oder nicht rechtzeitiges Kennzeichnen von Tieren, Verändern oder Entfernen von Kennzeichen ohne Zustimmung der zuständigen Behörde, nicht oder nicht rechtzeitiges Beantragen der	25 –	100				

	Facilianum alanamente di la		
	Festlegung einer verbindlichen Kennzeichnungsmethode sowie nicht oder nicht rechtzeitiges Vorlegen von Unterlagen nach § 13 Abs. 3 Satz 4 BArtSchV (§ 16 Abs. 2 Nrn. 10, 11, 12 BArtSchV)		
46	Nichterteilen der erforderliche Auskünfte (§ 69 Abs. 3 Nr. 24 BNatSchG)	35 – 2 500	
47	Nichtbeachten der Vorschriften über die Unterstützung beauftragter Personen sowie die Vorlage geschäftlicher Unterlagen (§ 69 Abs. 3 Nr. 25 BNatSchG)	35 – 2 500	
48	Zuwiderhandlungen gegen eine vollziehbare Auflage nach Art. 11 Abs. 3 der Verordnung (EG) Nr. 338/97 (§ 69 Abs. 4 Nr. 4 BNatSchG)	35 – 5 000	
49	Verwenden von Tellereisen entgegen Art. 2 der Verordnung (EWG) Nr. 3254/91 (§ 69 Abs. 5 Nr. 1 BNatSchG)		Straftatbestand: § 71 BNatSchG, § 17 TierSchG
50	Kaufen, zum Kauf Anbieten, zu kommerziellen Zwecken Erwerben, Zurschaustellen, Verwenden oder Verkaufen, zu Verkaufszwecken vorrätig halten, Anbieten oder Befördern eines Exemplars entgegen Art. 8 Abs. 1, auch in Verbindung mit Abs. 5 der Verordnung (EG) Nr. 338/97 (§ 69 Abs. 4 Nr. 3 BNatSchG), s. auch Nr. 40, 51	des <b>Anhangs A</b> das Doppelte des wirtschaftlichen	Straftatbestand: § 71 Abs. 2, 3 und 4 BNatSchG
		bei Exemplaren des Anhangs B das Eineinhalbfache des wirtschaftlichen Werts des/der geschützten Exemplars/e, mindestens 50 € je Einzelfall, insgesamt max. 30	
51	Gewerbsmäßiges Entnehmen oder Be- oder Verarbeiten von wildlebenden Pflanzen ohne Genehmigung (§ 69 Abs. 3 Nr. 11 BNatSchG) s. auch Nrn. 40 und 50	50 – 5 000	
52	In Besitz oder Gewahrsam nehmen bzw. haben sowie Bearbeiten und Verarbeiten mit Kenntnis oder fahrlässiger Unkenntnis, dass diese Handlung auch auf ein Tier oder eine Pflanze einer in § 44 Abs. 2 Nr. 5 Buchst. a genannten Art oder auf eine in § 55 Abs. 2 Nr. 5	50 – 15 000	

	Buchst. b genannte Ware bezieht (§ 69 Abs. 2 Nr. 5 BNatSchG).				
53	Zuwiderhandeln einer Rechtsverordnung nach § 54 Abs. 4 Satz 1 oder Abs. 4a BNatSchG oder einer aufgrund einer solchen Verordnung erlassenen vollziehbaren Anordnung, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf § 69 Abs. 2 Nr. 6 BNatSchG verweist	50	0 –	5 000	
54	Verbringen, Halten, Züchten, Befördern, In Verkehr bringen, Verwenden, Tauschen, zur Fortpflanzung, Aufzucht oder Veredelung bringen oder Freisetzen von invasiven Arten entgegen § 69 Abs. 6 BNatSchG	38	5 –	50 000	

### Kapitel 6:

Sachbereich "Gentechnik"

### Vorbemerkung:

<sup>1</sup>Der Sachbereich "Gentechnik" ist wie folgt gegliedert:

- Nr. 1: Gentechnikgesetz (GenTG)
- Nr. 2: Gentechnik-Aufzeichnungsverordnung (GenTAufzV)
- Nr. 3: Gentechnik-Sicherheitsverordnung (GenTSV).

#### Hinweis:

§ 39 GenTG enthält Straftatbestände, insb. Abs. 2 Nr. 1: Freisetzen gentechnisch veränderter Organismen ohne Genehmigung nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1; Abs. 2 Nr. 2: Betreiben einer gentechnischen Anlage ohne Genehmigung nach § 8 Abs. 1 Satz 2.

Nr.	Zuwiderhandlungen	Geldbuße (in €)	Bemerkungen
1	2	3	4
1	Gentechnikgesetz (GenTG)		Straftatbestände: § 39 GenTG
1.1	Keine, nicht richtige, nicht vollständige oder nicht rechtzeitige Durchführung einer Risikobewertung für eine weitere gentechnische Arbeit der Sicherheitsstufe 1 entgegen § 6 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit einer Rechtsverordnung nach § 30 Abs. 2 Nr. 15 (§ 38 Abs. 1 Nr. 1)	250 5 - 000	
1.1a	Nichtführen von Aufzeichnungen entgegen § 6 Abs. 3 Satz 1 (§ 38 Abs. 1 Nr. 1a)	250 5 - 000	
1.2	Durchführen von gentechnischen Arbeiten entgegen § 8 Abs. 1 Satz 1 (§ 38 Abs. 1 Nr. 2)		Straftatbestand: § 39 Abs. 3 GenTG
1.2.1	Sicherheitsstufe 1	250 12 - 500	

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup>Soweit bei den im Bußgeldkatalog angeführten Paragraphen keine weitere Bezeichnung angefügt ist, beziehen sie sich auf die in der jeweiligen Überschrift genannte Rechtsvorschrift.

1.2.2	Sicherheitsstufe 2	1 250 –	25 000	
1.2.3	Sicherheitsstufe 3	5 000 –	50 000	
1.2.4	Sicherheitsstufe 4	10 000 -	50 000	
1.3	Errichten einer gentechnischen Anlage ohne Genehmigung nach § 8 Abs. 1 Satz 2 (§ 38 Abs. 1 Nr. 3)			Straftatbestand: § 39 Abs. 2 Nr. 2, Abs. 3 GenTG
1.3.1	Sicherheitsstufe 3	5 00 –	50 000	
1.3.2	Sicherheitsstufe 4	1 000 –	50 000	
1.4	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Anzeige oder Anmeldung der Errichtung oder des Betriebs oder einer wesentlichen Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs einer gentechnischen Anlage oder gentechnischer Arbeiten entgegen § 8 Abs. 2 Satz 1, auch in Verbindung mit Abs. 4 Satz 2 (§ 38 Abs. 1 Nr. 4)	250 –	25 000	
1.5	Wesentliche Änderung der Lage, der Beschaffenheit oder des Betriebs einer gentechnischen Anlage ohne Genehmigung nach § 8 Abs. 4 Satz 1 (§ 38 Abs. 1 Nr. 5)			
1.5.1	Sicherheitsstufe 3	250 –	50 000	
1.5.2	Sicherheitsstufe 4	500 –	50 000	
1.6	Keine, nicht richtige, oder nicht rechtzeitige Erstattung einer Anzeige entgegen § 9 Abs. 2 Satz 1 (§ 38 Abs. 1 Nr. 6)	250 –	12 500	
1.6a	Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten ohne Genehmigung nach § 9 Abs. 3 (§ 38 Abs. 1 Nr. 6a)			
1.6a.1	Sicherheitsstufe 3	2 500 –	50 000	
1.6a.2	Sicherheitsstufe 4	5 000 –	50 000	
1.6b	Durchführung weiterer gentechnischer Arbeiten entgegen § 9 Abs. 4 (§ 38 Abs. 1 Nr. 6b)			
1.6b.1	Sicherheitsstufe 2	1 250 –	25 000	
1.6b.2	Sicherheitsstufe 3	5 000 –	50 000	
1.6b.3	Sicherheitsstufe 4	10 000 –	50 000	

1.7	Inverkehrbringen von Produkten, die gentechnisch veränderte Organismen enthalten oder aus solchen bestehen ohne Genehmigung nach § 14 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 oder 3 (§ 38 Abs. 1 Nr. 7)	500 -	50 000	
1.7a	Keine oder nicht richtige Beobachtung eines Produkts entgegen § 16c Abs. 1 (§ 38 Abs. 1 Nr. 7a)	250 –	15 000	
1.8	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Auflage nach § 16d Abs. 3 Satz 1 oder § 19 Satz 2 oder eine vollziehbare Anordnung nach § 26 (§ 38 Abs. 1 Nr. 8)			Straftatbestand: § 39 Abs. 3 GenTG
1.8.1	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Auflage nach § 16d Abs. 3 Satz 1 oder § 19 Satz 2	250 –	15 000	
1.8.2	Zuwiderhandlung gegen eine vollziehbare Anordnung nach § 26	500 –	25 000	
1.9	Keine, nicht richtige oder nicht rechtzeitige Mitteilung entgegen § 9 Abs. 4a oder 5, § 16a Abs. 2 Satz 1 oder 3 oder Abs. 3 Satz 1 oder 3 oder § 21 Abs. 1 Satz 1 oder 2 in Verbindung mit Satz 1, Abs. 1b Satz 1, Abs. 2 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1, Abs. 3, 4 Satz 1 oder Abs. 5 oder 5a Satz 1 oder 2 (§ 38 Abs. 1 Nr. 9)	100		Straftatbestand: § 39 Abs. 3 GenTG
1.10	Keine, nicht rechtzeitige, nicht vollständige oder nicht richtige Erteilung einer Auskunft oder keine Zurverfügungstellung eines Hilfsmittels entgegen § 25 Abs. 2 (§ 38 Abs. 1 Nr. 10)	500 -	5 000	
1.11	Zuwiderhandeln gegen eine in § 16 Abs. 5a oder § 25 Abs. 3 Satz 3 genannte Verpflichtung (§ 38 Abs. 1 Nr. 11)	200	5 000	
1.11a	Keine oder nicht rechtzeitige Vorlage der Risikobewertung entgegen § 25 Abs. 6 (§ 38 Abs. 1 Nr. 11a)	200	2 500	
2	Gentechnik-Aufzeichnungsverordnung (GenTAufzV)			Die Bußgeldbewehrung ergibt sich in allen Fällen jeweils aus § 38 Abs. 1 Nr. 12 in Verbindung mit der jeweils angeführten Vorschrift; Straftatbestand: § 39 Abs. 3 GenTG
2.1	Nicht richtiges oder nicht vollständiges Führen von Aufzeichnungen nach § 2 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2, 3, 4 oder 5 (§ 5 Nr. 1)	100	5 000	
2.2	Nicht oder nicht rechtzeitiges Vorlegen von Aufzeichnungen entgegen § 4 Abs. 1 oder nicht oder nicht für die vorgeschriebene Dauer Aufbewahren von Aufzeichnungen entgegen § 4 Abs. 1 (§ 5 Nr. 2)			
2.2.1	Nicht oder nicht rechtzeitiges Vorlegen von Aufzeichnungen entgegen § 4 Abs. 1	50 –	5 000	
2.2.2	Nicht oder nicht für die vorgeschriebene Dauer Aufbewahren von Aufzeichnungen entgegen § 4 Abs. 1 (§ 5 Nr. 2)	100	5 000	
2.3	Nicht oder nicht rechtzeitiges Aushändigen von Aufzeichnungen an die zuständige Behörde entgegen § 4 Abs. 3 (§ 5 Nr. 3)	50 –	5 000	
3	Gentechnik-Sicherheitsverordnung			Die Bußgeldbewehrung ergibt sich in allen Fällen jeweils aus § 38 Abs. 1 Nr. 12 in Verbindung mit der jeweils angeführten Vorschrift; Straftatbestand: § 39 Abs. 3 GenTG

3.1	Nichtbeachten von Anforderungen an Anlagen oder Sicherheitsmaßnahmen			
3.1.1	gemäß § 9 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Anhang III Teil A Abschnitt III Nr. 3 Satz 2, Nr. 9 Satz 2, Nr. 11 oder 13, Abschnitt IV Nr. 2, 3, 5, 6 oder 8 oder Teil B Abschnitt II Nr. 12, Abschnitt III Nr. 4 Satz 2 oder 3, 8, 10, 11 Satz 1, 2 oder 3 oder Abschnitt IV Nr. 1, 3, 4 bis 7 (§ 20 Nr. 1a)	100	50 000	
3.1.2	gemäß § 10 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Anhang IV Abschnitt II Nr. 7, Abschnitt III Nr. 1 Satz 1, Nr. 2, 3 Satz 1 oder 2, Nr. 7 bis 9 oder 13, Abschnitt IV Nr. 2 bis 7, 12 oder 13 (§ 20 Nr. 1b)	100	50 000	
3.1.3	gemäß § 11 Abs. 1 Satz 1 in Verbindung mit Anhang V Abschnitt II Nr. 1 oder 7, Abschnitt III Nr. 1 Buchstabe a Satz 2, Buchstabe b oder f, Nr. 4, Abschnitt IV Nr. 2 Satz 1, Nr. 3, 5 Satz 1, Nr. 7 oder 8 (§ 20 Nr. 1c)	100	50 000	
3.2	Kein Erstellen einer Betriebsanweisung oder Erstellen in einer den Beschäftigten nicht verständlichen Sprache entgegen § 12 Abs. 2 Satz 1 oder 2 (§ 20 Nr. 2)	50 –	5 000	
3.3	Kein, nicht in der vorgeschriebenen Weise oder nicht rechtzeitiges Unterweisen der Beschäftigten entgegen § 12 Abs. 3 Satz 1 bis 4 (§ 20 Nr. 3)	50 –	5 000	
3.4	Nichtbeachten einer Maßnahme entgegen § 12 Abs. 8 in Verbindung mit Anhang VI Kapitel F oder G (§ 20 Nr. 4)	50 –	5 000	Arbeitsschutz
3.5	Kein oder nicht vorschriftsmäßiges Vorbehandeln von Abwasser oder Abfall aus Anlagen, in denen gentechnische Arbeiten der Sicherheitsstufe 2 durchgeführt werden, entgegen § 13 Abs. 3 Satz 1 (§ 20 Nr. 5)	300		Abwasser- und Abfallrecht beachten
3.5.1	Keine oder nicht vorschriftsmäßige Sterilisation von flüssigem oder festem Abfall, entgegen § 13 Abs. 5 Satz 1 (§ 20 Nr. 6)	500 –		Abwasser- und Abfallrecht beachten
3.5.2	Kein Auslegen von Geräten in einer Weise, dass eine Freisetzung von Organismen ausgeschlossen ist, entgegen § 13 Abs. 5 Satz 6 (§ 20 Nr. 6)	500 –	50 000	
3.6	Überführen von Geräten, Teilen von Geräten oder Abfall nicht in den vorgeschriebenen Behältern, entgegen § 13 Abs. 6 (§ 20 Nr. 7)	200	20 000	
3.7	Kein Bestellen eines Beauftragten für die Biologische Sicherheit, entgegen § 16 Abs. 1 Nr. 1 (§ 20 Nr. 8)	200 –	20 000	

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> [Amtl. Anm.:] Fehlzitat

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> [Amtl. Anm.:] Die Ahndung der Bußgeldtatbestände nach § 8 EÜV in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. September 1995 (GVBI S. 769), der auf den nicht mehr geltenden Art. 95 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Juli 1994, zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBI S. 376) verweist, ist wegen des Bestimmtheitsgebots nach § 3 OWiG problematisch. Daher wurden die Zuwiderhandlungen nach EÜV in den Bußgeldkatalog nicht mehr aufgenommen.

<sup>&</sup>lt;sup>3</sup> [Amtl. Anm.:] Die Ahndung der Bußgeldtatbestände nach § 59 BaySchiffV in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Januar 1983 (BayRS V, 794), der auf den nicht mehr geltenden Art. 95 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom19. Juli 1994, zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBI S. 376) verweist, ist wegen des

Bestimmtheitsgebots nach § 3 OWiG problematisch. Daher wurden die Zuwiderhandlungen nach BaySchiffV in den Bußgeldkatalog nicht mehr aufgenommen.

- <sup>4</sup> [Amtl. Anm.:] Die Ahndung der Bußgeldtatbestände nach § 24 VAwS in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Januar 2006 (GVBI S. 63), der auf den nicht mehr geltenden Art. 95 des Bayerischen Wassergesetzes (BayWG) in der Fassung der Bekanntmachung vom19. Juli 1994, zuletzt geändert durch § 3 des Gesetzes vom 27. Juli 2009 (GVBI S. 376) verweist, ist wegen des Bestimmtheitsgebots nach § 3 OWiG problematisch. Daher wurden die Zuwiderhandlungen nach VAwS in den Bußgeldkatalog nicht mehr aufgenommen. Die bayerische VAwS wird durch eine Rechtsverordnung des Bundes im Sinne des § 23 Abs. 1 Nr. 5 bis 11 WHG abgelöst werden.
- <sup>5</sup> [Amtl. Anm.:] § 329 Abs. 3, 5, 6 und § 330 StGB beachten
- <sup>6</sup> [Amtl. Anm.:] § 304 StGB beachten
- <sup>7</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Zuwiderhandlungen gegen Gebote und Verbote außerhalb von geschützten Flächen und bei Bestandteilen nicht geschützter Objekte vermindert sich der in Spalte 4 ausgewiesene Rahmen um 20 % soweit die Zuwiderhandlung eine Ordnungswidrigkeit darstellt und in Spalte 5 nicht ein spezieller Rahmen aufgeführt ist. Verwarnungsgelder können erhoben werden.
- <sup>8</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>9</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Tiergehegen Bußgeldrahmen des § 69 Abs. 7 BNatSchG beachten.
- <sup>10</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>11</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>12</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>13</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>14</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>15</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Art. 57 Abs. 4 Nr. 4 BayNatSchG darf eine Bußgeldhöhe von 1 000 € nicht überschritten werden (§ 17 Abs. 1 OWiG).
- <sup>16</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Art. 57 Abs. 4 Nr. 4 BayNatSchG darf eine Bußgeldhöhe von 1 000 € nicht überschritten werden (§ 17 Abs. 1 OWiG).
- <sup>17</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Art. 57 Abs. 4 Nr. 4 BayNatSchG darf eine Bußgeldhöhe von 1 000 € nicht überschritten werden (§ 17 Abs. 1 OWiG).
- <sup>18</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>19</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>20</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>21</sup> [Amtl. Anm.:] Bei fahrlässigem Verstoß ist der Bußgeldrahmen in Art. 57 Abs. 3 BayNatSchG zu beachten.
- <sup>22</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.
- <sup>23</sup> [Amtl. Anm.:] Bei Natura 2000-Gebieten § 329 Abs. 4 und § 330 StGB beachten.

#### Teil 3:

### Schlussbestimmungen

<sup>1</sup>Diese Bekanntmachung tritt am 1. November 2019in Kraft und gilt unbefristet. <sup>2</sup>Die Gemeinsame Bekanntmachung der Bayerischen Staatsministerien des Innern, für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie sowie für Umwelt und Gesundheit vom 11. November 2011 (AllMBI. S. 559) wird aufgehoben.

Ministerialdirektor